

# Lübecker Lügengeschichten



EIFINSTERNIS - PETER LADENDORF 1999



# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
A. Wer sind die wahren Feinde des freistädtischen Bürger- tums?	5
1. Erklärungsversuche	10
2. Fazit	11
B. Lübecks Weg in die Diktatur	13
Zitat	14
Prolog	14
I. Präfaschismus	17
1. Der Begriff Präfaschismus	17
2. Zur Auseinandersetzung um den Begriff Präfaschismus	18
II. Das völkische Netzwerk	19
1. Aldeutscher Verband: Thinktank der Konservativen Re- volution	21
2. Das Konzept des Aldeutschen Verbandes	25
III. Emil Possehl und das völkische Netzwerk	28
1. Was wissen wir über Emil Possehl?	28
2. Emil Possehl - ein völkischer Herrenmensch	29
3. Possehls wirtschaftliche Dominanz	34
4. Possehl und Neumann	37
IV. Bürgermeister Neumann und das völkische Netzwerk	41
1. Neumanns politische Dominanz	41
2. Die Stellung des Bürgermeisters nach der Landesverfas- sung	46



3. Neumanns Doppelrolle Lübeck - Berlin	50
V. Vom Präfaschismus zum Faschismus	56
1. Die Putschpläne	56
a) 1917 Claß Anstiftung zum Militärputsch im Kaiserreich	59
b) 1920 Kapp-Lüttwitz-Putsch	59
c) 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch	60
d) 1926 Claß-Hugenberg-Neumann-Putschplan	61
2. Die Vorbereitung des Umsturzes	64
VI. Pflänzchen oder Blumenstrauß : Arbeiterkultur versus Elitenkultur	72
VII. Possehl-Stiftung und ihr Umgang mit dem Gründer	84
C. Wahrnehmungsfilter - Wortmaschinen	87
1. Was sind Wortmaschinen?	89
2. Geschichten über die grundlegende Wirkung von Wortma- schinen	91
3. Beispiele für häufig benutzte Wortmaschinen	92
4. Wie gehen die Konstrukteure vor?	94
5. Das Entscheidungsnetzwerk	96
6. Was folgt daraus?	97
Wer am Ende „die Wahrheit“ sucht, findet sie vielleicht hier	101
D. Die Moral der drei Geschichten	102
Abkürzungen	106
Literaturverzeichnis	106
Über den Autor	113



Über Lübeck sind viele Erzählungen im Umlauf. Nicht nur die von der absoluten Einfinsternis, die Peter Ladendorf (1937 - 2020) zeichnerisch festhielt.

Drei solcher Lügengeschichten werden erzählt. Zum Abschluss versuche ich eine Erklärung zu finden: Alle Geschichten haben mit dem Lübecker Jahrhundertskandal, der Reichsfreiheitsfeier 1926, zu tun, von dem infamen Strippenzieher Dr. Julius Leber, der das freistädtische Bürgertum zu Fall bringen will, vom Milliardär Emil Possehl, der nur dem Guten und Schönen verpflichtet ist und der politisch wie moralisch vollkommen integren Persönlichkeit des Regierenden Bürgermeister Dr. Neumann, dem Sprachrohr des Bürgertums im Freistaat der Weimarer Epoche, der zu Unrecht gestürzt wird.

Die folgenden Abschnitte A. bis D. sind unabhängig voneinander entstanden. Zunächst interessierte mich der Kampf Lebers gegen den Regierenden Bürgermeister Neumann<sup>1</sup>, über den wenig bekannt war. Daraus entwickelte sich die packende Geschichte der Dominanz Emil Possehls und Dr. Neumanns in der sehr überschaubaren Stadtrepublik. Anhand der auffallenden Wahrnehmungsdifferenzen Lebers und Ida Boy-Eds über den Jahrhundertskandal 1926 entwickelte sich auf der Meta-Ebene der Gedanke des Wahrnehmungsfilters und der Wortmaschinen. Eine Begriffsebene, die mir seit den Überlegungen zur juristischen Urteilsfindung an der Universität Bielefeld in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts vertraut waren. Schließlich geriet das alte Thema der Lüge als Motiv der Weltpolitik wieder in den Blick und die damit verbundenen Fragen nach der Moral der Geschichten.

---

<sup>1</sup><https://michaelboutailler.de/wp-content/uploads/2021/11/Leber-Neumann-Konflikt-211126.pdf>







feiert sie in ihrer Wohnung dessen 51. Geburtstag am 6. Juni 1926.<sup>3</sup> Sie genießt von oben, aus dem Fenster schauend, den Mahlau'schen Festumzug zur Jahrhundertfeier. Die illustren Gäste prosteten sich zu und diskutieren angeregt die umstürzenden städtischen Ereignisse des Bürgermeisterrücktritts. Aufschlussreich ist die Wahrnehmung des Dramas in der Deutung der Gastgeberin, der großbürgerlichen und freizügigen Verlegerstochter Boy-Ed. Zur Einordnung des berühmten Vortrages von Thomas Mann über „Lübeck als Geistesform“, wie sie ihn betitelt, schreibt sie u.a. Folgendes:

*„Er wird gehalten am 5. Juni 1926 inmitten hoch schwingender Jubiläumsstimmung; zwischen Entfaltungen, deren Auswirken Zeit haben muss, das Ereignis, dessen Bedeutung sogleich überzeugte. Vor allem war er von historischem Gewicht durch den sehr merkwürdigen Augenblick, wo diese Bekenntnisse zum freistädtischen Bürgertum gesprochen wurden, während der Boden von den Bemühungen bebte, die eben dies Bürgertum stürzen möchten. Hiervon noch ohne Kenntnis und ganz unpolitisch hatte sich dem Dichter die seelische Nötigung aufgedrängt, von dem zu sprechen, was ihm aus dem Wissen der Geschichte der Hansestadt und ihren einzig möglichen Lebensbedingungen sicher geworden war: von der Würde und dem geistigen Gehalt hansischer Bürgerlichkeit.“<sup>4</sup>*

Die Festgesellschaft interpretiert den Sturz des hochgeachteten Regierenden Bürgermeisters, Dr. Johann Martin Andreas Neumann, als Ergebnis eines rein parteipolitisch begründeten, und damit aus ihrer Sicht haltlosen, unbegründeten Angriffes der Sozialisten in der Stadt auf das „freistädtische Bürgertum.“ Diese Einschätzung trifft wohl die vorherrschende Stimmung der Wähler:innen in der Stadt. Denn bei der fünf Monate später, am 14. November 1926 abgehaltenen Landtagswahl, erreichte der von Exbürgermeister Neumann gegründete *Hanseatische Volksbund* aus dem Stand einen bedeutenden Wahlerfolg und wurde mit 44 % der Stimmen und 36 von 80 Sitzen noch vor der SPD (42,6 %; 35 Sitze) stärkste Fraktion.

Abram Enns (1887-1993), als Angehöriger der zweiten Generation der Lübecker Intellektuellen, die die Jahrhundertfeier miterlebt hat, beurteilt den Skandal im Zusammenhang der von ihm miterlebten Jahrhundertfeierlichkeiten in seinem 1978 erschienen Buch ausführlich und mit ähnlicher Schlussfolgerung wie Ida Boy-Ed folgendermaßen:

*„Mitten in die Vorbereitungen für die 700-Jahr-Feier platzte eine politische Bombe. Die SPD stellte in der Bürgerschaft einen Misstrauensantrag gegen den Regierenden Bürgermeister Dr. Neumann: man warf ihm vor, sich in verfassungswidriger, konspirativer Weise in Verhandlungen zum Sturz der Republik mit dem berüchtigten ultranationalen Justizrat Claß eingelassen zu haben. Das Stenogramm der damaligen Bürgerschaftsdebatte vermittelt eine lebhaft Vorstellung von der Leidenschaft der Angriffe und Erwi-*

<sup>3</sup> siehe auch B.VI

<sup>4</sup> Boy-Ed, Ida, *Essays und Autobiographisches*, Berlin 2016, S.47



*derungen. Wortführer des Angriffs war der im ersten Weltkrieges schwer verwundete August Haut, dessen Rede es an Hieben und Stichen und Injurien auf den bisher politisch wie moralisch vollkommen integren Bürgermeister nicht fehlen lies. Er wurde sekundiert vor allem durch Zwischenrufe von dem Hauptschriftleiter des Lübecker Volksboten, Dr. Julius Leber, der später zum Kreisauer Kreis und den Verschwörung gegen das Naziregime gehörte und sich dadurch verdient gemacht hat. Zu den Gegenrednern gehörten die Rechtsanwälte Hans Ewers und Wittern; besonders die Rede des ersteren zeichnete sich durch Besonnenheit und Unvoreingenommenheit aus. Imponierend durch Gelassenheit und Vornehmheit war die Verteidigungsrede des Bürgermeisters, der mit keinem Wort in die Debatte eingegriffen hatte, weil er die Entscheidung gegen ihn als von Anfang an für ausgemacht hielt. Die Abstimmung erfolgte am 2. Juni, unmittelbar am Vorabend der 700-Jahr-Feier. Sie war nicht mehr abzuwenden und musste das politische Klima der nächsten Tage vergiften. Freilich, die große breite Masse des bürgerlichen Volkes setzte sich darüber hinweg und ließ sich den lokalpatriotischen Freudentaumel nicht nehmen. War doch auch das weit gespannte Programm schon in das allgemeine Bewusstsein gedrungen.<sup>5</sup>*

Zu den führenden Intellektuellen der zweiten Generation der Stadt zählt auch der hellstichtige Heinrich Mann (1871-1950). Er wendet sich zwar früh (1915)<sup>6</sup> gegen die ins Nationalistische abrutschende krude politische Ideenwelt seines Bruders Thomas und dessen intellektuellen Dunstkreis, die *Konservative Revolution*, aber von Lübecks mutigem (1921) 30-jährigen politischen Aktivisten Julius Leber (1891-1945) oder den sozialistischen Arbeitergeschichten des Lübecker Volksboten erzählt Heinrich Mann nichts.

Er ist nur sieben Jahre älter als Gustav Radbruch (1878-1949) und Erich Mühsam (1878-1934). 14 Jahre trennen ihn von Arnold Brecht (1884-1977). Sie gehören also zu der gleichen Generation der Lübecker Intellektuellen der 20er Jahre. Alle kommen aus bürgerlichen bis hochbürgerlichen Lübecker Familien. Hervorragend schreiben, d.h., ihre Wahrnehmungen präzise benennen, konnten sie alle. Schreiben wurde oder war ihr Beruf.

Keiner von ihnen - mit Ausnahme von Abram Enns Darstellung 1978 - erwähnt und benennt detailliert den politischen Skandal. Thomas Mann (1875-1955) erkundigt sich allerdings brieflich vor seiner Anreise bei Ida Boy-Ed über Bürgermeister Neumann.<sup>7</sup> Keiner schreibt indes Genaueres zum 1921 hereingeschmeckten Julius Leber von „ungewisser Herkunft“ und zu den Hintergründen der aufwühlenden Vorgänge, die dieser vor Ort und im Reich aufdeckt oder die der Lübecker Volksbote aus Sicht der Werktätigen - auch unabhängig vom Skandaljahr 1926 - breit darstellt.

<sup>5</sup> Enns, Abram, Kunst und Bürgertum. Die kontroversen zwanziger Jahre in Lübeck, Hamburg 1978, S.98; aufschlussreich dessen Einschätzung der geistigen Lage der Stadt als bis in die zwanziger Jahre von der internationalen Entwicklung abgekapselter schläfriger Ort (Klappentext).

<sup>6</sup> Eggerstedt, Michael, Heinrich Manns frühe politische Essays, Lübeckische Blätter 2021/11, S. 176ff., [https://www.die-gemeinnuetzige.de/fileadmin/media/luebeckische-blaetter/2021/11\\_LB186.pdf](https://www.die-gemeinnuetzige.de/fileadmin/media/luebeckische-blaetter/2021/11_LB186.pdf)

<sup>7</sup> Thomas Mann, Briefe an Otto Grautoff 1894-1991 und Ida Boy-Ed 1903-1928, Frankfurt 1975, 230 ff

Radbruch und Thomas Mann waren bei der Reichsfreiheitsfeier (1926) in der Stadt. Sie fühlten sich dort ganz im Hochgefühl der Schönheit ihrer Vaterstadt mit der langen republikanischen Tradition. Kein öffentliches Wort zum politischen Skandal des Bürgermeistersturzes. Radbruch, Mühsam und Brecht sind ferner gute Kenner marxistischer Analyse der Herrschaftsverhältnisse. Mühsam geht darin wohl an weitesten. Er bewundert die russische Revolution und rechtfertigt sein Münchner revolutionäres Handeln gegenüber Lenin lang und breit.<sup>8</sup> Die erschütternden Ereignisse um die Jahrhundertfeier sind indes nicht Gegenstand ihrer verschriftlichten Wahrnehmung.

Radbruch wiederum ist und bleibt tief berührt von den Kieler Vorgängen um den zweiten der vier Putsche oder Putschversuche in der Weimarer Epoche, dem Kapp-Putsch (1920).<sup>9</sup> Dort wird er als Hochschullehrer in der Verteidigung der Republik zum todesmutigen Aktivisten. Seine Frau Lydia meint, er sei von den Republikfeinden zum Tode verurteilt worden. Auch unter kriminologischen Aspekten (also mit der psychologischen und sozialpsychologischen methodologischen Vorgehensweise) kennt er sich als Strafrechtler aus.

Radbruch war befreundet mit den Heidelberger Hochschullehrern um Max Weber, einem der Väter der modernen soziologischen Analyse. Zuvor in Kiel ist er eng befreundet und im Kapp-Putsch gemeinsam an der Front gegen die Republikfeinde mit seinem Fakultätskollegen, dem Staatstheoretiker und Verfassungsrechtler Hermann Heller (1891-1933). Heller wirbt er für die SPD. Beide kennen also auch das damalige sozialdemokratische Milieu gut. Heller ist darüber hinaus ein früher Verfechter der Volkshochschulbewegung und des sozialen Staates.

Bei Radbruch kommt noch hinzu, dass er 1921-1923 mit Unterbrechungen als Justizminister in der Reichsregierung saß. Dessen Ministerium hat das Republikschutzgesetz nach dem Rathenau - Mord (1922) verfasst. Es wurde zunächst als Notverordnung erlassen. Die völkischen Umtriebe, insbesondere diejenigen der Alldutschen unter Justizrat Heinrich Claß, müssen ihm demnach bekannt gewesen sein. Mit Lübeck - seiner Heimatstadt - bringt er diese 1926 offensichtlich nicht in Verbindung. Gleiches gilt im Übrigen für den Lübecker Arnold Brecht, der die republikfeindlichen Vorgänge im gesamten Reich von hoher Stelle, zunächst als Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern (1921-1927), und später im preußischen Staatsministerium verfolgte und die Gegenwehr mitzuverantworten hatte.<sup>10</sup> Das Reich hatte ja keine eigene Bundespolizei und benötigte deshalb stete Amtshilfe von Preußen.

<sup>8</sup> Mühsam, Erich, Von Eisner bis Leviné, Die Entstehung der bayerischen Räterepublik, Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutionsereignisse in München vom 7. November 1918 bis zum 13. April 1919. Geschrieben im Festungsgefängnis zu Ansbach im September 1920. „zur Aufklärung an die Schöpfer der russischen Sowjetrepublik zu Händen des Genossen Lenin.“ Fanal-Verlag Erich Mühsam, Berlin-Britz 1929, <https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb11126692?page=7>; Lenin war seit 9. November 1917 russischer Premier.

<sup>9</sup> Radbruch, Gustav, Biographische Schriften, Gesamtausgabe Band 16, Karlsruhe 1988, S.245f.

<sup>10</sup> Brecht, Arnold, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen eines beteiligten Beobachters 1884-1927, Stuttgart 1965, 371; er erwähnt die Putsch-Vorgänge vom Mai 1926, die Severings Polizei aufgedeckt habe, ohne auf Lübeck einzugehen, Brecht, ebda. 463



Willy Brandt (1913-1992) - die dritte Generation - zwar keine Person „von Familie“, sondern aus dem Arbeitermilieu - beschreibt später genau die soziale Lage seiner Heimatstadt Lübeck, in der er aufgewachsen ist. Er nimmt sich nach Kriegsende in Berlin Lebers Frau, Annedore Leber, an. Über Lebers Lübecker aufklärerische Zeit: zwar eine zutreffende Charakterisierung Lebers, aber keine Erwähnung dessen tiefgreifenden Auseinandersetzungen mit Bürgermeister Neumann oder genauere Details zu Lebers andauernden Kämpfen mit den Völkischen, wie sie uns Wolfgang Muth entdeckt.<sup>11</sup> Bei Brandt liegt der Fokus früh auf der internationalen Ebene. Er hat die Skandalfeier als 12-jähriger miterlebt und war 1933, als er floh, 19 und danach in die Organisation des internationalen sozialistischen Widerstandes eingebunden.<sup>12</sup>

Als er seine Erinnerungen schrieb, die 1960 bzw. 1989 erschienen sind, war über Bürgermeister Neumanns tiefe Verstrickungen in die völkischen Netzwerke (noch) nichts bekannt. Der aufklärende Artikel von Dirk Stegmann über die Radikalisierung des Lübecker Bürgertums erschien erst 2013. Wolfgang Muths Details über Lebers politische Vita in Lübeck sind Teil eines - bisher nicht veröffentlichten - Vortrags, gehalten 2011.

Wie steht es mit Annedore Leber (1904-1968)? Die Erlebnisse ihrer gemeinsamen Lübecker Zeit mit Julius Leber lägen für biographische Aufzeichnungen bei ihr ja am nächsten. Über die politische Lage in Lübeck und das frühe Widerstehen ihres späteren (1927) Mannes: wenig. Gleiches gilt übrigens von der Biographin Lebers, Dorothea Beck. Im Wesentlichen: Berlin, Berlin!<sup>13</sup>

Hinsehen sollte man vielleicht noch bei Hans Blumenberg (1920-1996), der wiederum sieben Jahre jünger ist als Brandt. Hat er zu den Geschehnissen der 20er Jahren - außer den enttäuschenden späteren Erlebnissen mit seiner Klasse im Katharineum nach 1945 - aus seiner Lübecker Familiengeschichte etwas aufgeschrieben? Wie steht es ferner mit dem Leiter des St. Annen- Museums, Carl Georg Heise (1890-1978), der das Jubiläum mit organisierte, und mit der Tochter Neumanns und Ehefrau Heises, Hildegard Heise (1887-1979)? Haben Sie schriftliche Hinweise zu den Hintergründen des Bürgermeister-Rücktrittes hinterlassen?

Auch der Lübecker Journalist Rolf Winter (1927-2005) gehört schließlich zu dieser dritten Generation Lübecker Intellektueller. Er beschreibt in seinen Kindheitserinnerungen *Hitler kam aus der Dankwartsgrube (und kommt vielleicht mal wieder)* (1994) die desaströse soziale Lage der Arbeiter:innen gegenüber den Herrenmenschen in der Stadtrepublik. Von dem Aufbegehren Lebers gegen die Völkischen und den Machenschaften Bürgermeister Neumanns ist dort nichts zu lesen.

<sup>11</sup> <http://michaelboutteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/Luebecks-Weg-in-die-Diktatur.pdf>, S.93f.; Wolfgang Muth, Dr. Julius Leber-Leben und Werk, Vortrag Julius Leber Schule am 19.8.2011: <http://michaelboutteiller.de/wp-content/uploads/2021/06/MuthJulius-Leber-3.pdf>

<sup>12</sup> Dazu Gertrud Pickhan, <http://michaelboutteiller.de/wp-content/uploads/2021/06/Willy-Brandt-1933.pdf>; Brandt, Willy, Mein Weg nach Berlin, Aufgezeichnet von Leo Lania, München 1960, 55

<sup>13</sup> Beck, Dorothea, Julius Leber, Goldmann Verlag 1994

# 1. Erklärungsversuche

Warum diese Durchsicht der Wahrnehmungen der drei Generationen in Lübeck beheimateter Intellektueller der Weimarer Epoche? Sie soll Pars pro Toto klären, was an Wahrnehmungsfiltren bei der bürgerlichen Elite im Freistaat eingeschaltet war, um die realen Herrschaftsverhältnisse und völkischen Netzwerke vor Ort auszublenden.

Für sämtliche der Genannten gilt wohl: Entweder waren sie Kinder oder ihr geistiges Interesse lag - mit Ausnahme von Ida Boy-Ed, Abram Enns, Hildegard und Carl Georg Heise - 1926 deutlich auf anderen Orten der Politik. Lübeck - so scheint es - bleibt für sie (nachdem sie die Stadt verlassen hatten) in der Weimarer Zeit eine Provinzstadt in Norddeutschland, gewissermaßen ein unbedeutendes Loch im riesigen Freistaat Preußen, in dem die wahre Musik spielt, an der Grenze zu Mecklenburg-Schwerin, dem Freistaat Oldenburg<sup>14</sup> und an der Ostsee. Sie reflektieren Lübeck vielleicht als Ort hansischer republikanischer Tradition, mittelalterlicher und Architektur des Rokoko, kaufmännischen Niedergangs, Stadt von Marzipan und Rotspon, Heimatstadt.

Auch bis in die dritte Generation der Intellektuellen fehlt indes die genauere Analyse der völkischen Lübecker Machtstrukturen. Die in Lübeck Geborenen oder Aufgewachsenen suchten alsbald ihr Glück in Berlin, Kiel, München, Hamburg oder anderswo. Zum Studieren musste man traditionell nach Göttingen, Kiel und in andere Orte. Jedenfalls nicht in die Königin der Hanse, die übrigens bereits Ende des 15. Jahrhunderts es abgelehnt haben soll, die Universität Rostock mit ihren Unruhestiftern weiter zu beherbergen.

Abram Enns beschreibt das konfliktgeladene Lübecker Kunstleben der zwanziger Jahre gegenüber der vorangegangenen „in sich gekehrten Gründerzeit und Jahrhundertwende“ so:

*„Im Brennpunkt des Geschehens stand der weltbekannte Museumsfachmann und Kunstgelehrte Carl Georg Heise. Seine Lübecker Zeit war die fruchtbarste und beglückendste seines Lebens, bekennt er selbst. Denn in Lübeck war Pionierarbeit zu leisten: «Die Lübecker unterhielten» um Gründerzeit und Jahrhundertwende »ein unglückliches Verhältnis...zu den bildenden Künsten. Nicht eine der zeitgenössischen Kunstbewegungen hat das in sich versunkene und abgeschlossene Lübeck auch nur leise berührt...» So Otto Krauthof, der Jugendfreund Thomas Manns. Aber mit Heise zogen 1920 «Lärm und Streit in die Stadt...Es bildeten sich Parteien im Kampf um den Expressionismus, der so leidenschaftlich geführt wurde, dass es...bis zur Zerstörung moderner Kunstwerke kam» (Harald Keller, ehemals Assistent Heises). Einem hölzernen Kruzifix wurde der Kopf abgeschlagen, es wurde an einen Stein gekettet und versenkt. Skandal aber waren auch die religiösen Bilder Noldes in der Katharinen Kirche, Skandal die «Zerschlagung»*

<sup>14</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Freistaat\\_Oldenburg](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Freistaat_Oldenburg), abgerufen 8.4.2022

*der alten Gemälde-Sammlung, Skandal schließlich Heises Idee, die Nischen der Katharinenfassade mit Figuren Barlachs zu schmücken.“<sup>15</sup>*

Während das Kunstleben Anfang der zwanziger Jahre offenbar im bürgerlichen Bewusstsein der Stadt erwachte und die völkischen Gegner der modernen (deutschfeindlichen) Kunst mobilisierte, erhielt die sich radikalisierte politische Landschaft mit ihren kriegstreibenden völkischen Netzwerken in der nachrevolutionären Stadtrepublik keine Aufmerksamkeit. Der Präfaschismus konnte sich - unbemerkt von der bürgerlichen Elite, die sich um ihren Besitzstand sorgte - (oder besser: mit ihrer Duldung) im Freistaat breit machen.

## 2. Fazit

1. Lübeck war in der Weimarer Epoche für die Genannten in erster Linie Heimatstadt.
2. Die Stadt und ihre familiären Verflechtungen waren ferner anregendes Beispiel für Romane und soziologische Skripte über Vaterstadt, Gangbutscher, Provinz, Untertänigkeit, Niedergang des königlichen Kaufmannes usw..
3. Das Lübecker Bürgertum hielt sich als Tageszeitung den Generalanzeiger (44.000), nicht den Lübecker Volksboten (14.000). Daraus bezog es zusammen mit den Lübeckischen Blättern die Informationen.
4. Die Welt des Volksboten, also diejenige der werktätigen Bevölkerung, wurde kaum wahrgenommen.
5. Konflikte und ihre Darstellung entnahm man ebenfalls den bürgerlichen (nationalistischen, völkischen) Medien, die auf Hugenberg-Kurs segelten.
6. Die in gewissem Sinne Ausgewanderten (fremd Gewordenen) verloren rasch das Interesse an und den politischen Blick auf ihre Heimatstadt.
7. Deshalb führten etwa die Ereignisse um die Jahrhundert-Feier 1926 mit dem am Anfang stehenden Bürgermeisterwechsel zwar zum Aufmerken. Die Wahrnehmung: „Streit zwischen den Parteien mit nicht bewiesenen Inhalten“, die der Generalanzeiger dazu entfachte, entpolitisierte indes erfolgreich. Diese öffentliche (Nicht-)Wahrnehmung des bürgerlichen Lübeck bestätigen Ida Boy-Ed und Abram Enns.

---

<sup>15</sup> Enns, Klappentext



8. Die damaligen Wahrnehmungs-Filter des gebildeten Bürgertums im Umgang mit der (sozialistischen) Sozialdemokratie und vice versa beschreibt der feinfühlige Gustav Radbruch in seinen biographischen Schriften.<sup>16</sup> Das Misstrauen der beiden Volksklassen gegeneinander, ihre tiefe gesellschaftliche Spaltung, ist in den literarischen Zeugnissen ablesbar.
9. Die von Radbruch beschriebene grundlegende Distanz von einerseits Bürgerlicher- und andererseits Arbeiter:innen-Welt als unterschiedlicher (Ein)Bindungen existenzieller (bei Arbeiter:innen) und ideeller (bei Akademiker:innen) Art, bestimmten seinerzeit die alltägliche Lebenswelt.
10. Verallgemeinert man dieses von Radbruch wahrgenommene Phänomen eines unterschiedlichen Wahrnehmungsfilters der politischen Realität von Sozialisten einerseits und des Bürgertums andererseits auf die sich radikalisierten Geschehnisse im Lübeck der 20er Jahre, so findet sich ein weiterer Grund für das schnelle Vergessen der revolutionären Umtriebe in Lübeck: Die Welt des arbeitenden Volks,<sup>17</sup> der man die nachrevolutionäre Epoche der Weimarer Republik zuordnete, war für das Lübecker Bürgertum nicht oder nur von geringem Interesse. Es empfand eher die Sozialisten und nicht die Völkischen als die wirklich bedrohlichen Gefährder und Feinde des Bürgertums.

---

<sup>16</sup> <https://michaelboutteiller.de/wp-content/uploads/2021/08/Radbruch-und-SPD.pdf>

<sup>17</sup> Untertitel der Tageszeitung Lübecker Volksbote (1.2.1926), die man von bürgerlicher Seite als „Amtsblatt“ des Freistaates bezeichnete: „Tageszeitung für das arbeitende Volk“.

## B. Lübecks Weg in die Diktatur



Johann Neumann

Emil Possehl

# Zitat

*„Es hat in Deutschland nie eine Entnazifizierung gegeben. Polizei und Justiz und weite Teile der Union waren Sammelbecken für Nazis und Kriegsverbrecher. Noch heute grenzt sich die CDU /CS U nicht entschieden gegen Rechts ab, wie man am neu rechten Populisten Hans-Georg Maaßen sieht, der von der CDU zur Wahl aufgestellt wird. Josef Schuster würde dann eine Kontinuität bei den Konservativen seit den dreißiger Jahren sehen und sich viele Juden und Migranten und migrantisierte Menschen heute fragen: wie kann ich für meine eigene Sicherheit sorgen, wenn die Polizei eventuell eher mein Feind ist. Das Land verlassen? ... Es geht ja nicht nur um von Storch. „Nein, sondern auch um Hedwig von Beverförde und Gabriele Kuby. Diese Frauen gehören zu den Leuten, die eine politische Zusammenarbeit zwischen der AfD Union vorantreiben. Alle drei sind christliche Fundamentalistinnen und arbeiten zusammen in der Aktionsgruppe „Demo für alle“, die von Putins Anti-LGBT Gesetzen beeinflusst ist und ihr Vorbild in den homophoben und antifeministischen Regierungen Russlands und Polens sieht“ (Falk Richter, FR. 4.12.2021, S.33)*

# Prolog

Die Weimarer Epoche war entscheidend für Lübecks Absturz in den Nationalsozialismus und für die Nachkriegsgeschichte der Stadt. Kontinuität oder Bruch? Das anliegende Skript verfolgt die Entwicklungslinien anhand zweier seinerzeit entscheidender Persönlichkeiten Lübecks, Emil Possehl und Johann Martin Neumann.

*„Die Episode Neumann ist viel zu unbekannt und bisher nicht wirklich für Lübeck aufgearbeitet.“* Diese Einschätzung des städtischen Archivdirektors Dr. Lokers im März 2021 erklärt vielleicht, weshalb die folgende These Widerspruch erfährt: Mit dem Dienstantritt Bürgermeister Neumanns am 1. Januar 1921 beginnt eine 12 Jahre andauernden Periode, die den Faschismus in Lübeck vorbereitet.

War die führende Lübecker Gesellschaftsschicht ein Treiber Nazi-Deutschlands? Träfe zu, dass mit Neumanns Dienstantritt tatsächlich eine Vorstufe des rassistischen und völkischen Deutschen Reiches im kleinen Freistaat Lübeck eingeläutet worden wäre, so änderte diese Beurteilung fast alles in der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einordnung der Stadtrepublik der 1920er Jahre. Es läge dann nämlich nahe, sich als erstes zu fragen, wer oder was hat uns nach 1945 so lange daran gehindert, den Fokus auf die damaligen erschütternden Ereignisse der 20er Jahre zu werfen.



Diese Ereignisse waren erschütternd in Wort und Tat. Weder die völkische Ideologie, der darin lauernde eliminatorische Hass, noch die nationalistische Gewalt, die schon vor dem 30.1.1933 sich Bahn brachen, führten indes zur wirksamen Gegenwehr in der Lübecker Bürgerschaft, noch bewegte die erkennbare Gefahr des Faschismus die damals maßgeblichen städtischen Eliten zu gemeinsamem Widerstand.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Der Doppelbinderprozess aus Hass und Gewalt, von dem Norbert Elias in seinem Vortrag „Zivilisation und Gewalt: Über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und ihre Durchbrechungen“ 1980 spricht,<sup>18</sup> der auch unsere Gegenwart bestimmt,<sup>19</sup> vertiefte den Graben zwischen den eh schon gespaltenen Lübecker Gesellschaftsteilen.<sup>20</sup> Ihre Wahrnehmungsfähigkeit war blind geworden, die drohende Gefahr des Faschismus als das einzuschätzen, was sie war, konkret und brandgefährlich. Die führenden Eliten haben diesen Riss in der Gesellschaft erkannt, waren weder damals noch heute in der Lage zu einem heilenden Kompromiss. Sabine Hark spricht von der *Dystopie einer Vision der Gewählten und Ungewählten*.<sup>21</sup>

Rosa Luxemburg kritisierte 1901 auf dem Parteitag in Lübeck mit scharfen Worten das „Geldsack-Parlament“ in den Hansestädten:

*„Ihnen hier in der großtuenden Bourgeoisie, der berühmten Republik gebrauche ich nicht viel darüber zu sagen, was wir heutigen Tages von dem Wert des bürgerlichen Parlamentarismus zu halten haben...- der allgewalten Bourgeoisie in dem Geldsack-Parlament der Republik von Lübeck und Hamburg ...In Lübeck erleben wir schon die Rückwärtsversion des Parlamentarismus...“?*<sup>22</sup>

Galt diese im Kaiserreich zutreffende Beurteilung auch noch für die Verhältnisse unter der Weimarer Verfassung?<sup>23</sup>

Zwei Exponenten des sich in beispielhafter menschlichen Härte abzeichnenden damaligen Herrenmenschentums werden im Folgenden dargestellt: der eine fast allmächtig im Bereich des Lübecker Wirtschaftslebens, der andere fast allmächtig im Bereich des Lübecker Freistaates. Emil Possehl und Dr. Johann Martin Andreas Neumann. Beide beherrschten nicht nur Wirtschaft und Staat, sondern beide standen auch in Lübeck für so etwas wie die kulturelle Hegemonie. Diese kulturelle Herrschaft formte das Wahrnehmungsvermögen in der damaligen präfaschistischen Epoche. Die Hegemonie wirkt aber auch fort bis in unsere Gegenwart. Oder was sonst hat die Stadtmauern so hoch wiedererichten können, dass es

<sup>18</sup> Norbert Elias: J. Matthes (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980* (S.98-122) (<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaoar-135461>)

<sup>19</sup> Hark, 57.

<sup>20</sup> vgl. die Arbeit über die verschiedenen Milieus in Lübeck von Freche, 332; s. unten 100f.; Leber, LBV, 2.9.1921 Arbeiter|Bürger

<sup>21</sup> Hark, 59

<sup>22</sup> Gesammelte Werke, Band 6, S.678; und der Bericht in: [https://vlga.de/file/zvlga\\_76\\_1996.pdf](https://vlga.de/file/zvlga_76_1996.pdf); diese Kritik verschärfte sie am 20.11.1918 in der Rede des Spartakusbundes gegen die Bildung der Nationalversammlung nach den Plänen der Mehrheitssozialisten (bürgerliche Demokratie/ sozialistische Demokratie) Huber Dokumente, 26

<sup>23</sup> Einen guten Überblick der reichsweiten Vorgeschichte der Diktatur gibt Heinrich August Winklers, Weimar 1918-1933

ein Jahrhundert brauchte, den falschen Wahrnehmungsfilter<sup>24</sup> „Rechtsstaat Weimar“ im öffentlichen Bewusstsein unserer Stadt wegzuräumen (Fake News)?

Oder sollte sich doch herausstellen, dass wir aufatmen können. Ist und bleibt Neumann und die Persönlichkeit Emil Possehl eine *Episode der Lübecker Geschichte*, von der eingangs die Rede war. Sind diese beiden Herrschnernaturen gewissermaßen der *Fliegenschiss* im Bilde der alten und ehrwürdigen und über Generationen wehrhaften Hansestadt, die sich vom Blitz der Barbarei am 30. Januar 1933 - plötzlich und unerwartet - getroffen sah? Spricht für diese befreiende Sichtweise nicht doch das Bild vom *Roten Lübeck*<sup>25</sup> der 1920er Jahre? Und, waren nicht die durchgehenden Wahlerfolge des linken Lagers von 1919 bis 1932, angeführt ab 1921 von Julius Leber, der beste Gegenbeweis?<sup>26</sup>

Und schließlich, ist es nicht doch der Widerstand und die Zivilcourage der vielen Lübecker:innen, für die Willy Brandt, Arnold Brecht, Edmund Fölscher, Erich Klann, Erika Klann, Minna Klann, Hermann Lange, Julius Leber, Heinrich Mann, Erich Mühsam, Eduard Müller, Werner Puchmüller, Johannes Prassek, Gustav Radbruch, Karl Friedrich Stellbrink, Fritz Solnitz, stehen? Prägte deren Bild nicht auch zu Recht die Zwischenkriegszeit?<sup>27</sup> Dieser beispielhafte Widerstand der genannten Lübecker:innen, ihr Eintreten für die Republik realisierte sich im Wesentlichen zwischen 1918 und 1933. Deshalb kann man sich fragen, ob die These vom 1921 beginnenden Präfaschismus nicht ungeeignet ist, das nach der Revolution 1918 heranwachsende „*Pflänzchen Demokratie*“ im Freistaat hinreichend zu würdigen.

Vier Fragen:

1. Was spricht dafür oder dagegen, dass mit der Indienststellung des Lübecker Senators Dr. Neumann als Bürgermeister am 1. Januar 1921 die präfaschistische Epoche Lübecks beginnt?
2. War Neumann der politische Arm des 15 Jahre älteren Milliardärs Emil Possehl in Lübeck und Berlin? Warum wird das Wirken beider in der Weimarer Epoche nicht gemeinsam gewürdigt?
3. Warum hatte die Kultur der organisierten Lübecker Arbeitswelt keine Chance, sich gegen die Kultur der bürgerlichen Stadtelite in den 1920er Jahren durchzusetzen?
4. Warum hat sich am falschen Bild der Weimarer Republik bis heute nichts geändert?

<sup>24</sup> Wortmaschinen (Wahrnehmungsfilter) <http://michaelbouteiller.de/archive/2749>

<sup>25</sup> Dieser Mythos (die „Rote Stadt“) erzählt die Geschichte von einer in den 1920er Jahren bestehenden kulturellen Dominanz oder Hegemonie der Arbeiterkultur gegenüber der traditionellen Elitenkultur des Lübecker Bürgertums; selbstverständlich gab es „das Rote Lübeck“, als in sich mehr oder weniger abgeschlossene Parallelwelt der Arbeiter:innen. Diese ausgeprägte Teilkultur in Lübeck ist nicht gemeint.

<sup>26</sup> [https://www.gonschior.de/weimar/Luebeck/Uebersicht\\_LTW.html](https://www.gonschior.de/weimar/Luebeck/Uebersicht_LTW.html)

<sup>27</sup> [http://www.jugend-ins-museum.de/files/widerstand-und-verfolgung/Arbeitsblatt\\_2.3.pdf](http://www.jugend-ins-museum.de/files/widerstand-und-verfolgung/Arbeitsblatt_2.3.pdf)

# I. Präfaschismus

## 1. Der Begriff Präfaschismus

Zunehmend gewinnt der Begriff „Präfaschismus“ in der politologischen, soziologischen und historischen Wissenschaft Gewicht. Der Begriff *Präfaschismus* eignet sich m.E. gut für die Analyse des Zustandes einer gesellschaftlichen Einheit (Stadt, Land, Staatenbund usw.). *Präfaschistisch* beschreibt eine konkrete Gefahrenlage: Ohne hinreichende Gegenwehr von Staat und Bürger:innen realisiert sich die Gefahr eines Umschlages in den Faschismus.

Demgegenüber benennt der zur Begründung für die damalige geistige Lage oft gebrauchte Begriff „*Konservative Revolution*“<sup>28</sup> eine bestimmte, durchaus heterogene - i.S. rechter und auch linker Orientierung - Gedankenwelt von Personen oder Personengruppen. Diese Ideenwelt kann handlungsrelevant werden, mündet aber nicht notwendig in Faschismus. Möglicherweise entsteht bei der Durchsetzung von Ideen der *Konservativen Revolution* stattdessen nämlich als Herrschaftsform eine Meritokratie, d.h. eine Elitenherrschaft, die nicht, wie im Falle des völkischen Faschismus, in Mord und Totschlag, national und international, Bürgerkrieg und Staatenkrieg mündet, sondern in Milliardärsherrschaft.<sup>29</sup> Es geht also bei diesem Versuch der Kennzeichnung einer Gebietskörperschaft als *präfaschistisch* um die Bekämpfung des Faschismus, der Aufklärung über seine Ursachen und Verursacher:innen und die Gegenwehr. Es geht um die frühzeitige Abwendung des Umsturzes in den Faschismus, so lange das noch möglich ist, d.h. so lange noch keine Massenbewegung organisiert ist. Deshalb kommt es für den Wortgebrauch *Präfaschismus* nicht darauf an, ob die Gefahrenlage sich bereits zu einer Massenbewegung entwickelt hat. Diesen Umschlag in die organisierte Massenbewegung gilt es gerade zu verhindern.

<sup>28</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative\\_Revolution](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution); aus der Vielzahl der dazu verfassten Literatur sei hingewiesen auf Raphael Gross

<sup>29</sup> <http://michaelboutetiller.de/milliardisierung-die-kaeufllichkeit-der-politik>



## 2. Zur Auseinandersetzung um den Begriff Präfaschismus

Eine methodische Auseinandersetzung um den Gebrauch des Begriffes „Präfaschismus“ findet sich als erstes wohl bei Dirk Stegmann.<sup>30</sup> Weitere Beispiele für die Verwendung des Begriffes in der Literatur sind in der Fußnote aufgeführt.

---

<sup>30</sup> Dirk Stegmann: Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 351-432; Ders.: Vom Neokonservatismus zum Protofaschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199-230.; Foroutan, [https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com](https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com); Snyder, Timothy, <https://www.perlenlaucher.de/9punkt/2021-01-11.html>

## II. Das völkische Netzwerk

Emil Possehl's Todestag am 4. Februar 1919 war noch nicht zwei Jahre her, da begann mit der Wahl seines 15 Jahre jüngeren „Zöglings“, Senator Dr. Martin Johannes Neumann, zum Bürgermeister im Senat und mit dessen Dienstantritt am 1.1.1921 die präfaschistische Epoche im Freistaat.<sup>31</sup> Bürgermeister Neumann stand im nachrevolutionären Lübeck bei seinem Dienstantritt mitnichten für eine Kehrtwende in der Senatspolitik nach rechts. Denn auch sein Vorgänger, Emil Ferdinand Fehling, propagierte offen im Senat den nationalistischen „*Deutschen Frieden*“. Der *Deutsche Frieden*, wie ihn der in Berlin gegründete „Unabhängige Ausschuss für einen Deutschen Frieden“ unter Führung des alldeutschen Historikers Dietrich Schäfer forderte und hinter dem vor allem die Gelder der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie standen, wurde damals dem „*Verzichtfrieden*“ der SPD entgegengestellt.<sup>32</sup> Also auch Fehling stand den Völkischen ideologisch nahe.

Die Schlussfolgerung, der Präfaschismus beginne in Lübeck mit Amtsantritt Neumanns, leitet sich demnach nicht aus einer mit dieser Person etwa verbundenen reaktionären politischen Wende der Lübecker Regierungspolitik her. Mit der autoritären Persönlichkeit Neumanns wird vielmehr am 1. Januar 1921 der Exponent eines auf Putsch gegen die Republik ausgerichteten völkischen Netzwerks zum ersten Mal in der nachrevolutionären Ära in einem Bundesstaat des Deutschen Reiches Regierungschef. Neumann wurde durch diese hervorgehobene Stellung zu einer Zentralfigur bei den im Folgenden beschriebenen Putschversuchen.

Die Machtstellung des Lübecker Regierungschefs und die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten ergaben sich zunächst institutionell aus der Lübecker Staatsverfassung. Die Landesverfassung stammt aus dem Kaiserreich und erhielt am 23. Mai 1920 die für Weimar geltende Fassung.<sup>33</sup> Die Lübecker Verfassung hob traditionell die Stellung des Senatspräsidenten hervor. Daran änderte die neue Verfassung nichts (D.). Die Dominanz seiner Persönlichkeit konnte sich erst richtig auf der Grundlage dieser politischen Stellung eines Regierenden Bürgermeisters des Freistaates entfalten. Sein autoritärer Charakter gepaart mit einem verführerischen geistigen Konzept, fand in den bürgerlichen Kreisen der Stadt breite Zustimmung. Hinzu kam der unterstützende gesellschaftspolitische Einfluss Emil Pos-

31 Zu diesem Ergebnis kommt offenbar auch aus völkischer Sicht der Journalist beim Generalanzeiger (so LBV 14.2.1933), Max Knie, S.3, der allerdings mit dem Dienstantritt Julius Lebers im April 1921 den 2. Abschnitt seiner völkischen Geschichte Lübecks beginnen und mit dem Sturz Bürgermeister Neumanns enden lässt

32 [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_20/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_20\\_Essay\\_3.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_20/Demokratische_Geschichte_Band_20_Essay_3.pdf); Schäfer wurde 1926 zu einem Vortrag eingeladen. Aus Anlaß des Jubiläums im Zusammenhang mit den Feiern Lübecks kennzeichnete er die historisch - politische Lage Lübecks. „Der Kampf der Hanse um die deutsche Seegeltung fand keine Unterstützung bei den deutschen Königen, oft sogar Gegnerschaft.“ Kroger, 244 [https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/zvlga\\_74\\_1994.pdf](https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/zvlga_74_1994.pdf); Werner, Frank, Ehre und Schande, <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/08/Kriegsschuldfrage-Zeit-Online.pdf>

33 <http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm>

sehls zu dessen Lebzeiten vor Ort und im Deutschen Reich: Lübeck begriffen beide als Mittelpunkt vergangener und zukünftiger deutscher Weltgeltung.<sup>34</sup>

Politische Wirkung konnte Bürgermeister Neumann in Lübeck und im Deutschen Reich nur entfalten über die Instrumentalisierung durch das im Deutschen Reich und in den Bundesstaaten wirksame, in der Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts begründete, völkische Netzwerk des Allgemeinen Deutschen Verbandes (AV). Einer Organisation, die zusammen mit ihren Lübecker Vertretern, insbesondere mit dem mächtigsten Vertreter dieses Netzwerkes in Lübeck, Senator Possehl (C.), weit über diese Organisation im engeren Sinne hinaus, tief in nationale bzw. nationalistische Vereine und Parteien des Deutschen Reiches hineinwirkte.<sup>35</sup> Die Ideenwelt des AV speiste sich ferner aus den politisch heterogenen Konzepten der *Konservativen Revolution*.<sup>36</sup>

Dieses Netzwerk (AV) wurde generalstabsmäßig organisiert (Claß, Hugenberg, Kirdorf) und geführt. Dessen Steuerung erfolgte zentral und die Durchsetzung medial über das Medienmonopol Hugenburgs, insbesondere über die Mitteilungsblätter des AV und ab 1917 zusätzlich über das Kampfblatt „Deutsche Zeitung.“ Als Frontorganisation dienten in den Reichs- und Bundesparlamenten die völkischen oder nationalistischen Parteien, ob sie Mitglieder des AV waren oder auch nur wesentliche Gesichtspunkte von den Alldeutschen übernahmen, wie etwa die Vaterlandspartei.<sup>37</sup> 1919 wurde auf Veranlassung des AV auch der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund gegründet,<sup>38</sup> der gegen Erzberger und Rathenau hetzte.<sup>39</sup> Dieser erklärte in seinem Gründungsstatut *das Kaiserbuch*<sup>40</sup> von Heinrich Claß,<sup>41</sup> dem langjährigen Vorsitzenden des Alldeutschen Verbands, als theoretische Grundlage und praktisches Ziel seiner Politik.

Vor Ort wirkten die völkischen Nationalisten gemeinsam mit den Repräsentanten des AV. Für die finanzielle Ausstattung sorgten die Spenden der Wirtschaftsverbände und ihrer führenden Industriellen. Die polizeiliche und militärische Absicherung geschah immanent durch die im Kaiserreich erzogene Wehrmacht und Polizei. Die Richterschaft rekurrierte sich aus den ebenfalls im Kaiserreich ausgebildeten Juristen, für deren kollektive Haltung Tucholskys Gedicht „Nächtliche Unterhaltung“ von 1926 stehen kann.<sup>42</sup> Die kulturelle Hegemonie nationalistischer Gedanken verbreitete sich, insbesondere nach dem gewonne-

<sup>34</sup> Neben der alldeutschen Ideenwelt, in der sich Neumann politisch entwickelt hatte, kommt seine völkische Gedankenwelt in dem zentralen Ereignis Lübecks, der 700-Jahrfeier zum Ausdruck, die der Bürgermeister organisierte und deren Konzept Krogel inhaltlich beschrieben hat: Lübeck als Mittelpunkt vergangener und zukünftiger deutscher Weltgeltung!

<sup>35</sup> Grundlegend: Stegmann, Dirk, „Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“, [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_24/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_24\\_Essay\\_2\\_Stegmann.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_24/Demokratische_Geschichte_Band_24_Essay_2_Stegmann.pdf) Stegmann Radikalisierung

<sup>36</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative\\_Revolution](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution), 24.4.21

<sup>37</sup> Stegmann Radikalisierung; Stegmann, Vaterlandspartei.

<sup>38</sup> <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/antisemitismus/trutzbund>

<sup>39</sup> <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/antisemitismus/trutzbund>

<sup>40</sup> Claß, Kaiserbuch

<sup>41</sup> <https://www.dhm.de/lemo/biografie/heinrich-class>

<sup>42</sup> <http://www.zeno.org/Literatur/M/Tucholsky,+Kurt/Werke/1926/N%C3%A4chtliche+Unterhaltung>

nen Frankreichkrieg von 1870/1871, erfolgreich über Kindergarten, Schule, Universität und über die Eliten der Landeskirche.<sup>43</sup>

# 1. Alldeutscher Verband: Thinktank der Konservativen Revolution

Die Reichstagswahlen 1912 sind offenbar für einen Großteil des preußisch-deutschen Bürgertums im Deutschen Reich und im Bundesstaat Lübeck ein Schock. Denn die Sozialdemokraten werden mit 34,8% stärkste Fraktion im Reichstag (110 Abgeordnete). Sie gewinnen 5,9% hinzu.<sup>44</sup> Obgleich die Verhältnisse in Lübeck aufgrund des für die Wahlen für das Land Lübeck (Bürgerschaft) geltenden Zweiklassenwahlrechts völlig anders ausfielen,<sup>45</sup> nehmen die führenden Kräfte der Konservativen das Ergebnis im Reich als Weckruf. In der Bürgerschaftswahl 1913 gewann die SPD zwar mit 4499 Stimmen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, erhielt aber aufgrund des Zweiklassen-Wahlrechts dafür nur vier Mandate. Hingegen entfielen auf die Bürgerlichen 33 Mandate für nur 3451 Stimmen.<sup>46</sup>

Zusammen mit den Eliten in Militär, Staat, Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft suchten sie gleichwohl bei dieser - nach ihrem Selbstverständnis - bedrohlichen Lage von Staat und Gesellschaft die Gegenwehr in einem noch engeren Zusammenschluss ihrer Kräfte.<sup>47</sup> Im Mittelpunkt steht dabei (meist im Hintergrund die Fäden ziehend) ein Netzwerk aus national konservativen Organisationen, das sich geographisch über das gesamte Kaiserreich erstreckt. Die Kraftlinien gehen vom straff hierarchisch organisierten Alldeutschen Verband (AV) aus. Dessen über lange Zeit unbestrittene Führungsfigur ist ab 1908 (bis 1939) ihr Vorsitzender, Justizrat Heinrich Claß.<sup>48</sup>

<sup>43</sup> Buss, Hansjörg, „Entjudete“ Kirche: Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918-1950), Paderborn 2011; die Zusammenfassung der Arbeit: <http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg/article/viewArticle/537/576>; vgl. demgegenüber die vorsichtige Einschätzung von Wolf-Dieter Hauschild, Kirchengeschichte Lübecks, Christentum und Bürgertum in neun Jahrhunderten, Lübeck 1981, 494-509.

<sup>44</sup> Reichstagswahl 1912 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen\\_in\\_Deutschland](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen_in_Deutschland), 27.3.2021; zum Reichstagswahlrecht: [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht\\_im\\_Norddeutschen\\_Bund\\_und\\_im\\_Deutschen\\_Kaiserreich](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_im_Norddeutschen_Bund_und_im_Deutschen_Kaiserreich), 7.7.2021.

<sup>45</sup> 1905 waren es vier SPD Abgeordnete: W. Bruhns, Peter Pape, Theodor Schwartz und Rudolf Wissell, der Arbeitersekretär und spätere Reichsarbeitsminister; 1907 folgten die Arbeitersekretäre Johannes Stelling und 1909 Paul Hoff; 1913 waren es vier SPD Abgeordnete, darunter Albert Henze vom Konsumverein und der spätere Senator Paul Löwig; die SPD benötigte für vier Mandate 4499 Stimmen, die Bürgerlichen erhielten mit zusammen 3451 Stimmen 33 Mandate, vgl. Stegmann Radikalisierung, S.41; Franz Osterroth, Chronik der Lübecker Sozialdemokratie 1866-1972, Lübeck 1973, 18, 20.

<sup>46</sup> Das Verhältnis 1:10 in der Stimmengewichtung im Wahlrecht zwischen Arbeitern und Bürgerlichen, spiegelt und erklärt augenfällig die damalige Klassengesellschaft von Staats wegen auch vor dem Gesetz.

<sup>47</sup> Zu der These vom Zusammenschluss s.auch Heinrich August Winkler, Die Einheitsfront von rechts, Zeit online, 25.2.1972.

<sup>48</sup> Leicht, Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012; Lebendiges Museum Online (Lemo) <https://www.dhm.de/lemo/biografie/heinrich-class>



Der AV war einer der wichtigen Ideengeber des konservativen und rechtsnationalen preußisch-deutschen Bürgertums vom Kaiserreich über die Weimarer Zeit bis hin zum Nationalsozialismus. Zur Vorgeschichte: Am 17. Juni 1890 gab der Reichsanzeiger das Helgolandabkommen bekannt. Eine Woche später veröffentlichten vier in Zürich lebende Reichsdeutsche in großen deutschen Zeitungen einen viel beachteten Aufruf gegen den Abschluss dieses Vertrages,<sup>49</sup> der in folgenden Worten endete:

*„Wir sind bereit, auf den Ruf unseres Kaisers in Reih‘ und Glied zu treten und uns stumm und gehorsam den feindlichen Geschossen entgegen führen zu lassen; aber wir können dafür auch verlangen, dass uns ein Preis zufalle, der des Opfers wert ist, und dieser Preis ist: einem Herrenvolk anzugehören, das seinen Anteil an der Welt sich selber nimmt und nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht. D e u t s c h l a n d, w a c h a u f!“<sup>50</sup>*

Der 25jährige Dr.Alfred Hugenberg aus Hannover übernahm diese Organisationsaufgabe und sammelte Persönlichkeiten für eine Art Nationalverein, zum ersten Mal in Frankfurt am 28.9.1890. Daraus entwickelte sich die Gründung des Alldeutschen Verbandes in Berlin am 8.April 1891.<sup>51</sup>

Der Historiker Gerd Fesser spricht von dem AV als der „Mutterlauge“ des Nationalsozialismus“.<sup>52</sup> Das gilt auch für Lübeck, dessen Ortsgruppe unter Neumanns Vorsitz besonders aktiv war.<sup>53</sup> 1917 hatte die Lübecker Ortsgruppe bei rund 100.000 Einwohnern immerhin 300 Mitglieder,<sup>54</sup> darunter viele Führungspersonen der Stadtelite. Im Vergleich zur größten Lokalgruppe des AV mit 640 Mitgliedern in der Hansestadt Hamburg mit damals rund 840.000 Einwohnern war das eine beachtliche Leistung, besonders ihres Vorsitzenden Neumann.<sup>55</sup>

Der AV war der Thinktank und nationalistische Vorläufer der „Konservativen Revolution“<sup>56</sup> und des Nationalsozialismus. Nach seinem Selbstverständnis war er zugleich die kulturelle Sammelstelle u.a. der folgenden tief im Bürgertum des Bismarckreiches und der Weimarer

<sup>49</sup> an dem man die Preisgabe Deutscher Anwartschaftsrechte an Ostafrika rügte, Huber 46

<sup>50</sup> „Deutschland erwache!“ von Dietrich Eckart ist das spätere offizielle Lied der NSDAP, Piper, 98

<sup>51</sup> Zum Vorgenannten Kruck, 7 f.; Huber, Verfassungsgeschichte, 45 f.

<sup>52</sup> Gerd Fesser, Die Mutterlauge der Nazis, Zeit online vom 8.Juli 1994, <https://www.zeit.de/1994/28/die-mutterlauge-der-nazis>; die Bezeichnung des AV als Mutterlauge geht nach Fesser, (ebda.) auf Michael Freund zurück; vgl. auch Piper, 46f.

<sup>53</sup> Stegmann Radikalisierung, 47

<sup>54</sup> Stegmann Radikalisierung, 49

<sup>55</sup> Stegmann Radikalisierung, 49

<sup>56</sup> Siehe: Konservative Revolution, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative\\_Revolution](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Konservative_Revolution), 16.10.2019

Republik<sup>57</sup> verwurzelten nationalen Fachvereine und Parteien mit großer gesellschaftlicher Breite:

Deutscher Flottenverein, Deutscher Kolonialverein, Deutscher Wehrverein, Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Hamburgischer Verband gegen die Sozialdemokratie, Unabhängiger Ausschuss für einen Deutschen Frieden, Hauptvermittlungsstelle der vaterländischen Vereine und Verbände, Deutsche Vaterlandspartei, Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, Verein für das Deutschtum im Ausland, Deutscher Ostmarkenverein und Deutschbund.<sup>58</sup> Bereits 1901 hatte der AV ca. 22.000 Einzelmitglieder, ihm gehörten 93 Vereine als korporative Mitglieder an, mit ca. 150.000 Personen.<sup>59</sup>

Die Intentionen des AV waren keineswegs rückwärtsgewandt. Claß schwebte eine Ordnung der Moderne nach rassistischen Kriterien vor. Die „größere Zukunft“ sollte der Krieg erwirken als „Lösung aller europäischen Fragen“.<sup>60</sup> Gründungspaten dieses mächtigen Thinktanks waren ein 1891 noch nahezu unbekannter, äußerst begabter 25-jähriger Regierungsassessor, Alfred Hugenberg, und Carl Peters. Hugenberg war ein Spezialist für Aufbau- und Ablauforganisation von personellen Netzwerken. Peters war der später wegen seines grausamen Vorgehens gegen die Eingeborenen Ostafrikas „Hänge-Peters“ genannte Kolonialpolitiker Carl Peters.<sup>61</sup>

Seit dem 1. Juli 1894 hieß der Verband „Alldeutscher Verband“. Er gewann im Laufe der Zeit, zunächst unter seinen ersten Vorsitzenden, dem Bankier v.d. Heydt (1890-1893)<sup>62</sup> und Prof. Dr. Ernst Hasse (1893-1908) und ab 1908-1939 unter Justizrat Heinrich Claß erheblichen, wenn auch zeitweise durchaus umstrittenen Einfluß<sup>63</sup> auf die Politik von Reich und Bundesländern. Jedenfalls stand er fast 50 Jahre, d.h. annähernd zwei Generationen lang, immer wieder im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, wenn es um Kriegsziele, Kolonialpolitik, Außenpolitik, Innen- und Rechtspolitik, insbesondere, wenn es um die Stellung der Juden, von Ausländern, von Sozialdemokraten und Liberalen, der Medien- und Kirchenpolitik ging. Der Verein verstand sich auch als Wahrer des wirklichen Deutschtums und Hüter der wahren Deutschen Bildung. Der AV ist im März 1939 von

<sup>57</sup> Uta Jungcurt, *Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik*, Oldenbourg Schulbuch Verlag, Berlin 2016, S.7 f. mit einem Überblick über die gegenwärtige Forschungslage

<sup>58</sup> Alldeutscher Verband, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher\\_Verband](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher_Verband), 16.10.2019

<sup>59</sup> [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alldeutscher\\_Verband\\_\(AV\),\\_1891-1939](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Alldeutscher_Verband_(AV),_1891-1939)

<sup>60</sup> Leicht, 185

<sup>61</sup> Fesser

<sup>62</sup> Huber, *Verfassungsgeschichte*, 46

<sup>63</sup> Zur Professorenschaft vgl. Klaus Schwabe, *Ursprung und Verbreitung des Alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg*, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1966, S.105 ff.; zu Ausrichtung, wechselhaftem Einfluss auf die Reichsregierung und wechselnder Mitgliedschaft etwa Max Webers und Stresemanns (bis 1918), Huber, 47

Reinhard Heydrich, dem Chef der Sicherheitspolizei, aufgelöst worden mit dem m.E. zutreffenden Bemerkungen, er habe sein Programm erfüllt.<sup>64</sup>

Kriegsziele und Diktaturpläne: Die Verbandsleitung des AV gab ihrem Vorsitzenden Claß Ende August 1914 auf ihrer Sitzung in Berlin weitgehende Vollmachten. So konnte er z.B. die Vorlage zu den Kriegszielvorschlägen, die er zuvor u.a. mit Hugenberg abgestimmt hatte,<sup>65</sup> in Wort und Tat umsetzen.<sup>66</sup> Zu diesen Zielen gehörte u.a. das wohl erste Programm zur Vertreibung volksfremder Kräfte in Europa im 20. Jahrhundert. Johannes Leicht schreibt dazu in seiner Claß-Biographie:

*„Die militärische Eroberung von Siedlungsgebieten, vornehmlich in Ost- und Mitteleuropa sowie die politische Implementierung einer ethnisch homogenen Bevölkerung durch staatlich organisierte Umsiedlungsaktionen. Die Verbindung der geopolitischen Chiffre „Lebensraum“ mit der biopolitischen Semantik vom „Volk“ als organisch konzipiertem Kollektivkörper in einem konkreten Vorschlag zur Wiederherstellung einer vermeintlich natürlichen Ordnung bildete den Kern alldeutscher Kriegszielforderungen. Der Nexus von territorialer Expansion nach außen und ethnischer Segregation nach Innen versprach die Realisierung der Vision einer ethnisch-kulturell homogenen, sozial pazifzierten und politisch konformen „Volksgemeinschaft“.“<sup>67</sup>*

Claß propagierte infolgedessen landauf, landab, mit erheblicher Wirkung auf die Meinungsbildung der Wirtschaftselite die alldeutschen Kriegsziel-Botschaften. Pomuelke<sup>68</sup> beschreibt deren Wirkung auf die versammelten Industriellen:

*„Die Industriellengruppe um die Kriegsgetreidegesellschaft ...erfuhr Anfang November 1914 Erweiterungen: zum einen thematisch, indem konkrete Kriegszielfragen diskutiert wurden; zum anderen personell, indem u.a. Männer wie Kirdorf, Stinnes, Beukenberg, Reusch und v. Borsig hinzustießen. Von den Teilnehmern gehörten Hugenberg, Hirsch, Rötger, Beukenberg und Stinnes (jedoch nicht Emil Kirdorf) zur flexibleren und konzipianteren Fraktion der Schwerindustrie. Gleichzeitig kristallisierte sich seit Ende Oktober 1914 in der Großindustrie und bei den extrem Konservativen eine Opposition gegen mögliche Reformen auf Staatsebene heraus, noch bevor sie regierungsseitig in Erwägung gezogen worden waren.“*

---

<sup>64</sup> Fesser

<sup>65</sup> Leicht, 180f.; Schwabe

<sup>66</sup> Heinrich Claß, Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege. Als Handschrift gedruckt. Anlage: zwei Kartenskizzen und eine Zahlentafel. Anschreiben. 16 Oktober 1914, o. O., Leicht, S. 184 FN 51. Johann Neumann war Mitglied der Hauptleitung gewesen.

<sup>67</sup> Leicht, 181, 186

<sup>68</sup> Pomuelke, 240

*Auf der wegweisenden Versammlung vom 7. November 1914 hielt Claß sein Referat über die aus alld deutscher Perspektive wünschenswerten Kriegsziele, welches sich eng an seine September-Denkschrift hielt und dessen Grundgedanken sich alle Anwesenden anschlossen. [...] Die Versammlung beschloss daher, Claß Vortrag als Grundlage für eine entsprechende Kundgebung aller Wirtschaftsverbände anzunehmen, die auch als Eingabe an den Reichskanzler verschickt werden sollte. Schon vorher, am 28. September 1914 war es in der Berliner Philharmonie zu einer Kundgebung der schaffenden Stände gekommen. Vertreten waren u. a. der Deutsche Handelstag, der Deutsche Landwirtschaftsrat, der CDI, der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag, sowie diverse Großbanken gekommen.“*

Adolf Hitler, so schreibt Gerd Fesser,<sup>69</sup> habe Claß bei einem Treffen 1920 in Berlin die Hände geküsst. Hitler habe dabei bemerkt, „als sein „treuer Schüler“ habe er (Hitler) mit „innerer Erregung“ die „Deutsche Geschichte“ von Einhart (Pseudonym für Heinrich Claß)<sup>70</sup> gelesen und bei der Lektüre des „Kaiserbuchs“ (Autor Heinrich Claß)<sup>71</sup> die Überzeugung gewonnen, darin sei alles enthalten, was für das deutsche Volk wichtig und notwendig sei.“<sup>72</sup> Die unermüdlichen sich über neun Jahre von 1917 bis 1926 hinziehenden nationalistischen Putschversuche des AV und ihres Vorsitzenden bestätigen mehr als alles andere dieses Urteil. Am Ende sahen sich Claß und Hugenberg am Ziel ihrer Wünsche. Sie traten 1933 als Hospitanten in die Reichstagsfraktion der NSDAP ein. Hugenberg (DNVP) wurde vom 30.1.1933 bis 29.6.1933 Wirtschaftsminister im Kabinett Hitler.

## 2. Das Konzept des Alldutschen Verbandes

---

<sup>69</sup> Fesser

<sup>70</sup> Claß-Einhart

<sup>71</sup> Claß-Fryman

<sup>72</sup> Fesser; Hitler bezieht sich auf die Bücher von Heinrich Claß, Deutsche Geschichte von Einhart, Leipzig 1909; Wenn ich Kaiser wär, Leipzig 1912, von Daniel Frymann (Pseudonym für Heinrich Claß),

Die ideologischen Wurzeln des AV reichen tief in die reaktionäre Gedankenwelt der Geenaufklärung und Romantik des 18. und 19. Jahrhunderts. Geistiger Ahnherr dieses Verbandes war ein scharfzüngiger Gelehrter, der sich beruflich einer kritischen Rekonstruktion des Alten- und Neuen Testaments auf der Grundlage der ersten, auch orientalischen Texte verschrieben hatte, Paul de Lagarde (1827-1891).<sup>73</sup>

Der spätere Lübecker Nobelpreisträger Thomas Mann zählte Lagarde auch noch im Alter von 41 Jahren in den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ (1918) neben Nietzsche und Wagner zu „den Großen dieses Volkes“<sup>74</sup> und bezeichnete ihn als „Praeceptor Germaniae“ (Lehrmeister Deutschlands).<sup>75</sup> Lagarde gab dem traditionellen Kulturpessimismus der geistigen und ökonomischen Elite des Kaiserreiches Ende des 19. Jahrhunderts ganz im Sinne Fritz Sterns<sup>76</sup> mit folgenden vier Überlegungen die bündige Fassung<sup>77</sup>:

1. Angesichts des drohenden geistigen und wirtschaftlichen Niederganges des Deutschen Reiches und für den Fortbestand des Deutschen Volkes unerlässlich sei eine einende nationale Erhebung und eine neue nationale Religion. Um den unfruchtbaren Streit der alten Religionsgemeinschaften, die die Nation spalten, zu überwinden, wird eine neue politische Glaubensgemeinschaft zu gründen sein. Nur eine solche führt zur Wiedergeburt des Deutschen Reiches. Das Entstehen dieser nationalen Religion bedarf allerdings eines heldischen Führers. „Nur eines Mannes großer, fester, reiner Wille kann uns helfen, eines Königs-Wille, nicht Parlamente, nicht Gesetze, nicht das Streben machtloser Einzelner“.<sup>78</sup>
2. Für den Neuaufbau dieses Deutschen Reiches sind die Begriffe „Staat“ und „Nation“ neu zu bestimmen. Anders als nach der überkommenen hegelschen Definition ist der „Staat“ nichts als eine Maschine, die bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat. Demgegenüber ist die „Nation“ die eigentliche (mystische) Verkörperung des Volkes. Ein Volk kann nur dann zur Nation werden, wenn es in seiner Gesamtheit die ihm von Gott bestimmte Sendung annimmt. Die so gebildete Nation kennt keine Schranken (und Gesetze). Sie hat nur einen Willen und kennt keinen Zwist. Sie verkörpert die immanente Einheit artgleicher Menschen. Ihr Wille kann nicht angefochten werden.<sup>79</sup>
3. Den Juden, die neben der Arbeiterbewegung und dem um sich greifenden Liberalismus in Politik und Kultur Grund für Deutschlands Zwietracht und Niedergang sind, müssen ihre Existenzmittel genommen werden (Banken). Sie haben als Artfremde keinen Platz

<sup>73</sup> Stern, 37; Thomas Gräfe, Anmerkungen zu: "Ulrich Sieg, Deutschlands Prophet. Paul de Lagarde und die Ursprünge des modernen Antisemitismus, München 2007." <https://web.archive.org/web/20081204051312/http://www.shoa.de/rezensionen/184-literaturrezensionen/784.html>

<sup>74</sup> Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, in der Textfassung der Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe (GKFA) Thomas Mann, E-Books, S. 691; zu den wechselnden politischen Einstellungen Thomas Manns: Manfred Görtemaker, Thomas Mann und die Politik, Frankfurt 2005; vielleicht kannte Thomas Mann die betreffenden Heftschriften Lagardes auch nur vom Hörensagen?

<sup>75</sup> Mann Betrachtungen, S. 545, s.zu Thomas und Heinrich Manns Ambivalenz und Entwicklung in der Judenfrage, Jaques Darmaun, Thomas Mann, Deutschland und die Juden, Tübingen 2003, S.14ff.;

<sup>76</sup> Stern, 102

<sup>77</sup> Stern, 27 ff.

<sup>78</sup> Stern, 86

<sup>79</sup> Stern, 94; diese Konstruktionen des Verhältnisses der Begriffe Staat und Nation wurden von Carl Schmitt aufgenommen und in seinem völkischen Staatsrecht verarbeitet. Sie finden sich auch noch in seiner Verfassungslehre (1929), deren Lehrstoff heute weit verbreitet ist; vgl. zu derartigen Wortmaschinen <http://michaelbouteiller.de/archive/2518>

in dem geeinten Deutschen Volk.<sup>80</sup> Mit diesem „wuchernden Ungeziefer“ könne es „keinen Kompromiss geben“. Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt. Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen. Sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet“.<sup>81</sup> Fritz Stern schreibt dazu: „Nur wenige Menschen haben Hitlers Vernichtungswerk so genau vorhergesagt - und so entschieden im voraus gebilligt“.<sup>82</sup>

4. Das Deutsche Reich, das durch seine geografische Lage in Europa ungeschützt seinen Feinden (den Großmächten Russland, Frankreich, England) ausgesetzt sei, muss in „Mitteleuropa“ unbesiegbar werden. Deshalb ist die Kolonisierung Polens unabdingbar. Als erster Schritt ist dazu die Austreibung aller polnischen Juden erforderlich. Dann sollten den Slowenen, Tschechen, Ungarn und allen nicht deutschen Völkern innerhalb der österreichischen Monarchie Gebiete zugewiesen werden, in denen sie leben, sterben und vergessen werden könnten. Damit beherrschten die Deutschen ganz Mitteleuropa und könnten darüber hinaus im Osten Kolonialgebiete erobern.<sup>83</sup> Zu einer wirksamen Verteidigung des Deutschen Reichs solle ferner im Westen des Reiches Elsaß und Lothringen östlich „von den Argonnen“ zu Deutschland gezogen werden.

---

<sup>80</sup> Godesberger Erklärung 26.4.1939; vgl. dazu Markus Gabriel, *Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten, Universale Werte für das 21. Jahrhundert*, Berlin 2020, S. 142

<sup>81</sup> Siehe auch Nachweise bei Stern, S. 102.; Wilhelm II. benutzte 1919 ähnliche Worte zur Beschreibung der Juden in seinem Brief an Generalfeldmarschall Mackensen und als er im Sommer 1929 vorschlug, sie mit Gas zu vernichten (John C.G. Röhl, *Zeitläufte: Das Beste wäre Gas!*; in: *Zeit online*, 25.11.1994, zeit.de). Der Antisemitismus des Kaisers war offenbar auf den Einfluss des besessenen Judenhassers und Ersatzvaters Wilhelms, des Generals Graf Waldersee zurückzuführen (so Röhl a.a.O.), an dessen Namen in Lübeck übrigens eine Straße erinnert.

<sup>82</sup> Stern, 102; de Lagarde in *Ausgewählte Schriften*, 209: „Es gehört ein Herz von der Härte einer Krokodilhaut dazu, um mit den armen, ausgesogenen Deutschen nicht Mitleid zu empfinden, und – was dasselbe ist – um den Juden nicht zu hassen, um diejenigen nicht zu hassen und zu verachten, die – aus Humanität! – diesen Juden das Wort reden, oder die zu feige sind, das wuchernde Ungeziefer zu zertreten. Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen, sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet.“

<sup>83</sup> Stern, 109



# III. Emil Possehl und das völkische Netzwerk

## 1. Was wissen wir über Emil Possehl?

Die Quellenlage zu Possehls Persönlichkeit ist dürftig. Es fehlen verlässliche Quellen.<sup>84</sup> In der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ist Possehl mit seinem wirtschaftlichen Aufstieg nahezu unbekannt.<sup>85</sup> In wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen werden Hinweise auf das einstmals bedeutende Handelshaus vermisst, obwohl dessen Aktivitäten nicht nur der europäischen Schwerindustrie den schwedischen Erzmarkt erschlossen, sondern auch der deutschen Rüstungsindustrie während des Ersten Weltkriegs den Bezug schwedischer Erze und Halbfabrikate sicherten.<sup>86</sup>

Possehls eigentliche Begabung lag m.E. auf dem Felde der Geostrategie.<sup>87</sup> Wenn man liest, welche diesbezüglichen Fragen er mit seinem Freund Paul Curtius (1849-1932), dem Sohn des früheren Lübecker Bürgermeisters Theodor C. Curtius (1811-1889), erörtert<sup>88</sup>, und mit welcher Weitsicht und praktischer Vorstellungskraft, liegen hier bisher unausgeschöpfte Perspektiven.<sup>89</sup> Darin öffnet sich ein nicht bestelltes spannendes historisches Kapital für Stadt und Land des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts.<sup>90</sup>

---

84 Jürgen-Wolfgang Goette, Unser Lübeck, 8.7.2016 <https://www.unser-luebeck.de/magazin/stadt/5845-emil-possehl-nationalist-und-maezen>; das gilt auch für die immer noch ungeklärten Hintergründe zu der Anklage wegen Hochverrats, vgl. dazu Anmerkung 146 in Kreutzfeldt, Der Lübecker Industrieverein, 48; er wurde allerdings nach Kreutzfeldt in zahlreichen Beiträgen gewürdigt, vgl. Kreutzfeldt, 47, Anm.142 m.w.N., Abdruck: <http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/E.Possehl.pdf>; [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 14.4.2021; zu den Hintergründen der Anklage aber Fast, 167.

85 Aufschlussreich die Studie über Heinrich Wilhelm Beukenberg (1858-1923), Generaldirektor der Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb und Preußischer Staatsrat von 1921-1923, und dessen Firmen-Verflechtungen auch mit der L. Possehl & Co. bei Pomiluek

86 Zu den Verflechtungen mit der Industrie Westfalens und des Rheinlandes vgl. Pomiluek; [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 2.4.2021 <https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-3646/1646.pdf>

87 Beispiele finden sich bei Fast, 103-132, insbesondere 117: über die Entwicklung neuer Perspektiven in der Verkehrspolitik, hier zur Revolutionierung des Ostseeverkehrs: „Was für die Vereinigten Staaten Hamburg, ist das Russische Reich für Lübeck.“

88 Curtius Briefe 183-197: <http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/Curtius-183-187.pdf>, und Briefe 198-214: <http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/Curtius-198-214.pdf>;

89 Eine gute Grundlage bildet die Arbeit von Fast, die auf die internationalen wirtschaftlichen Aktivitäten Possehls tiefer eingeht.

90 Curtius, 183 f.

Possehl wollte Lübecks Staatsverwaltung modernisieren<sup>91</sup> und sie befähigen, zum Ausgangspunkt weltweiter Aktivitäten zu werden, nicht nur wirtschaftlicher Natur. Das in Lübeck „grassierende Klickenwesen“ war ihm verhasst.<sup>92</sup> Er wollte das Deutsche Reich stark und groß sehen, eine Weltmacht - wie England - und dafür alles in seinen Kräften stehende tun, komme, was da wolle. Sein Urinstinkt nach Macht und die Kombination aus Wille und Vorstellungskraft ließen ihn unternehmerisch zum Milliardär werden. Er verdoppelte z.B. in 9 Jahren seiner Senatsangehörigkeit von Dezember 1901 bis 1910 die Geschäfte seines Welthauses.<sup>93</sup>

Über Possehl und seine Verbindung zu den Völkischen gibt es einiges an Forschung, befördert auch von der Possehl-Stiftung. Erste Annäherungen hat hier Dirk Stegmann mit seinem Aufsatz<sup>94</sup> „Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“ geleistet. Darauf aufbauend ergibt sich Stück für Stück ein - sicher ergänzungsbedürftiges - Mosaik, das helfen soll, die Mythen der Nachkriegszeit in Lübeck etwas aufzuhellen:

Vom *Roten Lübeck* der 1920er Jahre, vom *plötzlich und unerwarteten Einbruch des Nationalsozialismus* ins Lübeck der 1933er Jahre, vom *Lübeck als der Stadt des frühen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus*, von der Hanse ohne die nationalsozialistischen Tagungen *Alfred Rosenbergs*<sup>95</sup> in der Possehl-Villa in Travemünde und schließlich vom Fokus auf *Julius Leber als der Widerstandskämpfer in seiner Berliner Zeit*. Lebers beispielhafter und mutiger Aufstand gegen den frühen völkischen Nationalismus Neumanns und seines Kreises in Lübeck in den 1920er Jahren gerät dabei aus dem Blick.

## 2. Emil Possehl - ein völkischer Herrenmensch

Possehl (1850-1919)<sup>96</sup> war ein Lübecker Milliardär.<sup>97</sup> Die Meinung anderer über seine autoritäre Persönlichkeit, Charakter, Vorgehensweise und politische Einstellung war ihm

---

91 Curtius, 199

92 Curtius, 186

93 Curtius, 185

94 [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_24/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_24\\_Essay\\_2\\_Stegmann.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_24/Demokratische_Geschichte_Band_24_Essay_2_Stegmann.pdf)

95 zu Rosenberg vgl. die lesenswerte Biographie Pipers

96 Er wohnte in der Winterwohnung, Lübeck, Musterbahn 19 und in der Sommerwohnung, Travemünde, Kaiserallee 6, Adressbuch

97 Umrechnungskurs: 1 Mark 1900 : entspräche heute 6,70 € ([https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Mark\\_\(1871%E2%80%931923\)](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Mark_(1871%E2%80%931923))). Nach Kreuzfeld, S.137 f. hatte die Firma vor dem 1. Weltkrieg einen jährlichen Umsatz von 68 Mio. Mark, d.h. nach heutiger Währung etwa 500 Mio €. Die Hochrechnung auf 1 Milliarde € geht von einer Schätzung des Privat + Betriebsvermögens Possehls Anfang des 20. Jahrhunderts aus. Grundlage ist eine Umsatzrendite von mindestens 20%, das ist in 10 Jahren ein Gewinn von 1 Mrd.€. Vgl. zur Umsatzrendite der preußischen Staatsgruben in der Saarregion, <https://bit.ly/3mW9TyN>

„wurscht“.<sup>98</sup> Er war ein völkischer Herrenmensch.<sup>99</sup> Dieser Umstand ist wohl unumstritten. Zum Beleg sei hier zunächst nur auf die Spende von 50.000 Mark zum Ankauf und Aufbau des streng antisemitischen, völkischen Kampfblattes der Hugenberg-Presse und des AV, der *Deutschen Zeitung*,<sup>100</sup> hingewiesen. Senator Neumann brachte 1916 ebenfalls 50.000 Mark ein.<sup>101</sup>

Dieses völkische Kampfblatt des „Radau-Journalismus“,<sup>102</sup> wie die Hugenberg-Presse von der konkurrierenden *Kreuzzeitung* genannt wurde, hatte übrigens 1918 eine über die alt-preußische, erzkonservative und nationalistische *Kreuzzeitung*<sup>103</sup> noch hinausgehende Auflage von insgesamt 37.000 Exemplaren.<sup>104</sup> Sie erschien mehrmals täglich, einmal am Sonntagmorgen, und war ebenso wie die Mitgliederzeitung des AV, die *Alldeutschen Blätter*,<sup>105</sup> ein Propagandablatt, um die einschlägigen Netzwerke im Sinne der Ideologie des AV zu mobilisieren.

Possehl war zu seiner Zeit der reichste und wohl politisch dominante Lübecker Bürger - auch durch sein Wirken in Bürgerschaft (1891), Senat (seit 1901), in der Handelskammer und in den bekannten reichsweit tätigen deutsch-völkischen Vereinen und Verbänden. Er war Mitglied des AV,<sup>106</sup> bzw. dessen Gründungsmitglied.<sup>107</sup> In den Vorkriegsjahren eng<sup>108</sup> mit Justizrat Claß verbunden, glaubte er wie Claß und der 15 Jahre jüngere Neumann an den „völklich höheren Rang der germanischen Völker und an ihre Berufung zu ordnen und zu führen.“<sup>109</sup> Er war der Prototyp des patriarchalisch-autoritären Unternehmers ebenso wie die mit ihm gut bekannten Alfred Hugenberg (Krupp-Konzern) und Emil Kirdorf (Rheinisch-Westfälisches-Kohlensynikat), beide ebenfalls mit großem Einfluß im AV.

<sup>98</sup> Curtius spricht von einer beneidenswerten „Wurschtigkeit“, 195

<sup>99</sup> Goette; Stegmann, Radikalisierung, 47

<sup>100</sup> Diese Zeitung, die 1917 für ca. 1,9 Mio. Mark von Hugenberg-Claß übernommen worden ist, baute Claß mit dem Versprechen aus, es werde „zum geistigen und völkischen Mittelpunkt aller nationalen Kreise unseres Volkes“, vgl. zur Gründung und politischen und wirtschaftlichen Werdegang, Leicht, 229 f.; Lemo: Februar 1917: Ein Konsortium unter der Führung von Claß übernimmt die „Deutsche Zeitung“. Er kontrolliert als Aufsichtsratsvorsitzender und Herausgeber deren Berichterstattung, die mit brachialer antisemitischer Rhetorik Juden die Schuld an den von ihm abgelehnten innenpolitischen Demokratisierungprozessen und der militärischen Erfolglosigkeit gibt, dort werden auch die „Protokolle der Weißen von Zion“ abgedruckt, Verschwörungstexte, deren Wirkung in den Mord Rathenaus, 1922, zurückverfolgt werden können, Piper, 90.

<sup>101</sup> <http://michaelboutailler.de/praefaschismus-in-luebeck>; Leicht, 231

<sup>102</sup> „Radau-Journalismus“ nannte die Neue Kreuzzeitung die Hugenberg-Presse [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Neue\\_Preu%C3%9Fische\\_Zeitung\\_\(Kreuzzeitung\)](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Neue_Preu%C3%9Fische_Zeitung_(Kreuzzeitung))

<sup>103</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Neue\\_Preu%C3%9Fische\\_Zeitung\\_\(Kreuzzeitung\)](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Neue_Preu%C3%9Fische_Zeitung_(Kreuzzeitung)); ihre Auflage lag bei 7.200 Exemplaren. Ihre Haltung richtete sich gegen die Weimarer Republik, aber auch gegen eine Diktatur.

<sup>104</sup> Zur Bedeutung der Deutschen Zeitung als ideologisches Kampfinstrument des AV und der Vaterlandspartei, vgl. Dirk Stegmann, Die „Deutsche Zeitung“, 1917-1918, Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreichs, in: Kasseler Personalschriften Band 7, hrsg. von Dagmar Bussiek, Simona Göbel, Kultur, Politik und Öffentlichkeit, Festschrift für Jens Flemming, Kassel 2009, 266-288, (978-3-89958-688-6, volltext frei, PDF Dokument), die Auflage der Deutschen Zeitung betrug 1918 37.000 Exemplare und hatte damit die Auflage u.a. der „Kreuzzeitung“ weit überflügelt. Sie erschien werktags zweimal, morgens und abends und einmal am Sonntagmorgen (273)

<sup>105</sup> <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/antisemitismus/>

<sup>106</sup> Seit 1911, so Axel Schildt, in Gut & Schön, Die Possehl Stiftung Lübeck, 12

<sup>107</sup> So Kruck, 68 („Mitbegründer“); auch Fast, 125: Gründungsmitglied zusammen mit Lange und in der Darstellung von Emil Possehl bei Wikipedia: [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 16.10.2019

<sup>108</sup> Fast, 129, 130 berichtet von einem Gespräch mit Claß im Schabbelhaus Lübeck 1904, um das Possehl gebeten habe, um den damals stellvertretenden Vorsitzenden des AV, Claß, für seine Idee des wirtschaftlichen Generalstabes zu gewinnen. „Der zähe Hanseat ließ nicht locker, er schäumte vor Wut über die Berliner Bürokraten, aber er trieb seine Sache voran, und im April 1914 erhielt er einen gnädigen Bescheid Delbrücks, dass er einen engen Kreis einberufen habe, zu dessen Aussprache er Possehl einlud.“, schreibt Claß in seinen Erinnerungen.

<sup>109</sup> Nachweis bei Stegmann Radikalisierung, 47

Anlässlich einer Ansprache bei der Einweihung der Possehl-Büste von Otto Mantzel im Possehl-Haus in Travemünde erzählt der Arzt Helmut Dennig<sup>110</sup> von seinen Eindrücken aus



Emil Possehl als Bonner Husar

mehrfachen Besuchen und Ferientaufenthalten im Hause seines Onkels Emil Possehl als Kind und Jugendlicher 1912 und 1916. Er habe seinen Onkel als leidenschaftlichen Menschen erfahren, der das Risiko nicht scheute. So sei er nach dem Dienst bei den Bonner Husaren, im erfolgreichen 70er Krieg als Rittmeister<sup>111</sup> zurückgekehrt und als erster hoch zu Ross „durchs Holstentor gesprengt“, was damals verboten gewesen sei.

Ein wichtiger Teil seines immensen kaufmännischen und industriellen, weltumspannenden Erfolges beruhe auf Menschenkenntnis, mit der er sich hervorragende Mitarbeiter herausgesucht und herangezogen habe. Die Hauptsache sei aber gewesen, dass er selber die Fäden seines Werkes immer in der Hand behalten habe. „In jeder Ecke“ habe man seinen „tatkraftigen und klaren Willen“ verspürt.<sup>112</sup> 1916 habe er, Dennig, den Urlaub als Kriegsverwundeter im Hause Possehl verbracht.

Possehl hatte das furchtbarste Erlebnis seines Lebens gerade hinter sich, Anklage und die rund einjährige<sup>113</sup> Untersuchungshaft (wohl wegen Verdunklungsgefahr im Untersuchungsgefängnis in Hamburg<sup>114</sup>) wegen Landesverrats vor dem Reichsgericht in Leipzig.<sup>115</sup> Er sei zwar frei- und schuldlos gesprochen worden. Aber dass er, der Patriot,

<sup>110</sup> Dennig, 134; anders Fast, 35: Seconde-Lieutenant am Kriegsende und erst später im Hanseatischen Landwehrregiment Nr.76 zum Rittmeister hochgedient.

<sup>111</sup> Dienstrang der Kavallerie, bei den Fußtruppen: Hauptmann

<sup>112</sup> Dennig, 134

<sup>113</sup> Fast, 172

<sup>114</sup> Fast, 169

<sup>115</sup> Ihm war vorgeworfen worden auch noch nach Kriegsausbruch, aus zwei russischen Werken, die Hufnägeln und Sensen produzierten, die russische Regierung zu beliefern, vgl. Kreutzfeldt, 48, Anm.146; Fast, 166-177, mit weiteren Nachweisen und Schilderung der Zusammenhänge. Den Tatverdacht habe ein Fagersta-Mitarbeiter geweckt, mit der Behauptung Possehl habe nach Kriegsausbruch von diesem schwedischen Stahlwerk, dessen Hauptaktionär Possehl gewesen sei, Stahl an die japanische Rüstungsindustrie geliefert (167).

der „Überpatriot“, überhaupt verdächtigt habe werden können, das habe ihn schwer angegriffen.

Man habe damals über Geld gesprochen. Was er - Possehl - denn davon habe? Etwa Gutes zu tun? Nein, was das Geld ihm biete, sei etwas anderes, nämlich Macht. Die Macht, Gutes oder auch Böses zu tun, nach rein eigener Willkür. Genau das habe seinen Onkel Emil Possehl ausgemacht: eine „machtvolle Persönlichkeit“ aus „Machthunger“. Machthunger sei sein eigentlicher innerer Antrieb gewesen, sein „Urinstinkt“.<sup>116</sup> Dennigs Charakterisierung seines Onkels, dessen leidenschaftlicher Machthunger gepaart mit Risikofreude, erklärt die rastlosen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten des umtriebigen Lübecker Milliardärs. Des „Überpatrioten“!

Nachdem der Gesamtverband des AV 1911 in Lübeck getagt hatte, verfasste Possehl 1912 im Auftrag des AV eine Denkschrift an das Reichsamt des Inneren, in der ein wirtschaftlicher Generalstab zur Sicherstellung der Versorgung des Deutschen Reiches im vom AV erwünschten und erwarteten „großen Krieg“ vorgeschlagen wurde.<sup>117</sup> Possehl und Neumann waren auch Gründungsmitglieder des 1912 in Berlin auf Anstoß des AV gegründeten Deutschen Wehrvereins. Aus Anlass der Niederlage des Deutschen Reiches in der Zweiten Marokkokrise 1911 setzte sich der Wehrverein für die unverzügliche Aufrüstung der kaiserlichen Armee ein, ganz im Sinne der geschäftlichen Interessen Possehls im Erz- und Stahlhandel.

Gleich nach seiner Gründung begann der Verein mit seiner regen publizistischen Arbeit. Das Vorstandsmitglied des Wehrvereins, Generalleutnant Alfred Wrochem, äußerte im März 1913 auf einer Sitzung des Alldeutschen Verbandes über die Aufgabe des Wehrvereins:

*„Ein vorwärtsstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg. Dieses Erkennen zu wecken, sei der Wehrverein berufen.“<sup>118</sup>*

Die Kriegsziele des Wehrvereins und des AV unterstützte Possehl nicht nur aus Profitinteresse. An Curtius schreibt er 1912, voll Unzufriedenheit mit dem strategischen Kleinmut der Reichsregierung und der bürokratischen Verzettelung in seinem Heimatstaat:

*„Im übrigen bin ich so unzufrieden wie Du. Es scheint als wenn wir in Deutschland durch ein großes Blutbad gehen müssen, um wieder gesunde Verhältnisse und gesunde menschliche Anschauungen zu bekommen, wie sie die Folge der Erziehung des preußischen Volkes von 1807 - 1815 waren.“ - „Politisch sehe ich die Lage düster an. In England allgemeine Meinung (täglich an den großen englischen Börsen), Germaniam esse de-*

<sup>116</sup> Dennig, 135

<sup>117</sup> Stegmann Radikalisierung, 48 f.

<sup>118</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutscher\\_Wehrverein](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Wehrverein)

*lendam* <sup>119</sup>(Deutschland muss zerstört werden, MB)‘. Es wird terrible. Sei es nun jetzt oder in einigen Jahren, wir sind nicht in dem Verhältnis gerüstet wie anno 70 und wirtschaftlich nicht organisiert und deshalb nicht stark und das trifft das Leben unseres Volkes.“<sup>120</sup>

Als Angehöriger der germanischen Herrenrasse, wie er sich selbst sah, lag Emil Possehl die Reinhaltung der germanischen Rasse am Herzen, d.h. er war Antisemit,<sup>121</sup> sicherlich nicht von eliminatorischer Art, wie das bei Claß, Hugenberg und Wilhelm II. 1919<sup>122</sup> der Fall war. Dazu war er zu sehr der klug kalkulierende Kaufmann. Sein „patriotischer Antisemitismus“ deckt sich indes mit den Aktivitäten und expliziten Zielsetzungen in den genannten völkischen Vereinen und der *Deutschen Zeitung*, die wegen ihrer rassistischen Radikalität berüchtigt war.<sup>123</sup>

Da ändert die Benennung des Vorstandsmitgliedes des Hochofenwerkes Lübeck-Herrenwyk und Juden Dr. Moritz Neumark 1905 als „Gegenbeweis“ nichts. Neumark unterstützte übrigens Bürgermeister Neumann parteipolitisch. Nach dessen Sturz 1926 wurde er für die nationalistische Sammlungsbewegung *Hanseatischer Volksbund* in der Bürgerschaft Abgeordneter.<sup>124</sup>

Das Hochofenwerk mit Anbindung an die Ostsee, das aus Geschäftsinteresse Possehls im von ihm dominierten Industrieverein angeschoben und mitfinanziert worden ist,<sup>125</sup> brauchte einen exzellenten Fachmann, das war Moritz Neumark. Das Werk war hochmodern und komplex. Ebenso wie die Idee, Kohle zum Stahl zu bringen und nicht umgekehrt, in der Realisierung an der norddeutschen Küste (mit Ausnahme von Stettin) einzigartig war.

Es stand mit dem Einsatz der von Possehl gelieferten hochwertigen Schweden-Erze in erbitterter Konkurrenz zu den minderwertigen Minette-Erzen, die die Ruhr- und Saarbarone nutzten.<sup>126</sup> Da durfte nichts schiefgehen. Jude hin oder her. Von primitivem Rassismus hielt Possehl demnach nichts und vom öffentlich darüber Reden selbstverständlich noch weniger.

<sup>119</sup> s.dazu <https://www.geocities.ws/dikigoros2/germaniaesse.htm>

<sup>120</sup> Curtius, 199

<sup>121</sup> vgl. auch Goette unter Hinweis auf den Vortrag von Stegmann, Possehl. Nationalist und Mäzen

<sup>122</sup> Siehe auch Nachweise bei Stern, S.102.; Wilhelm II. benutzte 1919 ähnliche Worte wie Lagarde (s.o.) zur Beschreibung der Juden in seinem Brief an Generalfeldmarschall Mackensen und als er im Sommer 1929 vorschlug, sie mit Gas zu vernichten (John C.G. Röhl, Zeitläufte: Das Beste wäre Gas!; in Zeit online, 25.11.1994, zeit.de). Der Antisemitismus des Kaisers war offenbar auf den Einfluss des besessenen Judenhassers und Ersatzvaters Wilhelms, des Generals Graf Waldersee zu- rückzuführen (so Röhl a.a.O.), an dessen Namen in Lübeck übrigens eine Straße erinnert.

<sup>123</sup> Lemo

<sup>124</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer\\_Volksbund](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund)

<sup>125</sup> Dazu Kreutzfeld, Bernd, Der Lübecker Industrie-Verein, Eine Selbsthilfeeinrichtung Lübeckischer Bürger 1889-1914, Lübeck 1969 S.137f. mit Hinweis auf das in Stettin bereits 1896 gebaute Eisenwerk „Kraft“

<sup>126</sup> Vgl. auch Possehl an Curtius, Curtius, 204; zur politischen Lage der Minette-Produktion und Kohle- und Stahlindustrie 1917/18 vgl. Pomiluck, 135



### 3. Possehls wirtschaftliche Dominanz

Zur Einschätzung seiner unternehmerischen Persönlichkeit sei hier die Darstellung von Bernd Kreutzfeldt zitiert:

*„Als Reserveoffizier nach Lübeck zurückgekehrt, fiel es ihm zunächst offenbar sehr schwer, wieder in das Kaufmanns Leben zurück zu finden. Im Jahre 1873 (1.Mai,MB)<sup>127</sup>übernahm er dann gemeinsam mit seinem Bruder Adolf die Leitung der väterlichen Firma. Nach Adolfs Ausscheiden im Jahre 1898 blieb Emil Possehl alleiniger Inhaber. Wenn er sich in der Folgezeit allmählich auch immer mehr dem Handel mit schwedischen Eisen und Stahl zuwandte, gab er doch das solide Lübecker Platzgeschäft nicht auf.*

*Mit großem Geschick, insbesondere durch den Aufbau eines breit angelegten Vertreter Netzes wurde nun die Abteilung Eisen und Stahl ausgebaut. Auch die Versuche Possehls, Einfluss auf die Schwerindustrie Schwedens zu nehmen, blieben nicht ohne Erfolg. Er kaufte dort eine Reihe kleinerer und mittlere Hütten - und Stahlwerke. Die Umsätze der Abteilung Eisen und Stahl erreichten in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg schließlich die beachtliche Summe von 68 Mio. Mark jährlich.*

*Mit der steigenden Erznachfrage in Deutschland erkannte Possehl seine Chance, als Mittler zwischen den aufstrebende Industrie des Ruhe - und Siegerlandgebietes und den Eisenerzfeldern Schwedens und schaltete sich demgemäß auch in den schwedischen Erzhandel ein. Dieser Geschäftszweig erlangte in seiner Firma schließlich eine beherrschende Stellung. 1895 gelang es ihm, das alleinige Recht für die Belieferung des europäischen Kontinents (außer Frankreich und Belgien) mit Lappländischen Erzen zu erlangen, wobei er sich verpflichtet, jährlich bestimmte Mindestmengen zu verkaufen.*

*Hierdurch erst dürfte die Erschließung der Erzvorkommen in Lappland letztlich ermöglicht worden sein. Possehl erwarb auch selbst Anteile an diesen Gruben und kaufte eine Anzahl weiterer schwedischer und norwegischer Erzminen dazu. Auch die Kalksteinbrüche der Insel Furillen gingen in sein Eigentum über. Den Transport der Erze übernahm die Firma in eigene Regie, und bis zum Jahre 1914 war die Flotte auf 25 Frachter angewachsen. Possehl schaltete er sich jedoch auch in die Erzverarbeitung in Deutschland ein. ...Er beteiligte sich an Metallhütten in Bochum und Magdeburg. - Schon 1884 übernahm die Firma ferner eine Hufnagelfabrik in Wilejka bei Wilna, der eine Abteilung zur Herstellung von Sensen angegliedert wurde.*

---

<sup>127</sup> Curtius, 183

*Nachdem eine weitere Hufnagelfabrik in St. Petersburg dazu erworben worden war, besaß Possehl schließlich das Monopol der Hufnagelproduktion in Russland. - Nach Keibel war das Possehl'sche Unternehmen zu Beginn des ersten Weltkrieges „alleine in seiner Handelsabteilung wahrscheinlich das größte deutsche Einfuhrhaus in der Hand eines einzigen Kaufmanns“. Auch die Tatsache, dass Possehl viele Jahre im Aufsichtsrat der Deutschen Bank angehörte, unterstreicht, welche Stellung er sich im deutschen Wirtschaftsleben schließlich erworben hatte.“*

Die bedeutende Rolle der Rheinisch-Westfälischen Montanindustrie und des Erz- und Stahlhandels der Firma L. Possehl & Co., Lübeck und Stockholm, Abt. Erze, für die Industrie- und Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches, erschließt sich auch aus Klaus-Dieter Walter Pomilueks Arbeit über den einflussreichen Montanindustrie-Manager Wilhelm Beukenberg (DVP) (1858-1923).<sup>128</sup> Dort wird am Beispiel Beukenbergs unter anderem die politische Rolle dieser Vertreter der Schwerindustrie, einschließlich deren finanzieller, verdeckter Förderung der nationalistischen Vereine und der Presseorgane beschrieben.<sup>129</sup>

Die Montanindustrie war seinerzeit das Herzstück des militärisch-industriellen-Komplexes des Deutschen Reiches. Emil Possehl hatte sich mit seinem Welthaus<sup>130</sup> in diesem Beziehungs-Netzwerk strategisch optimal platziert. 1912 stand er 20 Betrieben vor und war - nach eigener Einschätzung - der „stärkste“ und „tatkraftigste“ private Unternehmer in den drei Hansestädten.<sup>131</sup> Hinzu kam - wie dargestellt - sein großer Einfluss auf die Logistikbranche, sein beharrliches Werben für die großen Verkehrsinfrastrukturprojekte im Norden des Deutschen Reiches, um das Deutsche Reich, aber auch um sein „Welthaus“ selbst zu globalisieren.

Dazu zählten der Elbe-Lübeck (Trave)-Kanal, den er am 16.6.1900 mit einweihte, der Kaiser-Wilhelm-Kanal, weitgespannte Bahnprojekte in Schweden und Russland und die Fehmarn-Sund-Verbindung: die Vogelfluglinie.<sup>132</sup> Der Aufbau seiner Frachtschiffflotte sei hier nochmals erwähnt. Er setzte Himmel und Hölle für seine Projekte in Bewegung. Possehl war mit seinen globalen geostrategischen Visionen ununterbrochen auf Geschäfts- und Werbetouren in Hamburg, Bremen, Düsseldorf, London, Berlin, Stockholm, Kopenhagen, St.Petersburg. Er suchte überall ihm nützlich erscheinende Entscheidungsträger auf, die „Captains of industry“, wie er sie nannte.<sup>133</sup>

---

<sup>128</sup> Pomiluek

<sup>129</sup> Pomiluek, 292-310

<sup>130</sup> Curtius, 183

<sup>131</sup> Curtius, 196

<sup>132</sup> Curtius, 206

<sup>133</sup> Curtius, 185

So beim Besuch des Kaisers in Lübeck 1913. Der Kaiser war mit ihm befreundet.<sup>134</sup> Er traf sich mit industriellen und politischen Entscheidern. In Berlin frühstückte er mit dem bekannten und immer wohl informierten Publizisten Maximilian Harden (1861-1926). Possehl



Hotel Bristol, Berlin, Unter den Linden

lud ihn nach dem anregenden Gespräch auf vier Wochen zu sich nach Hause ein.

Den Grafen Waldersee begleitete er ins Preußische Herrenhaus. Ende April 1894 wurde dort über den Elbe-Trave-Kanal entschieden. Anschließend feierte er die erfolgreiche Entscheidung zum Ausbau bei einem „opulenten Mahl“ mit Geschäftsfreunden im Luxus-Hotel Bristol, Unter den Linden.<sup>135</sup>

Sein energisches Wirken in Handelskammer, Bürgerschaft (1891) und Senat (1901) galt vor allem den wirtschafts- und verkehrspolitischen Interessen Lübecks. Er war Mitgründer des lokalen Industrievereins,<sup>136</sup> und - wie erwähnt - tatkräftiger Befürworter des 1900 fertiggestellten Elbe-Trave-Kanals und Vorkämpfer der erst 1963 verwirklichten Vogelfluglinie.<sup>137</sup>

---

<sup>134</sup> Curtius, 202; Fast, 173

<sup>135</sup> Curtius, 188

<sup>136</sup> Kreutzfeldt, 137f.

<sup>137</sup> Curtius, 208

Schon zu Lebzeiten machte sich Possehl als Stifter verdient. Er beschenkte Lübeck mit Millionenwerten,<sup>138</sup> u.a. das Stadttheater-Grundstück an der Beckergrube.<sup>139</sup> Auf Anregung seines Anwalts Ernst Wittern engagierte Possehl 1903 den belgischen Architekten Henry van de Velde für den Umbau seines Sommerhauses an der Travemünder Strandpromenade.<sup>140</sup> Im *Lübecker Volksboten* vom 5.2.1919 heißt es in einem Nachruf:<sup>141</sup>

*“Sein großer Reichtum gestattete Emil Possehl für gemeinnützige Zwecke erhebliche Summen zu stiften. So setzte er für die Errichtung eines Kaiser-Wilhelm-Volkshauses (Holstentor-Halle, MB)<sup>142</sup>, für die Schaffung eines Hallenschwimmbades,<sup>143</sup> für kriegsbeschädigte Angehörige des Regiments Lübeck Millionen aus.“*

## 4. Possehl und Neumann

Da sonstige (etwa schriftliche) verwertbare Zeugnisse der engen Kooperation Possehls mit Neumann bisher fehlen, bieten sich Indizien an, etwa die beiderseitigen Mitgliedschaften und Aktivitäten in Bürgerschaft und Senat. Für diesen Staatsdienst (1901-1919) „opferte“ Possehl zwei Tage in der Woche, das sind 100 Tage im Jahr.<sup>144</sup> Zeit genug also für intensive Begegnungen mit seinem Senatskollegen Neumann (1904-1926).

Hinzu kommen Begegnungen im AV, im Wehrverein, Aktivitäten im Lübecker Kulturleben, im Bereich der Landeskirche und bei sonstigen Gelegenheiten des Stadtgeschehens, die die These belegen könnten, der 15 Jahre jüngere Neumann sei frühzeitig in die Rolle des politischen Arms des in Lübeck wirtschaftlich und politisch so mächtigen Mannes hineingewachsen.

Possehl wiederum, der für sein Geschick bei der Auswahl seiner Mitarbeiter bekannt war,<sup>145</sup> erkannte wohl früh - ebenso wie Heinrich Claß - die Eignung und das Führungspotential des ehrgeizigen Lübecker Aktivisten. Aufzeichnungen des einen oder anderen dazu gibt es (bisher) nicht. Das ist kein Wunder.

---

<sup>138</sup> Curtius, 198; LVB 5.2.1919, Nachruf

<sup>139</sup> 500.000 Mark (Curtius, S.193)

<sup>140</sup> Wittern versuchte angeblich auch, van de Velde in den Architekturwettbewerb für den Neubau des Stadttheaters mit einzubeziehen, der allerdings von Martin Dülfer gewonnen wurde. 1905 hatten sich van de Velde und Possehl wegen der von Possehl vorgenommenen Veränderungen des Sommerhauses zerstritten. Zwei gefälschte, teilmobilierte Kabinette aus dessen Einrichtung befinden sich heute im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 12.3.2021

<sup>141</sup> Nachruf im Volksboten v. 5.2.1919

<sup>142</sup> Curtius, 192

<sup>143</sup> 1.000.000 Mark, Curtius, 193

<sup>144</sup> Curtius, 198

<sup>145</sup> Dennig, 134

Das Bekanntwerden, mit dem immer gerechnet werden musste, fiel einem vor die Füße.<sup>146</sup> Das hatten beide so gelernt. Possehl etwa aus den politischen Folgen seiner Äußerungen zum wirtschaftlichen Generalstab.<sup>147</sup> Neumann per se als Teil der politischen Grammatik, die er beherrschte.

Andererseits liegen für die These der Kooperation und wechselseitigen Abhängigkeit beider - auch ohne schriftliche Quellen - hinreichend Indizien vor. Schon nach der allgemeinen Lebenserfahrung bestand zu Lebzeiten Possehls ein offenkundiges Abhängigkeitsverhältnis des vor Ort dominanten Milliardärs und des umtriebigen Senators. Beider Interessen im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung des übersichtlichen Gemeinwesens waren identisch.

Possehl kam die Hilfe zur Durchsetzung seiner weitgreifenden wirtschaftlichen und geopolitischen Vorstellungen der sowohl in Lübeck als auch in Berlin im AV gut vernetzte Neumann gerade recht. Der viel beschäftigte Possehl, der sich immer wieder darüber beklagte, dass er unter Last seiner beruflichen Aufgaben keine Zeit für andere Aktivitäten finde<sup>148</sup>, konnte über den Lübecker politischen Aktivist mit den identischen Zielen und dem ebenfalls autoritären Charakter froh sein.

Beide sind im übrigen in Lübeck geborene Söhne aus dem gehobenen Lübecker Bürgertum, hatten dort gemeinsame Orte der Begegnung. Neumann wuchs gewissermaßen in der von Ludwig und Emil Possehl mitgeprägten Lebenswelt der überschaubaren Lübecker Stadtrepublik auf. Jedenfalls waren beider Zielsetzungen - soweit ersichtlich - im Bereich von Wirtschaft und Politik, bei aller Unterschiedlichkeit der persönlichen jeweiligen beruflichen Interessen, deckungsgleich.

Das gilt sowohl für die zugrundeliegende Geisteshaltung als auch für die Aktivitäten in den einschlägigen patriotisch ausgerichteten Vereinigungen und auf medialer Ebene: dem AV, Wehrverein und der Hugenbergpresse, des *Lübecker Generalanzeigers* und der *Lübeckischen Blätter*.

Die enge Verbindung beider zu dem langjährigen Vorsitzenden des AV, Heinrich Claß und zu einem der Mitbegründer des AV, Alfred Hugenberg, zur Industrieelite des Rheinlandes und Westfalens (Hugo Stinnes, Emil Kirdorf) und ihre spätere Unterstützung beim Ankauf und Aufbau des antisemitischen Hetzblattes, *Deutsche Zeitung*, sowie die hervorgehobene Position Neumanns als Vorsitzender des Scherl-Verlages und beider Nähe zu *Lübecker Generalanzeiger* und *Lübeckischen Blättern* belegen und unterstreichen das Einvernehmen.

An keiner Stelle jedenfalls gibt es Hinweise auf eine - wie auch immer geartete - Distanzierung des einen oder des anderen zu der auf die „Deutsche Weltmacht“, unter Einschluss

---

<sup>146</sup> Fast, 129, vermutet, dass Possehl wegen seiner im nordwestdeutschen Raum hervorgehobenen Stellung eine gewisse Distanz zu den Ideologen gehalten habe.

<sup>147</sup> zur Frage der öffentlichen Wirkung seiner Äußerungen in der Frage eines wirtschaftlichen Generalstabs, Curtius, 201

<sup>148</sup> Curtius, 197

von Vertreibung und Völkermord ausgerichteten Kriegsziele in der 1914 reichsweit bekannten und im AV beschlossenen Denkschrift von Heinrich Claß.<sup>149</sup>

Dabei lag der Völkermord des Kaiserreiches an den Herero und Nama 1914 in Westafrika gerade einmal 10 Jahre zurück.<sup>150</sup> Der für seine Grausamkeit gegen Eingeborene in Ostafrika bekannte Kolonialpolitiker Carl Peters gehörte denn auch zu den ideologisch maßgeblichen Gründungsmitgliedern des AV (1891).

Auch der türkische Völkermord an den Armeniern war 1915 im Kaiserreich in aller Munde. Das im Krieg befindliche Kaiserreich sah bei seinem Verbündeten, dem Osmanischen Reich, darüber hinweg.<sup>151</sup> Ebenso wenig reagierten Neumann und Possehl auf die 1915 beginnende Vertreibung der Griechen von der Westküste Kleinasiens, der sogenannten Griechen-Katastrophe.<sup>152</sup> Man mag einwenden, diese humanitären Katastrophen hätten im öffentlichen Bewußtsein des Kaiserreiches keine Rolle gespielt. Gegen eine derartige Absenkung des moralischen Standards steht indes die hohe moralische Einschätzung<sup>153</sup> der beiden *Lübecker Weltbürger*, die aktiv und auf hoher Ebene in die Politik des Deutschen Reiches eingebunden waren.

Kein Wort der Distanzierung - etwa auch nur von derartigen Vertreibungszielen, die sie als Mitglieder des AV 1914 in der Denkschrift zu den Kriegszielen gerade selbst beschlossen hatten. Von Emil Possehl wissen wir, dass er sich für moralisch absolut integer hielt.

An seinen Freund Curtius schreibt er:

*„Wenn Leute hier über meine Person häufig in unliebsame Weise reden, so kann ich nur sagen, fachlich können Sie mir nichts anhängen. Meine Handlungen vertrete ich gegen jedermann, auch als Senator. Ich wüsste nicht, was man mir da vorzuwerfen hätte. Mein Leben ist einwandfrei und vielleicht mehr als bei manchem anderen! Einzwängen in antiquierte Anschauungen lasse ich mich nicht. Dazu ist meine Stellung eine viel zu unabhängige und auch eine viel zu angesehene, weit über die Mauern dieser Stadt hinaus. Wenn man der Chef eines Hauses ist, das unbestritten das stärkste und tatkräftigste heute in den drei Hansestädten - ich lasse die großen Aktien Gesellschaft beiseite- und dies aus eigener Kraft geworden ist, so hat man ein Recht, das zu sagen. Für unsere Stadt ist es eine Ehre und ein großer Vorteil, dieses Haus in seinen Mauern zu haben!*

Beide Männer stimmten - anders als der Bremer Milliardär (Kaffee-Haag) und Stifter Ludwig Roselius (1874-1943)<sup>154</sup> - fraglos überein auch in der Abneigung gegenüber der Arbei-

<sup>149</sup> Leicht, 180

<sup>150</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkermord\\_an\\_den\\_Herero\\_und\\_Nama](https://de.m.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lkermord_an_den_Herero_und_Nama), 2.4.2021

<sup>151</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Völkermord\\_an\\_den\\_Armeniern](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Völkermord_an_den_Armeniern), 4.4.2019

<sup>152</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Griechenverfolgungen\\_im\\_Osmanischen\\_Reich\\_1914%E2%80%931923](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Griechenverfolgungen_im_Osmanischen_Reich_1914%E2%80%931923), 2.4.2021

<sup>153</sup> Zu Neumann vgl. Duesberg, 12

<sup>154</sup> Wollenberg, Von den Ideen, [http://michaelbouteiller.de/bzg\\_2020\\_04\\_wollenberg\\_volksgemeinschaft-seite-3-66](http://michaelbouteiller.de/bzg_2020_04_wollenberg_volksgemeinschaft-seite-3-66)



terbewegung<sup>155</sup> und insbesondere gegenüber der Sozialdemokratie.<sup>156</sup> Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie im AV war eines der sinnfälligen Symbole für die erschreckende Kompromisslosigkeit der gesamten bürgerlichen Elite gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung unter den Mitgliedsorganisationen des AV im Reich und vor Ort in der Johannisstraße 46 (Gewerkschaftshaus mit Redaktionsräumen des *Lübecker Volksboten*).

Der darin zum Ausdruck kommende, sich in der Weimarer Zeit verschärfende tiefe, ins 19. Jahrhundert reichende Graben in der deutschen Gesellschaft, hatte noch erhebliche Folgen für die Verhärtung von Staat und Gesellschaft bis in die Nachkriegszeit der BRD. Erst 1966, in der Großen Koalition zwischen CDU und SPD, den damaligen Frontorganisationen von Kapital und Arbeit, begann sich das Verhältnis von bürgerlicher Elite und Arbeiterwelt langsam in nach vorn gerichteten Kompromissen zu verflüssigen.

Man mag trotz der Vorarbeiten von Dirk Stegmann einwenden, dass für derartig zugespitzte Thesen einer Interessenidentität und eines Abhängigkeitsverhältnisses beider Persönlichkeiten, des Bürgermeisters und seines ersten Wirtschaftsführers voneinander, nähere Belege erforderlich seien. Dass auch insgesamt die Präfaschismus-These über die dargelegten Indizien hinaus, zeitlich nach hinten (vor 1921) und nach vorne (1921 bis 1933), intensiver bearbeitet werden müsse. Das ist richtig.

Notwendig wird es auch sein, die beteiligten Personenkreise der bürgerlichen Lübecker Elite und der Arbeiterbewegung genauer durch Archivmaterial und Familiengeschichte auf die genannte Fragestellungen des *Präfaschismus* und der Ideenwelt der *Konservativen Revolution* hin zu erschließen. Ein profunder Ansatz findet sich allerdings in dem hier immer wieder zitierten, einschlägigen Aufsatz des Fritz Fischer Schülers, Dirk Stegmann. Gleichwohl bleibt die eingehendere historische Untersuchung ein bisher unerledigter Auftrag an die Stadtgeschichte, der indes gerade in dankenswerter Weise angegangen wird.

---

<sup>155</sup> Curtius lässt diese Einstellung zur Arbeiterschaft bei Possehl offen: 196

<sup>156</sup> Für Possehl: Volksbote 5.2.1919, <http://library.fes.de/luebeck/pdf/1919/1919-030.pdf>

# IV. Bürgermeister Neumann und das völkische Netzwerk

## 1. Neumanns politische Dominanz

Der 1865 in Lübeck geborene Dr. Johann Andreas Martin Neumann<sup>157</sup> besuchte das Katharineum und studierte in Freiburg, Leipzig und Kiel Rechtswissenschaften und Nationalökonomie. 1889 wurde er, zurück in Lübeck, Referendar, nach drei Jahren Assessor und ein Jahr später Richter am Landgericht. 1899 wählte man ihn in die Bürgerschaft und 1904 zum Senator. 1921 wurde er, als Parteiloser, Nachfolger von Bürgermeister Emil Ferdinand Fehling, der am 31.12.1920 ausschied.<sup>158</sup>

Neumann war im Kleinstaat Lübeck mit damals ca. 50.000 Einwohnern (1867) aufgewachsen. Jeder kannte jeden. Das galt besonders für die 100 ha große Altstadtinsel mit ihren engen Gassen, die „Großvaterstadt“ Ludwig Ewers,<sup>159</sup> auf die sich die Einwohnerentwicklung bis zur Aufhebung der Torsperre, 1864, beschränken musste.<sup>160</sup> Dessen Freund, Heinrich Mann, hat sie im Roman „*Der Untertan*“ geistreich und präzise sozialpsychologisch analysiert.<sup>161</sup> Dort wurde Neumann - wie es dem damaligen Erziehungsbild eines Katharineers entsprach -, preußisch-national erzogen, erfolgs- und führungsorientiert, willens-

<sup>157</sup> Johann Andreas Martin Neumann, [https://de.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Martin\\_Andreas\\_Neumann](https://de.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann), 16.10.2019; Adresse: Ratzeburger Allee 8a, Adressbuch 1918; Grassmann, 692;

<sup>158</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Ferdinand\\_Fehling](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Ferdinand_Fehling); eine mit Neumann gleichgerichtete politische Haltung des Vorgängers im Bürgermeisteramt, Fehling, bringt das Zitat aus 1917 auf den Punkt: „Nicht von ungefähr plädierte bereits am 3. Januar 1917 der Lübecker Bürgermeister Ferdinand Fehling anlässlich der Übernahme seines neuen Amtes in seiner Ansprache an den Senat öffentlich pointiert für einen „deutschen Frieden“: Stegmann Radikalisierung

<sup>159</sup> So der bekannte Roman von Ludwig Ewers, Die Großvaterstadt, Lübeck 1926, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ludwig\\_Ewers](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Ewers)

<sup>160</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/St%C3%A4dtebauliche\\_Entwicklung\\_L%C3%BCcks\\_seit\\_1864](https://de.m.wikipedia.org/wiki/St%C3%A4dtebauliche_Entwicklung_L%C3%BCcks_seit_1864)

<sup>161</sup> Heinrich Mann, Der Untertan, 1918, <https://www.reclam.de/data/media/978-3-15-011326-4.pdf>

stark, ehrgeizig, und absolut loyal nach oben, arrogant und herablassend nach unten.<sup>162</sup> Ein beispielhafter Exponent des preußisch-deutschen und Lübecker Bürgertums des ausgehenden 19. Jahrhunderts.<sup>163</sup> Diese Eigenschaften teilte er mit seinem Vorbild Emil Possehl.<sup>164</sup> Possehl wusste sich indessen auf seine Berufsrolle als Kaufmann und international tätiger Industrieller zu beschränken. Er trat mit seinen politischen Aktivitäten im allgemeinen öffentlich nicht hervor<sup>165</sup>, sondern blieb im Hintergrund.<sup>166</sup>

Neumann machte - wie das für die damalige Stadelite nach dem gewonnen Frankreichkrieg üblich war - aus seiner nationalistischen, antirepublikanischen und antidemokratischen Gesinnung kein Hehl.<sup>167</sup> Frühzeitig hatte er sich dem AV verschrieben. Hier fand der Jurist aus Lübeck Gleichgesinnte, Orientierung, seine politische Heimat, Förderer und politische Gefährten. Er wurde 1901 mit 36 Jahren Vorsitzender der Ortsgruppe Lübeck,<sup>168</sup> richtete mit großem Erfolg „Deutsche Abende“<sup>169</sup> aus und propagierte dort und im Reich die Ziele seines Verbandes.

*„Ein genaueres Sozialprofil der Lübecker Alldutschen vermittelt die Selbstangabe der alldutschen Ortsgruppe für das Kriegsjahr 1917: Neben Grube als Vorsitzendem amtierte als Schriftführer der Rat am Stadt- und Landamt, Dr. jur. Storck, als Kassenführer der selbständige Kaufmann Johann Zaeckel. Als Vorstandsmitglieder firmierten zwei Senatoren, Neumann und Cay Diedrich Lienau (1867-1953), Senator seit 1908, dann der Wortführer der Bürgerschaft 1917-1919 und Präses der Handelskammer, Konsul C. F. Dimpker, zwei Ärzte, ein weiterer Oberlehrer, ein Bürovorsteher, ein Pastor, ein Bürgermeister a. D., mehrere höhere Beamte in Verwaltung und Justiz -, am prominentesten war hier der Landgerichtspräsident Dr. Richard Oemler, der Nachfolger Hoppenstedts, von 1913-1930 im Amt, zwei Rechtsanwälte, ein Buchdruckereibesitzer und ein selbständiger Kaufmann. Einfache Mitglieder blieben die Senatoren Possehl und Evers, sie traten öffentlich nicht hervor.“<sup>170</sup>*

---

<sup>162</sup> Mann, Heinrich, Unrat

<sup>163</sup> Elias, 22

<sup>164</sup> C.2.

<sup>165</sup> Das galt nicht in seiner Werbung für einen wirtschaftlichen Generalstab.

<sup>166</sup> Stegmann, 49

<sup>167</sup> z.B. auf den von ihm moderierten Deutschen Abend.

<sup>168</sup> Alldutsche Blätter 1901, S.60, <https://daten.digital-sammlungen.de/0007/bsb00077486/images/index.html?id=00077486&groesser=&fip=yztswytsenxdsydsaseayxsqrs&no=26&seite=69>

<sup>169</sup> Ihre Bedeutung schildert Buss, 47

<sup>170</sup> Stegmann Radikalisierung, 49

Auch in der Justiz fand Neumann Gesinnungsgefährten, hier waren beispielsweise - wie im Zitat genannt - die Landgerichtspräsidenten Hoppenstedt (1834-1910) und Dr. Richard Oemler (1913-1930) Mitglieder des AV.<sup>171</sup> In der Stadtregierung waren es neben Neumann, den genannten Senatoren Possehl, Lienau und Evers, Senator Dr. Georg Kalkbrenner (1875-1956)<sup>172</sup> und Vermehren.

Dabei muss man sich vor Augen führen, dass das von Heinrich Mann beschriebene Gesellschaftsmodell nicht allein auf den alles überdeckenden Klassenkonflikt zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zurückgeführt werden kann. Norbert Elias deutet den Hohenzollernstaat in seinen gesellschaftlichen Wirkungen auf das Bürgertum nach 1871 vielmehr einleuchtend folgendermaßen:

*„.... bürgerliche Industrielle und Kapitalbesitzer bildeten nicht die herrschende, die Oberschicht des Landes. Die Stellung des Kriegs- und Beamtenadels als höchstrangige und mächtigste Schicht der Gesellschaft wurde durch den Sieg von 1871 nicht nur gewahrt, sondern verstärkt. Nicht das gesamte, aber doch ein guter Teil des Bürgertums passte sich verhältnismäßig rasch diesen Gegebenheiten an. Sie fügten sich als Vertreter einer zweitrangigen Klasse, als Untertanen, in die Gesellschaftsordnung des Kaiserreichs ein.“<sup>173</sup>*

Die Verhaltensweisen des Kriegs- und Beamtenadels waren es also, die die Haltung der bürgerlichen Elite prägten. Ein klassisches Beispiel ist wiederum der wegen seines autoritären Verhaltens seinerzeit von vielen in Lübeck gehasste Herrenmensch,<sup>174</sup> Rittmeister der Reserve, Emil Possehl.<sup>175</sup>

Die „*werktätige Bevölkerung*“ hatte in dem nachrevolutionären Lübeck kaum etwas mit den Kreisen des bürgerlichen Lübeck zu tun. Denn die Kulturen überschnitten sich wenig bis überhaupt nicht. Die Lebenswelten waren getrennt. Man verkehrte in je unterschiedlichen Gaststätten, Sportvereinen, Kulturveranstaltungen, Wohnwelten, Arbeitswelten, hatte andere Lesetraditionen, Erziehungsstile, Bildungsinstitute, politische Einstellungen usw. Am Beispiel Willy Brandts ist diese Lübecker Parallelwelt vom Kindergarten im Kaiserreich, über die Jugend in der Republik, bis zur Flucht aus dem faschistischen Lübeck 1933 über Dänemark nach Norwegen nachzuverfolgen.<sup>176</sup>

---

<sup>171</sup> Stegmann Radikalisierung, 49

<sup>172</sup> Stegmann Radikalisierung, 59

<sup>173</sup> Zitiert nach: Elias Studien, S.22

<sup>174</sup> vgl. auch die Charakterisierung durch seinen Freund Curtius als nach außen „schroff und abweisen“, Curtius, 196

<sup>175</sup> Vgl. Stegmann Radikalisierung, 47

<sup>176</sup> Schölgen, 27

Neumann wiederum - der frühe Weggefährte seines Förderers Possehl - baute seine elitäre politische und kulturelle Machtstellung in Lübeck und im Reich konsequent aus. Von 1907 bis 1909 wurde er in Lübeck, wie schon sein Vorgänger Fehling 1895-1897,<sup>177</sup> Direktor der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeiten (Gemeinnützige). Die Gemeinnützige spielte im kulturellen und gesellschaftlichen Leben des Kleinstaates im Kaiserreich und in der Weimarer Republik eine prägende Rolle, die mit ihrer heutigen Bedeutung nicht zu vergleichen ist.<sup>178</sup> Ab 1921 war Neumann, wie schon Fehling 1903, auch Vorsitzender des Hansischen Geschichtsvereins. Die kulturelle Dominanz Neumanns in Lübeck wurde noch verstärkt durch die Ehe seiner Tochter Hildegard Heise, mit dem bedeutenden Lübecker Museumsdirektor und Behnhausgründer Carl Georg Heise. Hildegard Heise war eine bekannte Fotografin.<sup>179</sup>

Die Mitgliederzeitung der Gemeinnützigen, die „*Lübeckischen Blätter*“, war damals für die Meinungsbildung des Bürgertums in der Stadt nicht zu überschätzen.<sup>180</sup> Maßgeblich für dieses Meinungsmedium wurde 1922 deren Schriftleiter (von 1922 bis 1951) Paul Brockhaus (1879-1965).<sup>181</sup> Er war von 1919-1965 auch Gründer und Herausgeber der Publikation „*Der Wagen*“.<sup>182</sup> Brockhaus verkörperte - wie das Manfred Eickhölter 2014 sagt - ganz im Sinne Neumanns - „wie kein zweiter Kulturschaffender Lübecks den Typus eines Deutsch-nationalen Bildungsbürgers, Antidemokrat von Herzen, Wegbereiter und treuer Anhänger einer nationalsozialistischen Erneuerung schon vor 1933.“<sup>183</sup>

Er war Aktivist der „Niederdeutschen Bewegung“ und führendes Mitglied deren „Fehrs-Gilde“.<sup>184</sup> Spätestens in den 20er Jahren vertrat diese Gilde rassistische Positionen bis hin zu offenem Antisemitismus. Brockhaus hatte schon früh den annexionistischen Gedanken eines „niederdeutschen Kulturraumes von Flandern bis zum Baltikum“ auch in die „Nordische Gesellschaft“ in Lübeck eingebracht. Als Teil der völkischen Bewegung trat die Gilde offen für den Anschluss aller „niederdeutschen“ Länder an das Deutsche Reich ein.<sup>185</sup> Sie vertrat sozialdarwinistische und rassistisch-arische Ziele.<sup>186</sup> Brockhaus war als Mitglied des

---

<sup>177</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Ferdinand\\_Fehling](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Ferdinand_Fehling), 6.4.2021

<sup>178</sup> Thoemmes, 202; Freche, 303

<sup>179</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard\\_Heise](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard_Heise), 1.4.2021

<sup>180</sup> Thoemmes

<sup>181</sup> Eickhölter, Höllenfahrt und Zwangsbekehrung, *Lübeckische Blätter* 2014, 247

<sup>182</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Der\\_Wagen](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Der_Wagen), 16.4.2021

<sup>183</sup> Eickhölter

<sup>184</sup> <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Fehrs-Gilde>, 12.4.2021

<sup>185</sup> Vgl. dazu Stern, 231

<sup>186</sup> Birte Arendt, *Niederdeutschdiskurse. Spracheinstellungen im Kontext von Laien, Printmedien und Politik*, Berlin 2012, 100

„Ehrenrates“ führendes Mitglied dieser Gilde.<sup>187</sup> Was die innere Einstellung anging, lag er mit dem früheren Direktor der Gemeinnützigen Bürgermeister Neumann auf einer Linie.

Die Auseinandersetzung zwischen der Elite des preußisch-deutschen Bürgertums in Lübeck einerseits und der organisierten Arbeiterschaft andererseits spiegelt sich auch in den beiden größten Tageszeitungen der Stadt wider: dem „*Lübecker Generalanzeiger*“ in der Königstraße mit 1929 45.000 Exemplaren und dem „*Lübecker Volksboten*“, Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung“<sup>188</sup> in der Johannisstraße,<sup>189</sup> heute Julius-Leber-Straße, mit 1932 einer Auflage von 14.000 Exemplaren.<sup>190</sup>

Von großem Einfluss auf das kulturelle Leben des Lübecker Staates und dessen bürgerlicher Gesellschaft war ferner traditionell die Kirche, in Lübeck in erster Linie die evangelische Landeskirche, mit 1925 ca. 120.000 Mitgliedern, d.h. über 90% der Einwohner:innen der Stadt.<sup>191</sup> Neumann baute auch dort seine kulturelle Rolle aus. Wegen seiner Verdienste bei der Ablösung des landesherrlichen Kirchenregiments des Senats durch die neue Kirchenverfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Lübeck von 1921 erhielt er von der Theologischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität Kiel den Ehrendoktor der Theologie.<sup>192</sup> Neumann war ferner in Doppelfunktion Bürgermeister und Vorsitzender des Kirchenrates.<sup>193</sup> Damit hatte er zwei der höchsten Ämter im Staat inne. Die führenden Geistlichen waren in der hier fraglichen Zeit denn auch mehrheitlich in nationalen und nationalistischen Vereinen engagiert.<sup>194</sup>

Weitere Belege für die extrem nationalistische und antisemitische Geisteshaltung der Eliten der Bürgergesellschaft Lübecks in der Weimarer Zeit finden sich in der religionssoziologischen Arbeit von Hansjörg Buss „Entjudete“ Kirche. Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918 -1950).<sup>195</sup> Dort wird auch der völkisch-nationalistische Einfluss des „*Deutschen Abends*“, den Neumann moderierte, und die Bedeutung dieses Zusammenschlusses für die Völkischen in Lübeck hervorgehoben:

<sup>187</sup> Paul Brockhaus, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Paul\\_Brockhaus](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Paul_Brockhaus), 16.10.2019

<sup>188</sup> Oddey, Marcus, Ein Stück sozialdemokratische Lebenskultur, Der „Lübecker Volksbote“ zwischen Weimarer Republik und „Drittem Reich“, 2004, [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_16/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_16\\_Essay\\_7.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_16/Demokratische_Geschichte_Band_16_Essay_7.pdf)

<sup>189</sup> Die Redaktionsräume befanden sich im zerstörten alten Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 46, heute Ordnungsamt, s.auch <https://gedenkort-leber.de/2018/06/spurensuche-in-luebeck/>

<sup>190</sup> <http://akens.org/akens/texte/diverses/Presse.pdf>; der Lübecker Volksbote ist in seinen Auflagen 1894 bis 1933 digitalisiert und damit leicht für Jedermann zugänglich. Der Lübecker Generalanzeiger hingegen muss mühsam über Filmrollen in der Stadtbibliothek erschlossen werden.

<sup>191</sup> Buss, 84

<sup>192</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Martin\\_Andreas\\_Neumann](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann)

<sup>193</sup> Buss, 117

<sup>194</sup> Buss, 48f.; vgl zum innerkirchlichen Widerstand, Kohlwege

<sup>195</sup> Buss



*Aufgrund seines Öffentlichkeitsanspruches weitaus gewichtiger war indes der "Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen", dessen Lübecker Ableger 1888 gegründet worden war. 1898 trat der Bund dem "Deutschen Abend" bei, einem Zusammenschluss der deutschen Vereine, dem unter anderem der Deutsche Schulverein, (ab 1908 Verein für das Deutschtum im Ausland), der Deutsche Sprachverein, die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Alldeutsche Verband, der Deutsche Flottenverein, der Deutsche Ostmarkenverein sowie der Verein für das nördliche Schleswig angehörten.*

*Der "Deutsche Abend" trat mit regelmäßigen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit, in denen überwiegend außen-, wehr- und kolonialpolitische Themen, generell das "Deutschtum" im Ausland behandelt wurden.*

*Der Beitritt des Evangelischen Bundes war offensichtlich nicht unumstritten, aber letztlich "siegte der Gedanke, dass der Bund in ganz hervorragendem Maße für die Zukunft unseres Volkes, für das Bestehen des Reiches und für den Schutz unseres protestantischen Kaisertums tätig ist, dass evangelisch und deutsch wie immer klarer erkannt wird, in den jetzigen Zeitverhältnissen dasselbe ist, und dass der Bund die eifrigste Unterstützung aller National gesinnten Deutschen verdiene."*

*Für die Landeskirche kann die Teilnahme des evangelischen Bundes an dieser organisatorisch verfestigten Schnittstelle der völkisch nationalistischen Lübecker Vereine in seiner Bedeutung kaum überschätzt werden, zumal sich das Engagement auf das kirchliche Leitungspersonal erstreckte.<sup>196</sup>*

## 2. Die Stellung des Bürgermeisters nach der Landesverfassung

Ob Diktator oder Demokrat, die im Wesentlichen von Fehling erarbeitete Landesverfassung<sup>197</sup> jedenfalls überlies es ausschließlich dem Spiel der politischen Machtverhältnisse in

<sup>196</sup> Buss, 47f.

<sup>197</sup> Deutsche Biographie, <https://www.deutsche-biographie.de/gnd116451408.html#ndbcontent>. ; Kreutzfeld, 22; mit dem Hinweis, die Lübeckische Verfassung sei die einzige Landesverfassung des Deutschen Reiches gewesen, die sich ohne schroffen Bruch vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert entwickelte, und dortselbst FN 26 m.w.N.; zur Entwicklung der LV. Duesberg, 5, der die Verfassungsgeschichte mit dem Kassereizess von 1663 und dem Bürgerreiss von 1669, seit denen es eine Volksvertretung, d.h., Teilhabe an der Gesetzgebung gebe, beginnen lässt. Duesberg weist auch auf die 700-jährige Geschichte der Stadt als Republik hin, die in Lübeck so fest verwurzelt sei, dass noch nie einer sich zum Fürsten oder König habe aufzuschwingen versucht. Auch nicht bei den gelegentlich aufgetretenen Selbstherrschern. Deshalb, so schlussfolgert Duesberg, erkenne man das neuerdings üblich gewordene Schlagwort „Die Republik ist in Gefahr“ oder auch die Bezeichnung eine Menschen als „Feind der Republik“ in „seiner ganzen Lächerlichkeit“, Duesberg, 5.

Senat und Bürgerschaft, ob sich der Gewählte autoritär oder demokratisch geben konnte und durfte. Entscheidend war - in den Grenzen der allgemeinen Gesetze - das politische Vertrauen und nicht das konkrete Verhalten des Gewählten. In dieser radikalen Form einer Wahl-Demokratie, die keine gesicherten verfassungsrechtlichen Grenzen gegen die Diktatur kannte, stand die Lübecker Verfassung in nichts der Weimarer Verfassung nach.

Diktator oder Demokrat, kein Rechtssatz machte in dieser Frage einen Unterschied. Es gab schlechterdings keine gesicherten verfassungsrechtlichen Grenzen der politischen Betätigung für Einzelne oder Parteien. Es gab insbesondere keine Verfassungsgerichtsbarkeit im Bundesland Lübeck<sup>198</sup> oder im Deutschen Reich, die dem im September 1951 gegründeten Verfassungsgericht (BVerfG) entsprochen hätte. Nur eine derartige Gerichtsbarkeit hätte (rechtzeitig angerufen<sup>199</sup>) einen Diktator verhindern können. Weder der Bundesstaat Lübeck noch das Deutsche Reich waren deshalb in diesem Sinne Rechtsstaaten. Denn sie waren nicht verfassungsfest, konnten durch einfaches Gesetz zur Diktatur gewandelt werden, wie das schrittweise vom Preußenschlag (1932) bis zur Machtübertragung von Reichspräsident Hindenburg an Hitler (30.1.1933) erfolgte. Der Staatsgerichtshof ((1922-1933) beim Reichsgericht in Leipzig schützte nicht vor einer Diktatur.

Die Gründer der WV hatten sich bewusst gegen das im Nachbarland Österreich gewählte Kelsen'sche Modell<sup>200</sup> einer Verfassungsgerichtsbarkeit entschieden, d.h. gegen den damit verbundenen Versuch, zur Abwendung eines Bürgerkrieges, politische Grundsatzfragen frühzeitig in einem Gerichtshof zu neutralisieren, statt sie in gesellschaftlichen Schlachten auszukämpfen.

So hatten es in weiser Voraussicht und aus guten Gründen schon die Väter der Verfassung der Vereinigten Staaten mit der Einrichtung des Supreme Court am 24. September 1789<sup>201</sup> entschieden. Übrigens im Gegensatz zu der einen Monat zuvor verabschiedeten Erklärung der Menschenrechte vom 26. August 1789 in Paris. Die französischen Revolutionär:innen verzichteten zum Schutze ihrer Grundrechte auf ein Verfassungsgericht. Das erklärt sich aus der in der Französischen Revolution begründeten Gegnerschaft gegen das Ancien Regime mit dessen verhasster Justiz.<sup>202</sup>

Nach Art.14 der Landesverfassung bedurfte es bis zur Neufassung vom 10. Oktober 1923<sup>203</sup> zum Entzug des Vertrauens eines Beschlusses von 2/3 der anwesenden Mitglieder der Bürgerschaft, d.h. bei seinerzeit 80 Bürgerschaftsabgeordneten einer Zustimmung von 53 Mitgliedern. Das war, bei der damaligen Zusammensetzung des Parlamentes - unter normalen

<sup>198</sup> Das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg, das nach Art. 60 LV bei Divergenz von Senat und Bürgerschaft auf Antrag entscheidet, hatte keine darüber hinausgehende Zuständigkeit.

<sup>199</sup> Bevor Präfaschismus zur Gefahr wird, d.h. die organisatorischen Vorbereitungen für eine Massenbewegung oder eine Diktatur beginnen, vgl. dazu Snyder Tyrannie; siehe ferner Abschnitt E.

<sup>200</sup> Vgl. Die Biographie Kelsens (1881-1973): Olechowski, 244

<sup>201</sup> während sich die französische Gesellschaft im gleichen Jahr eine revolutionäre Verfassung gab: [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Franz%C3%B6sische\\_Verfassung](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Franz%C3%B6sische_Verfassung); neuerdings wird die Abschaffung dieses Verfassungsgerichtshofes diskutiert: <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/Steinbeis-3.7.2021.txt>

<sup>202</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ancien\\_R%C3%A9gime](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Ancien_R%C3%A9gime), 6.4.2021

<sup>203</sup> <http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm>, 14.4.2021; zu den Verfassungen der Hansestädte vgl. Morstein Marx

Bedingungen - nicht zu erwarten. Ab der Neufassung des Art. 14 - im Oktober 1923 auf Betreiben der Sozialdemokraten<sup>204</sup> und in Übereinstimmung mit den Interessen Neu-

<b>Mandatsverteilung in der Bürgerschaft</b>									
	KPD	SPD	DDP	Z	DNVP	Bürger	DR	NSDAP	Insgesamt
09.02.1919	-	42	29	-	6	-	3	-	80
13.11.1921	6	39	29	-	-	6	0	-	80
10.02.1924	10	28	7	-	-	8	21	6	80
14.11.1926	5	35	2	1	-	1	36	-	80
10.11.1929	7	34	2	1	-	1	29	6	80
13.11.1932	9	29	1	1	4	4	5	27	80
31.03.1933	0	0	0	0	3	-	1	22	26

-Bürger: 1921 Bürgerbund; 1924 GE; 1926 VRP; 1929 LHuG  
 -DR: 1919 "der DNVP nahe stehende Landbewohner"; 1924 WiG; 1926-1932 Hanseatischer Volksbund

manns<sup>205</sup>- wurde das Votum herabgesetzt. Es reichte nun ein Mehrheitsbeschluss der Mitglieder der Bürgerschaft aus (41 Stimmen). Es blieb aber dabei: So lange aus der Bürgerschaft kein erfolgreiches Misstrauensvotum zu erwarten war, konnte der Bürgermeister schalten und walten, wie es ihm passte.

In der Ratssetzung (alle zwei Jahre Anfang Dezember) wurde der Geschäftsbereich der Senatoren festgelegt.<sup>206</sup> Der Senat konnte zwar durch Mehrheitsbeschluss dem gewählten Bürgermeister oder den Senatoren<sup>207</sup> in ihre Amtsausübung hineinreden. Eine andersgerichtete Ausrichtung der Feier - etwa unter Beteiligung der Mehrheitsgesellschaft und von Kultureinrichtungen der Arbeiterschaft - wäre also - trotz der Übertragung der Organisation auf die Gemeinnützige - durch entsprechenden Senatsbeschluss durchaus möglich gewesen.

Dazu hätte es allerdings anderer Mehrheitsverhältnisse in Senat (6 SPD, 7 Nationalkonservative) und Bürgerschaft (10 KPD, 28 SPD, 42 Nationalkonservative) bedurft.

#### Neumann Senat 1921 - 1926

Neumann (bis 3.6.1926), AV-Mitglied  
 Vermehren, AV-Mitglied  
 DVP Heinsohn (seit 4.1925)  
 Friedrich (bis 4.1925)  
 Kalkbrenner, AV-Mitglied  
 DDP Dimpker (bis 10.1923), AV-Mitglied  
 Strack  
 Heinrich Evers (bis 5.1926), AV-Mitglied  
 Kulenkamp  
 Stooß (bis 4.1925)

SPD Bromme  
 SPD Hoff  
 SPD Löwigt  
 SPD Henze  
 SPD Mehrlein  
 SPD Friedrich (bis 4. 1925)  
 SPD Dreger (seit 4.1925)

#### Löwigt Senat 1926-1933

SPD Löwigt  
 SPD Henze  
 SPD Mehrlein  
 SPD Haut (seit 13.12.1928)  
 SPD Hoff (bis 20.1.1928)

Vermehren (bis 5.2.1928), AV-Mitglied  
 Kalkbrenner, AV-Mitglied  
 Dr.Geister  
 DVP Hans Evers (seit 21.11.1929)  
 Heinsohn  
 DDP Eckholt  
 Strack

Ein Misstrauensvotum der Bürgerschaft - sollte es im Streitfall so weit gekommen sein - hätte bis Juni 1926 einen Mehrheitsbeschluss erfordert, was schon nach den genannten politischen

<sup>207</sup> Bis zur Neufassung der LV 1923 auf 10 Jahre, danach auf unbestimmte Zeit gewählt (Art. 7 LV)

Kräfteverhältnissen zwar nicht ausgeschlossen, aber bei der Minderheit von KPD und SPD wenig wahrscheinlich war. Das Misstrauen zwischen den Fronten war zwar allgemein. Aber zu einem Beschluss, Neumann das Vertrauen zu entziehen, reichte es bis zum Mai 1926 nicht. Dann erst wurde ein Skandal öffentlich, der die gesamte Weimarer Epoche Lübecks überschattete.

Zumal die Erfahrung der Volksabstimmung vom 6.1.1924 und der darauffolgenden Wahlniederlage am 10.2.1924 sich den Sozialdemokraten eingebrannt hatte. Trotz der Mehrheit der nicht bürgerlichen Fraktionen im Landtag (Bürgerschaft) von 1919 bis zum 10.2.1924 hatten diese im Senat keine Mehrheit. Die SPD wollte 1923 den für sie untragbaren Zustand beenden, dass die Bürgerlichen den Freistaat regierten, und die nicht Bürgerlichen dazu in der Bürgerschaft die Steuern und den Haushalt beschlossen.<sup>208</sup>

Zwar setzten sie mit der Verfassungsänderung im Oktober 1923 die einfache Mehrheit für ein Misstrauensvotum gegen den Senat durch, die bisherige  $\frac{2}{3}$  Mehrheit war im Oktober 1923 gefallen. Bürgermeister Neumann, als Anführer der Bürgerlichen, hatte dieser Änderung auch zugestimmt.<sup>209</sup> Denn zugleich wurde die Wiederwahlsperrung des Bürgermeisteramtes von vier Jahren in der Verfassungsänderung aufgehoben. Die auf das gewonnene Misstrauensvotum vom Senat beschlossene Volksabstimmung im Januar 1924 ging aber verloren. Dieser schwere Schlag, bei der Volksabstimmung zu unterliegen, und den damit verbundenen Triumph der Bürgerlichen, musste die Johannisstraße erst verdauen.<sup>210</sup>

Spezielle Bestimmungen über das Bürgermeisteramt, dessen Kompetenzen und die Amtsausübung, enthält die LV nicht. Der Bürgermeister hatte zwar die Leitungsfunktion.<sup>211</sup> Eine Richtlinienkompetenz kam ihm hingegen nicht zu.<sup>212</sup> Sein Verhalten fand deshalb lediglich Grenzen in der Reichsverfassung, den Reichsgesetzen und den Lübecker Gesetzen. Die einzige Machtbremse wäre Art 12 Abs.1 Satz 1 LV gewesen. Danach galt die Wahl des Bürgermeisters im Senat für zwei Jahre, eine einmalige Wiederwahl war zulässig. Diese Vierjahresschranke fiel, verpackt in eine umfangreiche Verfassungsreform<sup>213</sup> auf Antrag des Senats, unter Federführung Neumanns, mit Beschluss vom 9. Oktober 1923 in der Bürgerschaft - gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen.<sup>214</sup> Die Änderung

208 Julius Leber, Umbildung des Senats, LBV 21.8.1923

209 Wohl mit Rücksicht auf die Wiederwahlbegrenzung der Amtszeit des Bürgermeisters, die mit der Verfassungsänderung vom 10.10.1923 aufgegeben wurde

210 Knie, 37, 38

211 vgl etwa Art. 41 Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 7. Januar 1921, <http://www.verfassungen.de/hh/verf21.htm>

212 Perels, 683

213 dazu Duesberg, 10,11, die Reform geschah nach Duesberg auf Betreiben einer sich „radikalisierenden“ SPD, die das Quorum für das Misstrauensvotum herabsetzen wollte. Sie wollten eine Umbesetzung des Senats und eine Erhöhung der Zahl ihrer Senatsposten, dazu Knie, 33, der das Interesse Neumanns an der Reform, die die Stellung des Bürgermeisters festigte, hervorhob; eher zutreffend für die Motive der SPD-Fraktion, die Reform voranzutreiben, war wohl der Umstand, dass die bürgerliche Minderheit in der Bürgerschaft dank der bis zum 9.10.1923 geltenden  $\frac{2}{3}$  Mehrheit für ein Misstrauensvotum mit einer bürgerlichen Senatsmehrheit regieren konnte (Julius Leber, Volksentscheid?, LBV vom 7.11.1923), die aus Sicht der SPD beendet werden sollte. Leber bringt es auf den Punkt: „Die bürgerliche Senatsmehrheit regierte und die sozialdemokratische Bürgerschaftsmehrheit bewilligte die Steuern“ (LBV vom 7.11.1923).

214 LVB vom 9.10.1923, I. Beilage

trat am 10. Oktober 1923 in Kraft. Das Verbot der Wiederwahl nach vierjähriger Amtszeit wurde gestrichen.<sup>215</sup>

Der Weg Neumanns zum starken Mann Lübecks war demnach frei. Die politische Amtsführung des Bürgermeister hing nach alledem lediglich vom Vertrauen in Senat und Bürgerschaft ab. Vertrauen wird gewährt oder entzogen. Ob Faschist oder Demokrat. Kein Staatsgerichtshof des Reiches in Leipzig oder das für Streitigkeiten zwischen Senat und Bürgerschaft des Freistaates zuständige Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg<sup>216</sup> waren hier zuständig. Gleiches gilt für eine etwaige Zuständigkeit des ab April 1917 bestehenden Lübecker Verwaltungsgerichts.<sup>217</sup> Vertrauen ist nicht justiziabel.<sup>218</sup> Zudem war Bürgermeister Neumann in breiten Kreisen des Bürgertums hoch geachtet.

Die große gliedstaatliche Unabhängigkeit des Freistaates Lübeck - der andere Aspekt der Weimarer Verfassung - war kein Sonderfall. Julius Leber beschreibt die bis ins Extreme gehende staatliche Eigenständigkeit am Beispiel der unterschiedlichen parteipolitischen Behandlung republikfeindlicher Kräfte durch die jeweiligen Ministerpräsidenten in Vollzug der Notverordnung des Reichspräsidenten am Beispiel Bayerns<sup>219</sup> (Ministerpräsident von Kahr (1920-1921): Bayerische Volkspartei) und in Sachsen (Ministerpräsident Buck: SPD).<sup>220</sup>

Diese verfassungspolitisch offene Lage wusste der Richter am Landgericht a.D. - wie wir sehen werden - aufs Beste, zusammen mit seinem Netzwerk aus völkischen Unterstützer:innen, für seine Ziele und Machenschaften zu nutzen.

### 3. Neumanns Doppelrolle Lübeck - Berlin

<sup>215</sup> Durch Gesetz vom 10. Oktober 1923 wurde der Artikel 12 Abs. 3 Satz 2 gestrichen: <http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm>, 14.4.2021, weshalb wohl Neumann die Reform befürwortete, vgl. Knie, 33

<sup>216</sup> Art. 60 LV

<sup>217</sup> Sommermann, 713: Nach § 4 Abs. 1 Satz 1 VGG 1916 war das Gericht für Rechtsverletzungen Einzelner durch Verfügungen von Verwaltungsbehörden zuständig. Verfassungsrecht - wie ggf. hier - schied aus.

<sup>218</sup> Zur Bedeutung des „Vertrauens“ für das Parlamentarische System, Driesberg, 10

<sup>219</sup> Zum verfassungsrechtlichen Konflikt Reich/Bayern im Zusammenhang mit dem Hitler-Ludendorff-Putsch vgl. Huber Dokumente, 301 ff.; einen guten Einblick gibt Winkler, Weimar, 328

<sup>220</sup> Leber, Ein Mann geht seinen Weg, Notiz vom 1. Oktober 1923, S. 31

Neumann war enger Freund<sup>221</sup> des späteren Vorsitzenden des AV, Rechtsanwalt Heinrich Claß.<sup>222</sup> Er war auf dem Alldeutschen Verbandstag 1900 mit Claß bekannt geworden, der 1908 zum Vorsitzenden gewählt worden ist. Lübeck spielte im AV von Anfang an eine hervorgehobene Rolle, denn schon bei der Gründung 1891 in Berlin war der damalige Präses der Lübecker Handelskammer, Lange, Vorstandsmitglied geworden.<sup>223</sup>

Neumann wurde mit 39 Jahren nach seiner äußerst erfolgreichen Arbeit im und für den Ortsverband Lübeck von 1904 bis 1907 Mitglied der Hauptleitung des AV.<sup>224</sup> Die Hauptleitung, deren Mitglieder auf drei Jahre gewählt wurden, bestand aus dem Vorsitzenden und bis zu fünf weiteren Mitgliedern. Sie übernahm die Führungsaufgaben des streng hierarchisch ausgerichteten Verbandes.<sup>225</sup> Als lübischer Bevollmächtigter im Bundesrat war Neumann auch deshalb von besonderer Bedeutung für Claß, weil er vertrauliche Informationen über innen- und außenpolitische Entwicklungen auf hoher politischer Ebene an seinen Freund Claß weitergeben konnte.<sup>226</sup>

Er setzte sich auch als Vorsitzender des durch ihn mtgliederstark gewordenen Lübecker Ortsverbandes für die Propagierung der Ziele des AV ein. In Lübeck wurde, angestoßen von Neumann, 1901 ein „Nordelbischer Gau“ des AV etabliert, dem nach 1910 die Ortsgruppen Kiel, Hamburg und Lübeck angehörten. Nach 1918 kamen noch Flensburg und Tondern dazu. Sitz war Lübeck.

Die Rolle des rassistischen und völkischen Neumann, die er bereits im Kaiserreich und im AV hatte einüben können, und die er jetzt, 1921, als Regierender Bürgermeister einnahm, war auf die stricte Durchsetzung seiner Projekte ausgerichtet. Nicht umsonst war er wegen solcher Führungskraft vom AV als Diktator im Deutschen Reich vorgesehen. Das kam zwar erst 1926 ans Licht.

Aber die systematischen Vorbereitungen dazu liefen seit seiner verantwortlichen Mitgliedschaft in der Hauptleitung des AV und verdichteten sich mit der Ablösung Ernst Hasses vom Vorsitz und dessen Übernahme durch seinen Gefährten, Justizrat Claß, im Jahre 1908. Claß verschärfte die völkische Politik des Verbandes. Er drängte auf die Ablösung der liberalen Kräfte in der Reichsregierung. Ihm schwebte eine Ordnung der Moderne nach rassistischen Kriterien vor. Die „größere Zukunft“ sollte der Krieg erwirken als „Lösung aller europäischen Fragen“.<sup>227</sup>

---

221 LVB 14.5.1926 „Lieber Freund“

222 Stegmann Radikalisierung, 47

223 Stegmann Radikalisierung, 45

224 Johannes Leicht, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012, 114.

225 Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Wiesbaden 1954, 14;

226 Stegmann Radikalisierung, 47.

227 Leicht, 185

Ohne dass Senat und Bürgerschaft zuhause in Lübeck etwas Näheres von den Berliner Aktivitäten ihres Mitgliedes mitbekommen hatten, war es Neumann inzwischen gelungen, in der Reichshauptstadt eine entscheidende Position auch im Medienimperium seines AV-Gefährten Hugenberg einzunehmen, den Vorsitz im Verwaltungsrat des Scherl-Verlages. Der Scherl-Verlag war das Herzstück des von Alfred Hugenberg aufgebauten Medien- und Zeitungsimperiums. Der Verwaltungsausschuss entspricht dabei dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft. Der Scherl-Verlag also, die Spinne im medialen reichsweiten Netzwerk des Propagandisten eines völkischen Nationalstaates, Hugenberg, wurde vom Lübecker Bürgermeister gesteuert.

Hugenberg war nicht nur der Mitgründer und Organisator des AV. Er hatte noch während seiner Zeit als Vorsitzender im Direktorium der Friedrich Krupp AG (1908-1918) ab 1912 nach und nach den seinerzeit größten Medienkonzern Deutschlands aufgebaut und steuerte ihn im Sinne der Zielsetzungen des AV konsequent in den Nationalsozialismus.<sup>228</sup> Das dargestellte Organisationsschema veranschaulicht die Reichweite der propagandistischen medialen Durchdringungs-breite und -tiefe der Hugenberg'schen Firmen. Hervorzuheben ist dabei das mit der Allgemeinen Anzeigen GmbH, später Aktiengesellschaft, (ALA) angestrebte Anzeigenmonopol auf dem deutschen Medienmarkt. Darüber steuerte Hugenberg auch Lokalblätter, die nicht in seinem Besitz waren. In Lübeck war das die Ala-Anzeigen-Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Lübeck.<sup>229</sup>

Der Lübecker Bürgermeister war jedenfalls als Verwaltungsratsvorsitzender des Scherl-Verlages kein unabhängiger Entscheider. Im Konzerngefüge spielte er vielmehr die Rolle des abhängigen treuhänderischen Auftragnehmers von Hugenberg. Gleichwohl konnte er mit seiner Steuerungsfunktion über den Scherl-Verlag und damit auch der Stärkung seiner Einflussnahme im hugenberg'schen Medienkonzern seine Lübecker Position ausbauen. Der Lübecker Generalanzeiger war über die ALA in den Händen Hugenberg - Neumann. Das hat Julius Leber richtig erkannt, wenn er im *Lübecker Volksboten* schrieb:

*„... Und doch war e r (Hugenberg, MB) der eigentliche unsichtbare Herrscher dieser Stadt, die er selbst vielleicht nie gesehen. Den S t a t hatte er in der Hand durch sein Oberhaupt, die Presse durch die größte Inseratenplantage. Sein Wille war maßgebend, beschränkt nur durch den leidenschaftlichen Widerstand der darob täglich beschimpften und begeisterten S o z i a l d e m o k r a t i e (Sperrungen im Original, MB).“<sup>230</sup>*

Leber beschreibt folgerichtig die tatsächlichen damaligen Verhältnisse im Freistaat. Er bestätigt auch den tiefen Hass der Elite des Bürgertums, die innerhalb und über das völkische Netzwerk des AV immer wieder versuchte, die Macht für die konservative Revolution

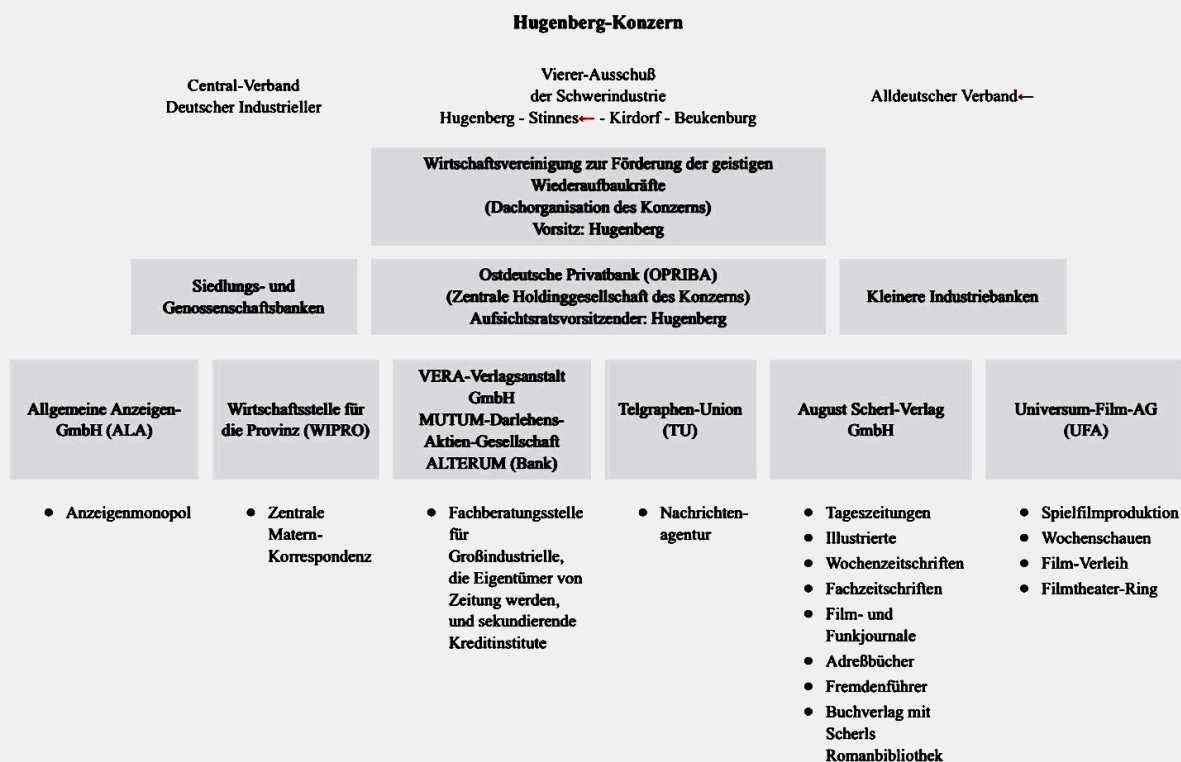
<sup>228</sup> Siehe auch Alfred Hugenberg./ [https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred\\_Hugenberg](https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Hugenberg), 16.10.2019

<sup>229</sup> LBV 25.3.1933 ALA Zweigniederlassung in HL

<sup>230</sup> Lübecker Volksbote, 8.6.1926



in den Ländern und im Reich an sich zu reißen. Dies geschah heimlich und in den seit Ende des 19. Jahrhunderts dafür geschaffenen Netzwerken des AV. Die Akteure traten sel-



#### Zeitungen und Zeitschriften des Scherl-Verlags

- Der Tag
- Berliner Lokalanzeiger
- Berliner Illustrierte Nachtausgabe
- Die Woche
- Scherl Magazin
- Gartenlaube
- Silberspiegel
- Allgemeiner Wegweiser
- Scherls-Wohnungs-Zeitung
- Filmwelt
- Denken und Raten
- Das Grundeigentum
- Der Kinematograph
- Echo
- Deutsche technische Auslandszeitschrift

#### Zeitungen unter Beteiligung des Hugenberg-Konzerns

- Hannoverscher Kurier
- Schlesische Zeitung
- Lippische Tageszeitung
- Merseburger Tageblatt
- München-Augsburger Abendzeitung
- Rheinisch-Westfälische Zeitung
- Bergisch-Märkische Zeitung
- Schwäbischer Kurier
- Magdeburgische Tageszeitung
- Weimarer Zeitung
- Saale Zeitung
- Mitteldeutsche Zeitung
- Eiserne Blätter
- Deutsche Zeitung
- Motorschau - Nationale Deutsche Motorfahrt-Zeitung
- Kösliner Zeitung
- Stargarder Zeitung
- Oberschlesische Tageszeitung
- Oppelner Nachrichten
- Volksbote f. d. Kreise Kreuzburg u. Rosenberg
- Süddeutsche Zeitung
- Rosenberger Zeitung
- Stralsunder Zeitung
- Münchner Neueste Nachrichten
- Fränkischer Kurier
- Leipziger Neueste Nachrichten

ten nach außen offen auf.

Stegmann schildert die weitreichende Zielsetzung der bis in die Bundesrepublik wirkenden, auf Veranlassung der Führung des AV auf Reichsebene angestoßenen, damaligen Verabredungen der Wirtschaftsverbände des Kaiserreiches:

*„Gleichzeitig versuchten deshalb die den Rechtsparteien nahestehenden wirtschaftlichen Interessenverbände der Landwirtschaft – der Bund der Landwirte –, der Großindustrie-Centralverband Deutscher Industrieller – und des sogenannten Alten Mittelstandes – der Reichs-deutsche Mittelstandsverband – ihre Zusammen-arbeit auf wirtschafts- und sozialpolitischem Feld zu intensivieren, um auf diese Weise im außerparlamentarischem Raum politischen Druck auf den Reichstag und vor allem auf die Reichsregierung auszuüben. Diese außerparlamentarischen Sammlungsbemühungen gipfelten im August 1913 in der Konstituierung des sogenannten Kartells der schaffenden Stände.*

*In diese anlaufenden Bündnisgespräche war auch die Spitze des Alldeutschen Verbandes um Claß und Admiral a.D. Breusing einbezogen, zusammen mit dem prominenten Lübecker Alldeutschen, Senator Neumann. Als Claß am 4. Juli 1913 erste Sondierungsgespräche mit der Führung des Bundes der Landwirte in Berlin aufnahm, war Neumann Mitglied der dreiköpfigen alldeutschen Delegation. Neumann resümierte am 6. Juli: „Claß und ich waren sehr (i.O.) befriedigt von dem Ergebnis ...Wir versprechen uns außerordentlich viel davon.*

*Am 24. August 1913 wurden auf einer gemeinsamen Tagung der drei großen Wirtschaftsverbände in Leipzig folgende Leitsätze als Arbeitsprogramm verabschiedet:*

- 1. Zusammengehen der drei Gruppen: gewerblicher Mittelstandindustrie und Landwirtschaft zur gegenseitigen Unterstützung und Bekämpfung der Auswüchse im Organismus unseres Wirtschaftslebens.*
- 2. Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben.*
- 3. Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen.*
- 4. Bekämpfung der Sozialdemokratie und Bekämpfung sozialistischer Irrlehren.*
- 5. Als Fernziel wurde angestrebt, eine feste organisatorische Basis für eine auf Dauer berechnete Zusammenarbeit der beteiligten Verbände zu schaffen.*

*Die Leipziger Verlautbarungen und die Reden der Verbandsvertreter auf der Versammlung liefen auf eine prononcierte Kritik an Reichstag und Reichsregierung hinaus. Freiherr von Wangenheim vom Bund der Landwirte und Alfred Hugenberg für den Centralverband Deutscher Industrieller, der damalige Vorsitzende des Krupp'schen Direktoriums, waren hinter den Kulissen die Architekten dieser außerparlamentarischen Rechtsfront, einer Nationalen Opposition gegen die als schwach gebrandmarkte*

*Reichsregierung unter ihrem Kanzler Bethmann-Hollweg. Die Mittelständler – ihr Verband war erst 1911 mit den Geldern dieser beiden Wirtschaftsverbände gegründet worden – liefen als erweiterte Massenbasis dabei mit.*

*Ziel war es, den Reichskanzler durch einen „starken“ Mann abzulösen und eine grundlegende Neuorientierung in der deutschen Politik einzuleiten. Hugenberg optierte für eine „Politik der eisernen Hand“ gegenüber der Sozialdemokratie ebenso wie die konservative Rechte um Freiherr von Wangenheim oder Elard von Oldenburg-Januschau.*

*Der Alldeutsche Verband wurde verdeckt – in der Öffentlichkeit trat er als weiterer Bündnispartner überhaupt nicht auf – mit ins Boot genommen; durch die lockere Kooperation mit dem Bund der Landwirte sollten dabei die außenpolitischen Zielsetzungen der Alldeutschen in der Presse des Bundes der Landwirte in Berlin, in der ‘Deutschen Tageszeitung’, in Zukunft stärker berücksichtigt werden, im Gegenzug versprach der Bund der Landwirte, seine Position in der Frage der sogenannten Inneren Kolonisation in den ‘Alldeutschen Blättern’ zu verdeutlichen, das heißt, der Ansiedlung von landwirtschaftlichen Familienbetrieben im Osten des Reiches.*

*Senator Neumann war auch Berichterstatter über diese Besprechungen in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes am 5. September 1913 in Berlin. Er führte unter dem Tagesordnungspunkt ‘Der Alldeutsche Verband und Sammlungspolitik’ aus, die Ausführungen des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte hätten „darin gegipfelt“, dass auf dem Gebiete der inneren Politik gegen die zunehmende Demokratisierung und Atomisierung eine Sammlung aller staatserhaltenden Kräfte notwendig sei und dass ihm schon aus diesem Grunde engere Fühlungnahme zwischen Bund der Landwirte und dem Alldeutschem Verband wünschenswert erscheine und dass auf dem Gebiete der äußeren Politik dem Bunde bisher ein rechter Sachverständiger gefehlt habe“.*

*Claß selbst sah in der Besprechung einen „bedeutsamen Nutzen für die völkische Sache“, umso mehr, als „unsere Wirksamkeit gar nicht einmal allein auf den Bund der Landwirte beschränkt bleibe. Es sei ja bekannt, dass der Bund der Landwirte auch mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller und der Mittelstandsvereinigung Beziehungen angeknüpft habe“, und zwar nicht nur aus „wirtschaftspolitischen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen.*

# V. Vom Präfaschismus zum Faschismus

## 1. Die Putschpläne

Der über mindestens zwei Generationen laufende Doppelbinderprozess aus gegenseitigem Hass und Gewalt, den Norbert Elias auf dem 20. Soziologentag in Bremen eindringlich beschreibt,<sup>231</sup> ließ den Staatsstreich und das politische Attentat, d.h. die Anwendung bewaffneter Gewalt, in der Weimarer Republik zum Normalfall gesellschaftlicher Konfliktlösung werden.<sup>232</sup>

*„Es gibt Organisationen, denen Millionen zur Verfügung stehen, und die nur den Zweck haben, Putsche vorzubereiten und auszuführen und die nur den Zweck haben, die Republik zu beseitigen.“<sup>233</sup>*

---

<sup>231</sup> Elias, Soziologentag, vgl. auch Piper, 104

<sup>232</sup> Beispiele in Küstrin Oktober 1923: LVB 2.10.23, 1; Verschwörung in Bayern unter von Kahr: LVB 1.10.23, 1; Ausnahmezustand aufgrund Art. 48 WRV v. 26.9.23, LVB 1.10.1923, 4; ausführlich Elias, Soziologentag, 110 f.

<sup>233</sup> Leber, 17, am 20.9.1921; vgl. auch die Stärkung faschistischer Kräfte durch den Hochadel im Kontext des zurückkehrenden Kronprinzen 1923, Malinowski, 94 ff.

schreibt Julius Leber in einer Notiz am 15. September 1921.

Beispiele sind die Attentate auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15.1.1919 in Berlin durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Hauptmann Waldemar Pabst; auf den ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Kurt Eisner, am 21.2.1919 in München durch den zum antisemitischen Thule-Kreis gerechneten Anton Graf von Arco auf Valley: („Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter.“); auf den Leiter der Waffenstillstandskommission und Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommen von Campiègne, Reichsminister der Finanzen Matthias Erzberger (1875-1921) am 26.8.1921 in Bad Griesbach (Baden) durch die Organisation Consul; auf Außenminister Walther Rathenau (1867-1922) ebenfalls durch die Organisation Consul am 24.6.1922 in Berlin. Die Organisation Consul, auch „Schwarze Reichswehr“ genannt, entstand 1920 nach dem gescheiterten Kapp-Putsch als Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt.<sup>234</sup> Sie stellte eine militärisch geführte Organisation mit rd. 5.000 Mitgliedern dar.



Bei sämtlichen Aktionen der im Folgenden beschriebenen gescheiterten vier Staatsstriche und der Versuche zu ihrer Verabredung vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik<sup>235</sup>

<sup>234</sup> [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Brigade\\_Ehrhardt\\_1919/20](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Brigade_Ehrhardt_1919/20)

<sup>235</sup> Vgl. zur Putsch-Debatte im Reichstag LVB 19.Mai 1926,1

war der Lübecker Bürgermeister Neumann mittelbar oder unmittelbar beteiligt.<sup>236</sup> Die Tragödien auf Reichsebene spielten sich deshalb auch immer zugleich auf der Lübecker Bühne ab. Die Presseorgane der jeweiligen Frontorganisationen - völkische und nationalistische Vereine und Parteien im *Generalanzeiger* und *Lübeckischen Blättern* contra *Lübecker Volksbote* (SPD) und *Norddeutsche Zeitung* (KPD) geben das Drama wieder. Man kann davon ausgehen, dass Neumann sein engstes Lübecker politisches Umfeld stets über die Umsetzung der Diktaturziele des AV<sup>237</sup> auf dem Laufenden hielt. Als Vertrauter und Spielfigur im Strategiespiel des Vorsitzenden Heinrich Claß<sup>238</sup> war er Mitwisser von dessen hochverräterischen Plänen und Aktionen.

Mit Alfred Hugenberg, diesem Organisator der analogen medialen Kommunikation und völkischen Propaganda im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, teilte er die führende Mitgliedschaft im Thinktank AV. Als Verwaltungsausschussvorsitzender des Scherl-Verlages war Neumann zudem mit Hugenberg wirtschaftlich und ideologisch verbunden. Hugenbergs Arm reichte - wie oben ausgeführt - in das neumann'sche Lübeck. Mit Possehl, dem wirtschaftlich mächtigsten Lübecker, als dessen Ziehsohn er sich wohl empfand, verband ihn, - wie dargelegt - bis dieser 1919 verstarb, die gleiche politische Zielsetzung und der autoritäre Charakter. Beide sahen ihre Auffassungen im Lübecker AV und dem Wehrverein gut aufgehoben. Ein Zeichen für ihre Verbundenheit war auch, wie dargestellt, bei der Förderung des Kaufs des Propagandablattes der Radikal-Völkischen, die *Deutsche Zeitung*.

So hatte sich Neumann vor Ort und in Berlin (als Vertreter des Freistaats) aufs Beste vernetzt. Er hatte über die heimischen Zeitungen *Lübecker Generalanzeiger* (Hugenberg) und *Lübeckische Blätter* (Chefredakteur: der rechtsnationalistische Brockhaus), mit Kultur<sup>239</sup> (Gemeinnützige), Kapital (Possehl und Industrie und Handelskammer), Politik (Senat und Bürgerschaft), Kirche und Justiz (AV) in Lübeck ganz in der Stille und der Provinz ein wirklich erstaunliches Herrschaftsgebilde geschaffen.

Wäre ihm nur die verhasste Arbeiterbewegung, die für ihn offenbar dunkle Seite des gespaltenen Lübeck, nicht in die Quere gekommen. Wäre ihm nicht ein Arbeiterführer der Sonderklasse, ein ortsfremder und dazu noch äußerst begabter Redner und mit Berlin ebenfalls gut vernetzter Agitator, wäre ihm nicht Julius Leber in Lübeck gegenüber gestanden. Mit etwas mehr Fortune und ohne Leber hätte Neumann sein Ziel einer völkischen Diktatur anstelle Adolf Hitlers in Berlin durchaus noch erreichen können.

<sup>236</sup> vgl. z.B. das Schreiben von Neumann an Claß vom 25.4.1926, mitgeteilt in LVB vom 17. Mai 1926

<sup>237</sup> Stegmann Radikalisierung, 56

<sup>238</sup> Dazu der sogenannte Verschwörerbrief von Claß an Neumann vom 23.4.1926, der die enge Verbindung (Freundschaft) von Claß-Neumann-Hugenberg dokumentiert

<sup>239</sup> Sein Schwiegersohn war der Museumsdirektor und Behnhausgründer Carl Georg Heise (s. Hildegard Heise, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard\\_Heise](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hildegard_Heise), 6.10.2019)

## a) 1917 Claß Anstiftung zum Militärputsch im Kaiserreich

Eines der vordringlichen Ziele des AV war - wie dargelegt - die Rettung Deutschlands durch eine Diktatur. So traf sich der Verbandsvorsitzende Claß bei seinen unermüdlichen Bemühungen, diesen Plan durchzusetzen,<sup>240</sup> am 5.10.1917 ein erstes Mal mit dem Ersten Generalquartiermeister Ludendorff, dem Stellvertreter Hindenburgs in der Obersten Heeresleitung (OHL). Er führte aus, dass der Krieg jetzt nur noch mit einer Militärdiktatur zu gewinnen sei. In der OHL müsse eine Stelle geschaffen werden, die verdeckt das politische Geschehen verfolge und später den Kern eines „Kabinetts in Feldgrau“ bilden könne. Er, Claß, sei in der Lage, innerhalb von 24 Stunden dafür Namen zu nennen.

Er nannte Geheimrat Hugenberg für Gesamtpolitik und Wirtschaftsfragen, Senator Neumann aus Lübeck für innenpolitische Belange, Landgerichtsdirektor Lohmann (Hamburg) für die Überwachung der Rechtspflege und bot - bei Bedarf - weitere Persönlichkeiten seines Vertrauens.<sup>241</sup> Ludendorff sagte zu, die vorgetragenen Überlegungen zu bedenken.<sup>242</sup> Es blieb indes bei dem Versuch der Vorbereitung eines Staatsstreichs

## b) 1920 Kapp-Lüttwitz-Putsch

Wolfgang Kapp (1858-1922) war Verwaltungsbeamter, zuletzt Generallandschaftsdirektor in Königsberg. Am 13. März 1920 führte er zusammen mit General Walter von Lüttwitz und der Marinebrigade Erhardt einen 100 Stunden dauernden Putsch gegen die Reichsregierung durch.<sup>243</sup> Der Putsch endete am 17. März 1920. Er führte zu einer tiefen Verunsicherung über die Stabilität der Republik. Die Reichsregierung floh von Berlin nach Stuttgart.

---

<sup>240</sup> Kruck, 100 f.

<sup>241</sup> Kruck, 203 f.

<sup>242</sup> Leicht, 241.

<sup>243</sup> Brecht, Aus nächster Nähe, 296 ff.

Der Putsch wurde unterstützt von General Ludendorff.<sup>244</sup> Claß kannte die Umsturzpläne seit November 1919.<sup>245</sup> Ein Erfolg des Staatsstreichs traute er jedoch Kapp nicht zu.<sup>246</sup> Mit dieser Einschätzung lag er richtig. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 zeigt jedoch ideologische Kontinuitätslinien auf, die auch im weiteren Verlauf der Weimarer Republik, wie sich im Kabinett Papen zeigte, nicht aufgegeben wurden. Die Brigade Erhardt ging als Organisation Consul in den Untergrund und verübte später - wie oben erwähnt - u.a. die Morde an Erzberger und Rathenau. Mit dem Verlust der Mehrheit der Weimarer Koalition in den dem Putsch folgenden Wahlen vom 6. Juni 1920 aus SPD (163 auf 113), Zentrum (91 auf 69 - Abspaltung der Bayerischen Volkspartei) und Demokraten (75 auf 45) hatte die deutsche demokratische Republik „ihre tödliche Wunde erhalten“.<sup>247</sup> Zugleich hatte sich der erste und einzige umfassende erfolgreiche Generalstreik in der deutschen Geschichte im Gedächtnis der Arbeiterbewegung eingegraben.<sup>248</sup>

Der umtriebige Justizrat mit seinen hervorragenden Umgangsformen bemühte sich ganz offensichtlich unentwegt und überall in der Republik geeignete Kräfte aufzutun, anzustacheln und nötigenfalls, wie später bei Adolf Hitler, mit Geld diejenigen zu beeinflussen, die sein rechtsradikales völkisches Diktaturziel teilten und dafür standen, dieses auch zu vollbringen. Darin war er sich im übrigen mit dem harten Kern der Vaterlandspartei um Wolfgang Kapp und einem Teil der Generalität einig. Sie arbeiteten weiter daran, mittels eines bewaffneten Putsches gegen die verhasste Weimarer Republik an alten Zielsetzungen anzuknüpfen.<sup>249</sup>

## c) 1923 Hitler-Ludendorff-Putsch

Ludendorff, der bereits auf dem Höhepunkt des Ersten Weltkriegs - damals in der OHL - an Stelle Hindenburgs und inoffiziell im Hintergrund die politische Führung übernommen hatte<sup>250</sup> - und 1917 zusammen mit Claß Diktaturpläne erwog, ergriff drei Jahre nach dem Kapp-Putsch, am 8./9. November 1923 erneut, diesmal mit dem vielversprechenden Adolf Hitler, die Gelegenheit zum Staatsstreich gegen die verhasste Republik. Der beabsichtigte Marsch auf Berlin, der am Morgen des 9. November 1923 am Bürgerbräukeller unter dem

<sup>244</sup> Kapp-Putsch, <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Kapp-Putsch>, 13.4.2021

<sup>245</sup> Der AV war auch nach Ansicht von Reichskanzler Bauer einer der wesentlichen Treiber des Putsches, dazu die Rede von Reichskanzler Bauer vor der Nationalversammlung in Stuttgart am 18.3.1920, Huber Dokumente, 219

<sup>246</sup> Leicht, S.281 ; vgl. auch, Joerg Wollenberg, Das Blut der Menschheit trank der Vampir Stadt... Es lebe die neue, die Generalidee des 20. Jahrhunderts: „Land!“ (1919) Völkische Landnahme von rechts und links - eine unterschätzte Gefahr, Ein anderer Blick auf den „Volkshochschulrummel“ (Picht) und den Sündenfall des antiurbanen und völkischen „Grünen Manifestes“ von 1919, [https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteile/stadtteile-bremen-nordost\\_artikel,-das-dunkle-kapitel-der-bremer-volkshochschule-\\_arid,1613349.html](https://www.weser-kurier.de/bremen/stadtteile/stadtteile-bremen-nordost_artikel,-das-dunkle-kapitel-der-bremer-volkshochschule-_arid,1613349.html)

<sup>247</sup> Brecht, Aus nächster Nähe, 309; diese demokratische Mehrheit kam bis zum Ende der Republik nicht mehr zustande, vgl. Brecht, Aus nächster Nähe, Kapitel 30, 309 ff.

<sup>248</sup> Weiß, Gerhard, Wie eine Republik gerettet wurde und ihren Rettern dankte, Köln 2021, 108

<sup>249</sup> vgl. auch Stegmann Radikalisierung, 75

<sup>250</sup> Fischer, 549



nationalsozialistischen Anführer Adolf Hitler begann, scheiterte allerdings bereits an der Feldherrnhalle. Der Putsch wurde niedergeschlagen. Am 23.11.1923 erlässt General von Seeckt, von Ebert mit der Exekutivgewalt ausgestattet, ein reichsweites Verbot von NSDAP, der Deutschvölkischen Freiheitspartei und der KPD.<sup>251</sup> Am 16. Februar 1925 endete allerdings das Parteiverbot der NSDAP und das Verbot des Völkischen Beobachters,<sup>252</sup> das KPD- Verbot im März 1925.<sup>253</sup>

Der Prozess gegen die Putschisten in der Zeit vom 26. Februar bis 27. März 1924, der von Rechts wegen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig hätte stattfinden müssen und nicht - wie geschehen - vor dem bayerischen Volksgericht in München, verdeutlicht die völkische Ausrichtung von Staat und Justiz in Bayern und die damalige politische Gefährdungslage im Reich. Mit den verhängten Strafen blieb das Volksgericht am untersten Strafraumen. Es setzte sich über das Republikschutzgesetz hinweg und verwies etwa den österreichischen Ausländer Adolf Hitler nicht des Landes. Denn

*„Auf einen Mann, der so deutsch denkt und handelt wie Hitler... kann nach Auffassung des Gerichts ... die Vorschrift des Republikschutzgesetzes ihrem Sinn und ihrer Zweckbestimmung nach ... keine Anwendung finden“.*<sup>254</sup>

## d) 1926 Claß-Hugenberg-Neumann-Putschplan

Wiederum drei Jahre später, nach den drei vergeblichen vorangegangenen Vorbereitungs-handlungen und Putschversuchen 1917, 1920 und 1923, versuchte es der AV erneut, diesmal mit eigenen Kräften 1926. Sämtliche vorangegangene Versuche lesen sich wie die unterschiedlichen Varianten der von dem völkischen Thinktank AV unter seinem Vorsitzenden Claß im Hintergrund mit geplanten und geforderten Anleitung zur Diktatur. Hinter Kapp und Ludendorff stand tatsächlich immer wieder die von Claß vorgedachte, in seinen nationalen Netzwerken verbreitete und auch von Hugenberg propagierte, nationale Revolution mit dem Ziel einer völkischen Diktatur.

Von Mitte Mai bis Mitte Juni 1926 wurde die politische Öffentlichkeit des Freistaates mit der Offenlegung von Plänen für einen veritablen Staatsstreich ihres Bürgermeisters in Atem

<sup>251</sup> <http://www.kpd-sozialgeschichte.homepage.t-online.de/chronik.html>; Piper, 120

<sup>252</sup> [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Nationalsozialistische\\_Deutsche\\_Arbeiterpartei\\_\(NSDAP\),\\_1920-1923/1925-1945](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei_(NSDAP),_1920-1923/1925-1945); Piper, 152

<sup>253</sup> <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/kpd>; Piper

<sup>254</sup> zit. Piper, 126



Neumanns Nachfolger wurde ein von Neumann und den anderen reaktionären nationalistischen Kräften in Lübeck zwar persönlich tolerierter (gemäßigter<sup>261</sup>), aber wegen seiner Parteizugehörigkeit verachteter Sozialdemokrat, Paul Löwigt. Und das, um es auf die Spitze zu treiben, am Morgen des Beginns der großen 700 - Jahrfeier, die unter Ausschluss der SPD und KPD<sup>262</sup> von den Vorbereitungen, von Bürgermeister Neumann in der Zeit vom Donnerstag, dem 3. Juni bis Sonntag, dem 6. Juni 1926, zelebriert werden sollte. Der erste Regierende SPD Bürgermeister des Freistaats Lübeck, Paul Löwigt, würde nun den über Deutschland hinausreichenden Glanz der Reichsfreiheitsfeier der alten und Hansestadt einheimen können.<sup>263</sup> Eine unerwartete Schande, die Neumann letztlich nicht überlebte. Er starb nur zwei Jahre später, am 8. April 1928.<sup>264</sup>

An der sich radikalisierenden Haltung der Öffentlichkeit Mitte der 1920er Jahre änderte dieser Wechsel im Amt des Bürgermeisters und der Repräsentanz des Freistaates auf der Feier zur Reichsfreiheit durch einen Sozialdemokraten nichts. Folge des Rücktritts Neumanns war vielmehr die Entstehung einer vom Ex-Bürgermeister und Vorsitzenden des Kirchenrates als Sammlungsbewegung mit ins Leben gerufenen neuen Partei,<sup>265</sup> dem *Hanseatischen Volksbund*. Der *Volksbund* überflügelte noch im gleichen Jahr die SPD bei den Bürgerschaftsmandaten. Bei der Wahl zur vierten Legislaturperiode der Lübecker Bürgerschaft als Landesparlament (1926-1929), am 14. November 1926, erreichte der *Hanseatische Volksbund* aus dem Stand einen bedeutenden Wahlerfolg und wurde mit 44 % der Stimmen und 36 von 80 Sitzen noch vor der SPD (42,6 %; 35 Sitze) stärkste Fraktion<sup>266</sup>.

Dieser politische Erfolg verdeutlicht das Ansehen, das Neumann im Lübecker Bürgertum und weit darüber hinaus inzwischen erworben hatte. Es beweist auch, dass weder die Verwicklung in die reichsweiten Putschpläne der Alldutschen, noch die aufgedeckte skandalöse berufliche Verstrickung in das völkische Medienmonopol Hugenburgs in Berlin, das Bild des vorbildlichen hanseatischen (seriösen) Staatsmannes, das sich der Republikfeind inzwischen hatte verschaffen können, trüben konnte.<sup>267</sup> Wäre eine Volkswahl des Regierenden Bürgermeisters nach der Landesverfassung möglich gewesen, Neumann wäre wahrscheinlich fünf Monate nach dem politischen Skandal (oder gerade deshalb) gewählt

261 Freche, 115; bei der Einführung der am 18. Juni 1926 gewählten bürgerlichen Senatsmitglieder Eckholdt und Dr. Geister, die nur mit den 35 Stimmen von SPD und KPD gewählt worden waren, erklärte Löwigt, „dass die Gründe, die Bürgermeister Neumann zum Ausscheiden aus dem Senat veranlasst hätten, auf politischem Gebiete lägen. Er halte es nicht für angebracht, darauf einzugehen. Bürgermeister Dr. Neumann sei 1904 in den Senat gewählt worden. Als Polizeiherr, als Vorsitzender der Finanzbehörde und seit 1921 als Präsident des Senates habe er an verantwortungsvoller Stelle gestanden. Auch in den Zeiten der größten politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätte er es verstanden, mit Geschick und Energie die Interessen des Lübeckischen Freistaates zu fördern. Dies anzuerkennen, würden sicher auch seine politischen Gegner bereit sein.“, Knie, 54, schreibt zutreffend, dass diese - die Hintergründe verschweigende - Würdigung Neumanns durch den späteren Bürgermeisters Löwigt sicher nicht im Sinne Dr. Lebers und von Dr. Solmitz gelegen habe.

262 LVB v. 29.5.1926, I : „Mußte es so kommen. Ein Wort zur Siebenhundertjahrfeier“ mit näheren Einzelheiten zum Verfahren; „Der Festzug“ Artikel kritisiert den fehlenden Hinweis auf die Republik: LVB 7.6.1926, Beilage; a.A. Knie, 48f.

263 Während der Feierlichkeiten vertrat ihn Senator Dr. Vermehren: Krogel, 236

264 Siehe den Nachruf auf Neumann von Julius Leber, Lübecker Volksbote, 28. April 1928, I

265 Buss, 147

266 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer\\_Volksbund](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund), 14.4.2021

267 Düesberg, 12

worden. Der konservative Sozialdemokrat Paul Löwig hätte sehr wahrscheinlich in der öffentlichen Auseinandersetzung gegen Neumann den Kürzeren gezogen.

Der Erfolg des *Hanseatischen Volksbundes* wiederholte sich jedenfalls nicht. Neumann war im April 1928 verstorben. Bei der Wahl 1929 musste der Volksbund, der im Lübecker Senat auch vier von 11 Senatoren stellte, deutliche Verluste hinnehmen. Er verlor knapp ein Sechstel seiner Wähler an die NSDAP; 1932 kehrte sich das Stimmenverhältnis zwischen beiden beinahe um, als der Volksbund 24 seiner 29 Sitze verlor, vor allem an die NSDAP. 1933 unterstützte der fast bedeutungslos gewordene Volksbund in der Bürgerschaft und im Senat selbst die NSDAP.<sup>268</sup> Die NSDAP setzte ihrem als Biedermann verkleideten Fackelträger zu guter letzt ein Denkmal: Seit 1933 erinnerte eine Straße an Neumann. Die damalige Rathenaustraße am Stadtpark trug nach Neumanns Tod vom 19.3.1933 bis 1945 den Namen *Bürgermeister-Neumann-Straße*. Danach wurde sie wieder umbenannt in Rathenaustraße.<sup>269</sup>

## 2. Die Vorbereitung des Umsturzes

Die Kindheitserinnerungen des 1927 in Lübeck geborenen Journalisten Rolf Winter (1927-2005), „Hitler kam aus der Dankwartsgrube (und kommt vielleicht mal wieder),“<sup>270</sup> erzählt von der Armut und vielfältigen Abhängigkeit der Lübecker Arbeiterschaft in der Zeit der Weimarer Republik, die unter teils erbärmlichen Bedingungen in den Gruben wohnte. In diesen zum Teil trostlosen Verhältnissen sah Winter die Brutstätten des Nationalsozialismus in Lübeck.

In Wirklichkeit lagen jedoch diese Verhältnisse und vor allem die für die Gewalttätigkeit notwendigen antirepublikanischen Ideologien, mitsamt dem Eigentum an den engen Mietshäusern, in den Händen der elitären Lübecker Bürgerschaft, die in der Oberstadt wohnte, wie etwa Emil Possehl, der seine Privatwohnung, wenige Schritte von der Dankwartsgrube entfernt, oben auf dem Stadthügel in der Musterbahn hatte,<sup>271</sup> mit idyllischem Blick auf den Mühlenteich. Von dieser Art bürgerlicher Elite stammten die Ideen einer na-

<sup>268</sup> Vgl. zum Vorgenannten. [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer\\_Volksbund](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund), 8.4.2021

<sup>269</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Martin\\_Andreas\\_Neumann](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann), 5.4.2021; LBV vom 20.3.1933 mit der Darstellung der neuen Staatsregierung Lübecks.

<sup>270</sup> Winter

<sup>271</sup> Musterbahn 19

tionalen Diktatur im Sinne des von Possehl unterstützten AV. Sie keimten dann heran zu Hass und Gewaltbereitschaft auch in der Dankwartsgrube.

Dort kochte Armut und herrschte Wut und Hass auf die Herrenmenschen, die mit ihren Vorstehhunden, wie das Winter am Beispiel des Spediteurs Longuet schildert, in die Dankwartsgrube kamen, um dort die Miete abzukassieren. Die Lebenswelten des Industrie- und Beamtenadels im Kaiserreich und der Weimarer Republik einerseits und diejenige der Industrie- und Hafenarbeiter andererseits trafen auf der bloß 100 ha großen Altstadtinsel Lübecks hart aufeinander.<sup>272</sup>

Willy Brandt erzählt etwa davon, wie er als Junge mit acht Jahren, als die Belegschaft des Betriebes, in dem sein Großvater Ludwig Frahm (1875-1935) arbeitete, den Dräger-Werken, ausgesperrt worden war, von einem der an ihm vorbeigehenden Direktoren des bestreikten Betriebes zwei frisch gebackene Brote geschenkt bekommen habe.

Als er diese zu Hause habe abgeben wollen, und gefragt worden sei, woher er sie habe, musste der Junge sie in den Bäckerladen zurückbringen. Brandt schreibt, er habe auf diese Weise früh und eindrücklich etwas über Klassenbewusstsein gelernt, dass nämlich ein aufrechter Arbeiter, zumal im Arbeitskampf, sich „nicht mit Almosen abspeisen lässt“.<sup>273</sup>

Die Klassenfrage war damals also kurz und bündig beantwortet. Während beispielsweise Willy Brandts Großvater, zunächst mecklenburgischer Landarbeiter, dann in Lübeck einfacher Arbeiter und anschließend Lastwagenfahrer bei den Dräger-Werken mit 50 Mark wöchentlich, d.h. mit 2.400 Mark im Jahr, für seine fünfköpfige Familie auskommen musste,<sup>274</sup> konnte Possehl 1916 ohne weiteres 50.000 Mark für den Kauf und Aufbau des völkischen AV Blattes *Deutsche Zeitung* erübrigen, damit es seine rassistischen und annektionistischen Botschaften im Sinne des AV unter das Volk bringen konnte.

Mit von Partie war übrigens - wie oben bereits dargestellt - wieder der Senatskollege Possehl, Senator Neumann, der ebenfalls mit 50.000 Mark für die *Deutsche Zeitung* auf der Spendenliste stand.<sup>275</sup> Wie der spätere Bürgermeister Neumann allerdings einen solch beachtlichen Betrag (das 20fache des Jahreslohns eines Facharbeiters) nebenher hatte selbst aufbringen können, bleibt schleierhaft. Von seinem Senatorengehalt von 2.500 Mark im Monat war das jedenfalls nicht möglich.<sup>276</sup> Die Vermutung liegt nahe, dass diese Geldmittel aus Nebeneinkünften im Scherl-Verlag von Hugenberg stammten.

---

<sup>272</sup> Vgl. zu den getrennten kulturellen Lebenswelten (sozialistisches und nationales Lager) auch Freche, 108, 138

<sup>273</sup> Brandt Links, 21

<sup>274</sup> Brandt, 12

<sup>275</sup> Leicht, 231;

<sup>276</sup> 30.000 Mark/jährlich: §1 Gesetz betreffend das Gehalt der Senatsmitglieder vom 23.5.1920, in Schaefer, 98

Leber beschreibt folgerichtig die tatsächlichen damaligen Verhältnisse im Freistaat. Er bestätigt den tiefen Hass der Elite des Bürgertums, die innerhalb des AV mit ihrer Ideologie und Konspiration immer wieder versuchte, die Macht für die konservative Revolution in den Ländern und im Reich an sich zu reißen.<sup>277</sup> Dies geschah heimlich und in den seit Ende des 19. Jahrhunderts dafür geschaffenen Netzwerken, insbesondere des AV unter Claß und Hugenberg. Die Akteure der *Konservativen Revolution* konspirierten verdeckt im Hintergrund. Unter Fehling herrschte in Lübeck die national-konservative, unter Neumann die national-völkische und unter Löwigt ab November 1926 der „neue Konsens“ des national-völkischen *Hanseatischen Volksbundes*.<sup>278</sup>

In der Stadtrepublik und anderswo gründeten sich zunehmend die Sturmtruppen, der bewaffnete Arm des „Nationalen Widerstandes“. Ein Jahr vor der Katastrophe des vierten Staatsstreichversuchs, 1926, kam es am 9. April 1925 im Turnerschaftshaus zur Neugründung der Lübecker NSDAP.<sup>279</sup> Das reichsweite Parteiverbot der Nationalsozialisten von November 1923 war im Februar 1925 gerade ausgelaufen. Die reichsweite Neugründung der NSDAP fand im Münchener Bürgerbräukeller statt, am 27. Februar 1925.<sup>280</sup>

Polizeisenator Mehrlein (SPD) verhängte im Herbst 1925 - trotz des im Februar 1925 gerade ausgelaufenen reichsweiten Parteiverbotes der NSDAP - ein Redeverbot für Adolf Hitler im Freistaat.<sup>281</sup> Die NSDAP Ortsgruppe lud anstelle Hitlers Dr. Goebbels ein, der am 1. Dezember 1925 im Saale der „Flora“ in der Nebenhofstraße die Rede hielt: „Lenin oder Hitler?“ Die Neugründung der NSDAP in München lag wenige Monate zurück. Die sich 1925 verstärkende, drohende konkrete Gefahr des Faschismus ist demnach aus polizeilicher Sicht im Senat durchaus erkannt worden.<sup>282</sup> Es fehlte indes bei der Dominanz reaktionärer Kräfte in Senat und Bürgerschaft offenbar an durchgreifender staatlicher oder staatlich organisierter oder privat zu organisierender gesellschaftlicher Gegenwehr.

Willy Brandt beklagt zu Recht den seinerzeit fehlenden klaren und harten Kurs der Parteiführung der SPD gegenüber den Feinden der Republik.<sup>283</sup> Er war deshalb nach einjähriger Zugehörigkeit (1930-1931) im Widerspruch zu seinem Förderer, Julius Leber, aus

277 Zur Klassenfrage: LVB vom 5.10.1921: „Großkapitalistische Diktatur“

278 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer\\_Volksbund](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanseatischer_Volksbund)

279 Heraus zum Kampf! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Lübeck 1866-1949, bearbeitet von Ingrid Bounin, herausgegeben von der Verwaltungsstelle Lübeck der Industriegewerkschaft Metall, 1987, S.387; unter den Gründern waren der spätere Senator Bannemann, Kreisleiter Friedrich, Dr. Wahrer, Koop und Jodeit: Knie, 66; Kreisleitung der NSDAP, S.3 mit Einzelheiten

280 Piper, 152

281 Heraus zum Kampf!, (FN 94), 387; Akte Neues Senatsarchiv Nr. 1306 mit dem Titel: „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (darin: Erwiderung des Polizeisenators Fritz Mehrlein auf den Antrag der NSDAP-Ortsgruppe Lübeck auf Aufhebung des Redeverbots für Adolf Hitler vom 27. März 1926)“ (dort: „Herbst 1925“); die Polizeidirektion München erneuerte bereits im April 1925 das Redeverbot für Hitler, Piper, 361

282 Was angesichts des reichsweiten Verbots der NSDAP vom 23.11.1923 bis Februar 1925 andernfalls auch erstaunlich gewesen wäre, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische\\_Deutsche\\_Arbeiterpartei](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei), 7.4.2021

283 Brandt, Erinnerungen, 94; der KPD-Bürgerschaftsabgeordnete Ernst Puchmüller beschreibt die auf der rechten Seite stehende Haltung der SPD Führung um Mehrlein, Haut und Dreger als Anbiederung an die „Bourgeoisie“, Puchmüller, 93; vgl. auch Winkler, Weinar, zur Haltung der SPD z.B. in der Frage des bayerischen Sonderweges 1923, S. [https://www.spiegel.de/politik/deutschland/putsch-am-20-juli-1932-wie-der-mythos-preussen-zerschlagen-wurde-a-495275.html?sara\\_ecid=soci\\_upd\\_KsBF0AFjff0DZCxpPYDCQgO1dEMph](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/putsch-am-20-juli-1932-wie-der-mythos-preussen-zerschlagen-wurde-a-495275.html?sara_ecid=soci_upd_KsBF0AFjff0DZCxpPYDCQgO1dEMph); Haltung zum Preußenschlag 1932: Franz Walter, Spiegel 2007, Preußenschlag

der Partei ausgetreten und schloss sich 1931 der linkssozialistischen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) an.

Die vorbildliche antifaschistische Haltung Julius Lebers wiederum fand zwar in der im Gewerkschaftshaus in der Johannisstraße 46 organisierten Arbeiterschaft breite Unterstützung. Sie war aber offenbar doch nicht hinreichend, um der Ausbreitung der Anhängerschaft der Nationalsozialisten in Lübeck Paroli bieten zu können. Weder konnte die Wiedergründung der 1923 reichsweit verbotenen NSDAP bereits am 9. April 1925<sup>284</sup> in Lübeck, noch am 1.10.1929 die Aufstellung der ersten SS-Formation in Lübeck durch den Senat oder die organisierte Arbeiterbewegung verhindert werden. Der Polizeiherr beließ es offenbar bei Auflagen für Demonstrationen der NSDAP, etwa das Verbot der einheitlichen Kleidung oder des Tragens einheitlicher Abzeichen.<sup>285</sup>

Dabei lag das Vereinigungs- und Parteiverbot im Ermessen Mehrleins. Ein Verfassungsvorbehalt oder ein entsprechender Verfassungsgerichtshof existierte - wie ausgeführt - damals nicht. Vereinigungen und Parteiverbote unterlagen also, wenn sie beklagt wurden, nur einer ex post Kontrolle durch den nach dem Radbruch'schen Republikenschutzgesetz (Gesetz zum Schutz der Republik von 21. Juli 1922<sup>286</sup>) zuständigen Staatsgerichtshof in Leipzig.<sup>287</sup> Er endete 1929.

Entscheidend waren aber dort im Wesentlichen die Staatsschutzbestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches und nicht die verfassungsrechtliche Ordnung der Weimarer Verfassung.<sup>288</sup> Judiziert wurde Strafrecht und nicht Verfassungsrecht. Senator Mehrlein<sup>289</sup> hätte also bei konkreter Gefahr eines Putsches oder der verfassungsfeindlichen Bestrebung, die Parteigliederung oder Organisation auflösen und einzelnen führenden Personen, die sich in diesem Sinne verfassungsfeindlich äußerten, Redeverbot erteilen können.<sup>290</sup>

Eine Verbotsverfügung zur Gefahrenabwehr hätte zunächst Bestand gehabt, denn der Beschwerde kam keine aufschiebende Wirkung zu.<sup>291</sup> Schließlich wäre auch der Erlass einzelner die Verfassung schützender Maßnahmen der Lübecker Landesregierung nach Art.

---

<sup>284</sup> Lehmann, S.133

<sup>285</sup> August 1930: Knie, 79

<sup>286</sup> [http://www.documentarchiv.de/wr/repschutz\\_ges01.html](http://www.documentarchiv.de/wr/repschutz_ges01.html); vgl. zur politisch-rechtlichen Lage im Reich Heinrich August Winkler, Weimar 1918-1933, München 2018 (1993), 327, dort die Beschreibung des Widerstandes Bayerns (nach Art.48 WV) gegen den Beschluss der Reichsregierung zum Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet.

<sup>287</sup> Jasper, Gotthart, Justiz und Politik in der Weimarer Republik, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1982, S.167, [https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982\\_2\\_1\\_jasper.pdf](https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_2_1_jasper.pdf)

<sup>288</sup> Verfassungsmäßige Ordnung: Nach Art. 20 Abs. 3 GG ist die Gesetzgebung (Legislative) an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, während die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative) an Gesetz und Recht gebunden sind. Hier versteht sich der Begriff der verfassungsmäßigen Ordnung als das gesamte formelle Verfassungsrecht; vgl. [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Verfassungsm%C3%A4%C3%9Fige\\_Ordnung](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Verfassungsm%C3%A4%C3%9Fige_Ordnung), 1.5.2021,

<sup>289</sup> Puchmüller, 93 zur konservativen Einstellung Mehrleins

<sup>290</sup> Das Parteiprogramm der NSDAP von 1920 verstieß offensichtlich gegen die WV, etwa in Punkt 4: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“ (<http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html>); dieses Programm wurde von Hitler Wort für Wort umgesetzt, etwa in seinen antisemitischen wirkungsvollen Hetzreden, z.B. gegen die angebliche Diktaturregierung Stresemanns (Winkler, Weimar, 329)

<sup>291</sup> §17 Abs.3 Republikenschutzgesetz

48 Abs.4 WRV möglich gewesen. Das alles geschah - mit Ausnahme des genannten Redeverbots für Hitler (1925) - trotz der offensichtlich verfassungsfeindlichen und aggressiv kämpferischen Programmatik der NSDAP nicht. Lübeck unterschied sich in diesem, auf das gesamte Reichsgebiet gesehen, staatlichen (Nicht-)Vorgehen wenig von den 17 anderen Bundesstaaten.<sup>292</sup>

Eine geschlossene „Arbeiterbewegung“, die mit gemeinsamen Aktionen des zivilen Widerstandes sich hätte durchsetzen können, existierte zwar seit dem Berliner Gründungsparteitag der KPD am 30.12.1918 nicht mehr. Wenn denn auch SPD und KPD sich im Gewerkschaftshaus begegneten und Harry Naujoks von der Bezirksleitung der KPD Wasserkante<sup>293</sup> sich 1932 in Lübeck um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Nationalsozialisten bemühte. Gleiches forderte übrigens damals auch Willy Brandt.<sup>294</sup> Eine antifaschistische Einheitsfront kam in gewissem Sinne erst wieder vor den Reichstagswahlen am 5. März 1932 auf örtlicher Ebene dadurch zustande, dass man sich darauf einigte, alle Lokalitäten in Lübeck zu reservieren, die für die groß plakatierte Rede Hitlers hätte in Frage kommen können.<sup>295</sup> Diese Strategie war im Ergebnis erfolgreich. Hitlers Rede wurde nach Bad Schwartau verlegt. Dort fand sie unter großer Beteiligung auch von Honoratioren des Reichs statt, wie etwa dem SA-Führer Prinz August Wilhelm von Preußen.<sup>296</sup>

Die Saat der Faschisten und ihre Hintermänner ging Schritt für Schritt auf. So berichtet die Norddeutsche Zeitung (KPD) unter dem 30.10.1930 über eine Versammlung der NSDAP in Lübeck mit dem Thema „Das Verhältnis der Nationalsozialisten zum Privateigentum.“ Namhafte Wirtschaftsführer Lübecks wie der Inhaber eines großen Tuchlagers und Mitglied der DVP, Konsul Herman Gustav Stolterfoth und Konsul Boie und andere, schreibt die Zeitung, hätten den Bannemanns<sup>297</sup> (NSDAP) und Albrechts (Gauleiter im Nazi-Gau Mecklenburg-Lübeck, der den Vortrag hielt), Beifall gezollt.<sup>298</sup>

Ein derartiges öffentliches Bekenntnis eines Teils der Lübecker Stadtelite zu Nazi-Führern im Jahre 1930 zeigt, dass die Bereitschaft der bürgerlichen Elite, sich mit nationalsozialistischen Zielsetzungen und deren Führungspersonen anzufreunden, wesentlich früher im Freistaat bereits enttabuisiert war. Von einer Distanzierung oder gar Gegenwehr, etwa schon zu Beginn der 1920er Jahre, ist nichts bekannt. Noch 1926 - nach der Aufdeckung

<sup>292</sup> Jasper, 171; für ein fortdauerndes Verbot der NSDAP lagen im Übrigen seit 1923 hinreichende Gründe des Schutzes der verfassungsmäßigen Ordnung vor: Hitlers Denkschrift vom 16.5.1923 ließ keinen Zweifel an der faschistischen und aggressiv kämpferischen Zielsetzung der NSDAP, darin hieß es u.a.: „Die nationalsozialistische Bewegung ist demgemäß Todfeindin des heutigen parlamentarischen Systems. Sie bekämpft die demokratische Majoritätsauffassung und wünscht an ihre Stelle eine germanische Demokratie der Führerautorität.“ Zit. Piper, 111

<sup>293</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Harry\\_Naujoks](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Harry_Naujoks), 29.08.2021

<sup>294</sup> Puchtmüller, S.112

<sup>295</sup> Puchtmüller, S.112

<sup>296</sup> Puchtmüller, S.113.

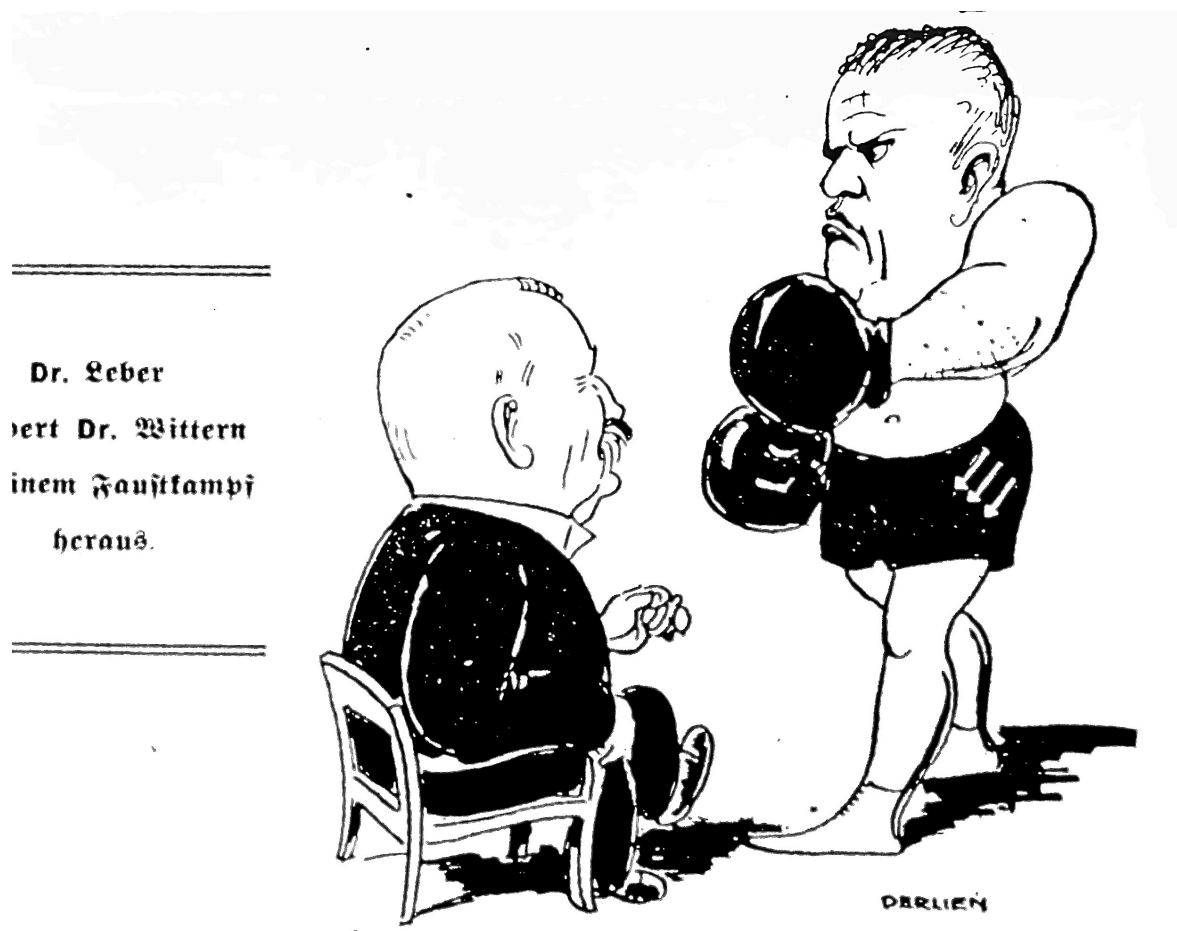
<sup>297</sup> (1902 - 1957) war auch Senator in Lübeck(1933-1940), [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_L%C3%BCbecker\\_Senatoren](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%BCbecker_Senatoren), 16.10.19

<sup>298</sup> Heraus zum Kampf, a.a.O. (FN 94), S. 270. Die „Norddeutsche Zeitung“ war das Organ des KPD-Bezirk Wasserkannte, zu dem auch Lübeck gehörte: Nachweis ebda.



des Putschversuches - sieht etwa Gerd Düesberg in seiner Darstellung zur Landesverfassung keinerlei Anlass von „Feinden der Republik“ zu sprechen.<sup>299</sup>

Julius Leber war damals längst zur Zielscheibe aller faschistischen Kräfte im Freistaat geworden, ohne dass sich von den anderen bürgerlichen Parteien oder von Seiten der örtli-



Karikatur bei Knie, S.39

chen konservativen Presse Widerstand gegen die sichtbare beginnende Barbarei geregt hätte. Der *Lübecker Generalanzeiger* war in Hugenbergs Händen und die *Lübeckischen Blätter* wurden von einem völkischen Rassisten geleitet. Diese Verhältnisse erklären auch das Schweigen der diese Presseorgane stützenden Kreise der Gemeinnützigen oder von Wirtschaft und Kultur gegenüber den erschreckend völkischen Debatten in der Bürgerschaft der Stadt.

<sup>299</sup> Düesberg, 12; Düesberg war 1935 Leiter des Presse- und Werbewesens bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn, Adressbuch 1935, 95

Der Lübecker Historiker Wolfgang Muth beschreibt die beispielhaft entschlossene Gegenwehr Lebers im Gegenüber der völkischen Kräfte. Da gab es kein Hin und Her, Ja und Aber, kein vorsichtiges nach allen Seiten Absichern:

*„Im Juli 1923 wollte der „Schwartauer Hakenkreuzbund“<sup>300</sup> eine Fahnenweihe feiern. Die Lübecker SPD rief zu einer öffentlichen Gegendemonstration auf, an ihrer Spitze marschierte Leber. Nach gewalttätigen Auseinandersetzungen zogen sich die Völkischen in eine Gaststätte zurück und verbarrikadierten sich. Leber gelang es, Zugang zu dem Lokal zu bekommen, und erreichte die Übergabe der Fahne an ihn gegen die Zusage, dass die Lübecker Sozialdemokraten sich zum Schwartauer Markt zurückziehen würden.*

*Im Sommer 1924 beantragte die deutschvölkische Fraktion in der Bürgerschaft, einen Gedenkstein für Albert Leo Schlageter in Lübeck zu errichten.<sup>301</sup> Der junge Mann hatte während der Besetzung des Ruhrgebietes durch Belgien und Frankreich Attentate auf die ausländischen Besatzungstruppen verübt und war deshalb von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden.*

*Leber sprach vehement gegen den Antrag. Schlageter sei durch die nationalistische Propaganda verhetzt worden und habe durch seine Taten der „Hetzpropaganda Poincarés in Frankreich“ ungeheueren Vorschub geleistet. Das Nationalgefühl der Sozialdemokratie sei durch die Achtung anderer Nationen geprägt. Nur gegenseitiges Verständnis könne zu einem langfristigen Weltfrieden beitragen. Damit zog er sich zum ersten Mal den Zorn der Völkischen zu. Erste Drohungen gegen ihn wurden öffentlich ausgesprochen.*

*1926 kam es in der Bürgerschaft zu einer Debatte über die Einbürgerung von Juden, in der er der Rechten antisemitische Motivationen unterstellte. Die Deutschvölkischen hielten ihm vor, dass er wahrscheinlich selbst Jude oder jüdisch versippt sei. Leber verwahrte sich scharf dagegen und warf seinem Hauptwidersacher vor, er könne ihn dann mit dem gleichen Recht einen Indianer nennen.*

*Die Auseinandersetzung zwischen ihm und den stärker werdenden Nationalsozialisten verschärften sich immer mehr. Schon 1930 drohte ihm der NS-Bürgerschaftsabgeordnete Hoffmann: „Es kommt einmal die Stunde, wo wir an ihre Tür klopfen werden mit den Worten: „Herr Dr. Leber, es ist so weit!““ In der Öffentlichkeit wurde von Seiten aufgehetzter Nationalsozialisten verkündet: „Zwei Stunden nach unserem Sieg hängt Leber auf dem Marktplatz.“<sup>302</sup>*

---

300 Nach Knie, 30, handelte es sich bei den Auseinandersetzungen am 1. Juli 1923 in Schwartau um eine Versammlung der Bismarckjugend, der Jugendorganisation der DNVP (Hugenberg): „Die Schwartauer Schlacht gegen Kinder“.

301 Am 26.5.1924 fand im Dom unter Anwesenheit Bürgermeister Dr. Neumanns und Senator Dr. Vermeeren eine Gedächtnisfeier statt. Ein Findling als Denkmal wurde im Garten des Hindenburghauses (Abgerissen für Bau des Landgerichtes) errichtet, Knie, 41

302 Hinweis im Lübecker Volksboten vom 9.3.1932

Insgesamt entwickelte sich Leber für die Lübecker NSDAP zu ihrem schlimmsten Feind.<sup>303</sup> Noch nach der Machtübertragung am 30.1.1933 hieß es in der nationalsozialistischen Propaganda im Zusammenhang mit Berichten über frühe Widerstandstaten oder die Verhaftung von Nazi - Gegnern immer wieder: „Die Saat des Hetzers Leber ist aufgegangen!“ In einem Artikel des Lübecker Generalanzeigers vom 2. Februar 1933 über eine Versammlung der Nationalsozialisten am Vorabend hieß es:

*„Der letzte Redner des Abends, Glasmeier, hob hervor, dass, wo Leber spreche, immer Blut zugeschrieben werden. (...) Nicht die Sozialdemokratie und nicht die KPD seien (...) für die Bluttaten verantwortlich, einzig und allein Dr. Leber.“<sup>304</sup> Das sei schon so gewesen, als es noch gar keine Nationalsozialisten in Lübeck gegeben habe. (...) Alle Lübecker Bluttaten müssten den Hetzartikeln des Amtsblattes (gemeint ist hier der Volksbote) zugeschrieben werden.“*

1932, nach dem Preußenschlag, d.h. nach der verfassungswidrigen Absetzung der SPD-geführten Regierung unter Otto Braun in Preußen am 20. Juli 1932 durch die erste Notverordnung Hindenburgs wird Reichskanzler Papen Reichskommissar Preußens,<sup>305</sup> verschärfte sich der Gewaltkurs. Den Tag nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler hätte Julius Leber, ohne persönlichen Leibwächter, der in Notwehr einen in der Nacht angreifenden SA-Mann erstach, nicht überlebt.<sup>306</sup>

Ausblick: Karl-Heinz Roth beschreibt die sofort nach dem 30.1.1933 gerade in den Hansestädten ausbrechende Barbarei in der Verfolgung von Sozialisten und anderen bekannten Verteidigern der Republik:

*„Ende Februar 1933 kam in den freien Hansestädten eine terroristische Verfolgungskampagne gegen ihre Kader und Anhänger in Gang, die auf Reichsebene kaum ihresgleichen hatte. Der Aktionsradius der traditionell hocheffizienten politischen Polizeibehörden wurde durch „Kommandos z.b.V.“, die Aufwertung der SA-Rollkommandos zu Formationen der „Hilfspolizei“ und die Einrichtung hansestädtischer „Schutzhaft“-Lager schlagartig erweitert. Wer sich gegen den Umbruch offen zur Wehr setzte, war bald mit Terrorpraktiken konfrontiert, die nicht nur alle bis dahin gemachten Repressionserfahrungen weit übertrafen, sondern gerade in den Hansestädten auf der Seite der politischen und wirtschaftlichen Machttträger des neuen Regimes eine kompromißlose klassen-politische Kampfstellung zum Ausdruck brachten“.<sup>307</sup>*

<sup>303</sup> Vgl. auch die völkische Darstellung von Knie, 3f.

<sup>304</sup> Wolfgang Muth, Dr. Julius Leber-Leben und Werk, Vortrag Julius Leber Schule am 19.8.2011

<sup>305</sup> Siehe dazu Arnold Brecht, Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen, Zweite Hälfte 1927-1967, Stuttgart 1967, 181 ff.

<sup>306</sup> Julius Leber, [https://de.wikipedia.org/wiki/Julius\\_Leber](https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Leber) 16.10.2019

<sup>307</sup> Das Großbürgertum der freien Hansestädte und der Faschismus, in: Arno Klönne/Karl A. Otto/ Karl Heinz Roth (Hg.), Fluchtpunkte. Das soziale Gewissen der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003, S.1 - 31, insbesondere S.9; Zu Bremen vgl. auch Jörg Wollenberg, Von den „Ideen von 1914“ zum Geist von Potsdam 1933“ - Ludwig Roselius und Richard von Hoff „gegen Kriegsschuldliche und Versklavung“ und für die Volkshochschulen als „heilige Pflanzstätten der Wiedergeburt Alldeutschlands aus germanischem Geist“, Bremen Vampyr Stadt neu vhs.pdf

Dieses krasse Fehlen jeglichen bürgerlichen Anstands beweist erneut die - oben dargestellte - lange Dauer der Auswirkungen des tiefsitzenden Doppelbinderprozess aus Hass und Gewalt. Der im Kaiserreich herrschende Kulturpessimismus hatte schon lange vor dem 30. Januar 1933 große Teile der bürgerlichen Elite der Hansestadt Lübeck erfasst. Die niedrigsten Instinkte warteten auf ihren kollektiven Einsatz.

## VI. Pflänzchen oder Blumenstrauß : Arbeiterkultur versus Elitenkultur

Zweifelloos war die in der Johannisstraße 46, im Gewerkschaftshaus, organisierte Arbeitswelt und deren Kultur<sup>308</sup> im Freistaat Lübeck in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts kein bloß aufkeimendes Pflänzchen. Es wurde mit der Industrialisierung und steilen Bevölkerungsentwicklung Ende des 19. Jahrhunderts ein immer größerer und bunterer Blumenstrauß. Die industrielle Entwicklung der Boomjahre des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts ließ die Handels- und Hafenstadt derart wachsen, dass am 1.11.1911 mit über 100.000 Einwohnern endlich die Bezeichnung „Großstadt“ erreicht werden konnte.<sup>309</sup>

Die Freie- und Hansestadt Lübeck war seit 1871 und bis zu ihrer Eingliederung in die Provinz Schleswig-Holstein 1937 neben Bremen und Hamburg eine der drei Republiken der im Kaiserreich 25 bzw. 26 (mit Elsass-Lothringen) Bundesstaaten des Deutschen Reiches. Die anderen Bundesstaaten waren Monarchien bzw. Fürstentümer. Lübeck rangierte nach der Einwohnerzahl von 1871 mit ca. 40.000 zwar an drittletzter Stelle der Bundesstaaten. In der Weimarer Republik waren es dann (nach 1920) noch 18 Bundesstaaten.

---

<sup>308</sup> Kastner; vgl auch die Zusammenfassung zu Bourdieu: <https://www.getabstract.com/de/zusammenfassung/die-feinen-unterschiede/6945>

<sup>309</sup> Vgl. zur Entwicklung des Lübecker Bürgertums auch Geist, 31 mit dem Datum 1.11.1911

Auch hier blieb der Freistaat mit 130.000 Einwohnern (1925) an drittletzter Stelle, vor Mecklenburg-Strelitz mit 110.000 und Schaumburg-Lippe mit 50.000 Einwohnern.<sup>310</sup> Zum Vergleich: Die beiden größten Bundesstaaten waren Preußen mit 38.117.000 und Bayern mit 7.480.000 Einwohnern. Ein völlig unausgewogenes Verhältnis der Einzelstaaten, das schon Arnold Brecht, der mit der Reichsreform befasst war, auf dem Verfassungstag in Lübeck 1928 beklagte.<sup>311</sup>

Die rasante industrielle Entwicklung Lübecks erklärt auch den zunehmenden Erfolg der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien in Lübeck.<sup>312</sup> Die sozialistische SPD unter Theodor Schwartz, die Gewerkschaften, später ab 1918 auch die KPD, machten weit mehr als 50% der Wähler:innen aus und selbstredend galt das auch für die Mehrheit der inzwischen auf über 120.000 angewachsene Lübecker Bevölkerung. In den sechs Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1932 wurde die SPD mit Ausnahme der Wahlen vom 14.11.1926 (44,4% Hanseatischer Volksbund, SPD 42,9%) jeweils stärkste Partei. Erst in der Wahl am 6.3.1933 erhielt die NSDAP 42,8% gegenüber der SPD 38,3%.<sup>313</sup> Die SPD hatte in Lübeck 1894 noch 500, 1914 bereits 8034 Mitglieder.<sup>314</sup> In der Regierung des Stadtstaates (Senat) hatte sie allerdings von 1919 bis 1932 keine Mehrheit.

An der alten Elitenkultur<sup>315</sup> änderte die Revolution 1918/19 in Lübeck nichts. Das Radikal Neue nach der Revolution wie in Berlin, Kiel und München fiel hier aus. Die ökonomisch-kulturelle Hegemonie der Stadtelite blieb unverändert erhalten. Man denkt unwillkürlich an 1848: In Thomas Manns Roman „Die Buddenbrooks“ fordert die aufgebrauchte Menge eine Republik, und als Konsul Buddenbrook beschwichtigt: "Aber ihr habt doch schon eine", entgegnet Carl Smolt, einer seiner Arbeiter: "Dann wollen wir noch eine."

Bürgermeister Erwin Ferdinand Fehling blieb Regierungschef und der vorrevolutionäre Senat blieb unter Aufnahme von vier SPD-Senatoren im Amt - im Gegensatz zu den Regierungen aller anderen 17 Bundesstaaten. Fehling sorgte, auch mit der Wahl seines Nachfolgers, für vaterstädtische Kontinuität. Diese vaterstädtische Kontinuität spiegelt sich auch in der Doppelfunktion Neumanns von Bürgermeisteramt und Vorsitz des staatlichen Kirchenrates. Trotz der in der Weimarer Verfassung verfüigten Trennung von Staat und Kirche, signalisierte diese Verbindung der beiden höchsten Ämter des Freistaates den Anschein einer Fortgeltung geistlichen und staatlichen Regiments in einer Hand.

310 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1084230/umfrage/zahl-der-einwohner-in-der-weimarer-republik/>

311 Blocker, 141

312 Zur Entwicklung der Reichstagswahlen 1871- 1912: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de), Wahlen im Kaiserreich; zur industriellen Entwicklung: Klinsmann

313 Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1933, in Ergebnisse der Kommunalwahlen in Lübeck, [de.wikipedia.org](http://de.wikipedia.org), 16.10.2019

314 Stegmann Radikalisierung, 40

315 Vgl. das von Freche, 138

Kontinuität bestand auch in der fortdauernden Spaltung der Kulturen der Stadtgesellschaft vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis 1933.<sup>316</sup> Hansjörg Buss schildert das kurzfristige Einlenken der reaktionären Kirchenleitung in ihrem Kampf gegen die Republik nach 1918. Das mag auf Bürgermeister Neumann, den Vorstand des Kirchenrates, zurückzuführen gewesen sein, der die Entscheidung zur Teilnahme der Kirche am Nationalfeiertag, dem Verfassungstag am 11. August, gegen heftige innerkirchliche Kritik durchsetzte,<sup>317</sup> wohl um seine sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die Mehrheitsfraktionen in der Bürgerschaft nicht zu verprellen.

Die Ablehnung der Teilnahme an der Feier zum Nationalfeiertag (11.8.1921-11.8.1932) hätte auch zur Unzeit Gegenwind aus Berlin verursacht. Dort hatte der Lübecker Ministerialdirektor Arnold Brecht den ersten Verfassungstag 1921 auszurichten.<sup>318</sup> Ungebrochen blieb aber die tiefe Verachtung der bürgerlichen Elite des Freistaates und der Landeskirche gegenüber Republik und organisierter Arbeiterschaft.<sup>319</sup> Karsten Blöcker hebt zwar zu Recht die Würdigung der Weimarer Verfassung u.a. durch die Reden Gustav Radbruchs, Arnold Brechts und anderer Befürworter an den jeweiligen Nationalfeiertagen von 1921 bis 1932 hervor. Hatten diese offiziellen Darstellungen aber Einfluss auf die Lebenswelt im Alltag?

Eine durchgreifende Wirkung der „hohen Stimmung“ an solchen Tagen ist zu bezweifeln. Der tiefe Graben und den sich darin verbergenden Hass und Kulturpessimismus, den die Schreiber der führenden Presseorgane gegen die Republik verbreiteten, war doch eher die Realität.<sup>320</sup> Die Spaltung und Kompromisslosigkeit von organisierter Arbeitswelt und Elitenkultur zeigt sich denn bei der Reichsfreiheitsfeier 1926. Sie kommt in den Vorbereitungen der als Haupt- und Staatsaktion des Jahres 1926 angelegten 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit deutlich zum Ausdruck. Deren Bedeutung war aus Sicht von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat Lübecks überhaupt nicht zu überschätzen.<sup>321</sup> Sie ist das wohl wichtigste Ereignis des Freistaates in der Weimarer Zeit.

Die Vorbereitungen begannen ein Jahr zuvor. Bürgermeister Neumann, der die Vorbereitung leitete, erklärte noch am 17. Juni 1925 im Bürgerschaftssaal des Rathauses pathetisch,

*„dass die Feier nur veranstaltet werden könne, wenn sie eine gemeinsame Angelegenheit der gesamten lübeckischen Bevölkerung und über jeden Streit und Gegensatz de*

---

316 Leber, Arbeiter/Bürger, LVB 2. September 1921, S.1: Zur Eröffnung der Nordischen Woche, die am 1.9.1921 eröffnet wurde, begleitet von großen Demonstrationen der Arbeiterschaft gegen die Feinde der Republik, fünf Tage nach der Ermordung Erzbergers, am 26.8.1921; Freche, 105, 138

317 Buss, 117

318 Blöcker, 139

319 Buss, 56

320 Eine gute Zustandsbeschreibung der wirtschaftlichen Lage der sozialdemokratischen Presse gibt LVB vom 8.10.1923, 1. Beilage: „Erhaltet die proletarischen Kampfmittel“.

321 vgl. Krogel

*Meinungen, der Parteien, der Berufe, der Konfessionen und der sozialen Schichtung hinausgehoben werde.“<sup>322</sup>*

Von der Organisation von Anfang an ausgeschlossen waren indes, entgegen der hohen Worte des Bürgermeisters, die Bürgerschaftsvertreter:innen<sup>323</sup> der werktätigen Bevölkerung in der Stadt, die Mitglieder von SPD und KPD, die über 50% der Stimmen des Parlaments vertraten, und damit auch die Gewerkschaften, also praktisch die Vertretung des größten Teils Stadtbevölkerung.<sup>324</sup>

Die Sozialdemokraten hatten die Beteiligung abgelehnt,<sup>325</sup> nachdem Dr. Neumann und die ihn tragenden Fraktionen darauf bestanden hatten, die Feierlichkeiten unter der (neutralen) Lübecker Flagge und nicht unter der offiziellen Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold stattfinden zu lassen. Bei der außerordentlich hohen symbolischen Bedeutung der Flaggenfrage für die Weimarer Republik war hier ein Kompromiss zwar kompliziert, aber durchaus naheliegend. Der Vorschlag, statt der Reichsflagge (nur) die Lübecker Farben zu zeigen, war - bei der politisch hochstreitigen Flaggenfrage absehbar - nicht annehmbar. Ein Kompromiss lag auf der Hand: nämlich beide Symbole, d.h. Stadt und Republik - zu verbinden. Diese Lösung war für Neumann 1926 nicht akzeptabel. Mit der demokratischen Republik (Schwarz-Rot-Gold) hatte er nichts zu schaffen. Bei der Eröffnung der Nordischen Woche hingegen, am 1.9.1921, war die offizielle Beflaggung noch - trotz erheblichen Widerstandes der alldeutschen Seite - der Kompromiss: die Lübecker Farben und diejenigen der Republik.<sup>326</sup>

Die völkische Sichtweise kommt auch bei der Vorstellung des neumann'schen Konzeptes der Feierlichkeiten zum Ausdruck. Krogel beschreibt und bewertet den Inhalt der anlässlich dieses Auftaktes im Rathaus zu den eigentlichen Festvorbereitungen von Neumann im Namen des Ausschusses (Hauptausschuss der Gemeinnützigen) vorgelegten (nicht veröffentlichten) Denkschrift, in der der Bürgermeister die Leitlinien und Ziele der Jubiläumsveranstaltung skizzierte:

*„Das köstlichste Gut, das sich Lübeck aus den Tagen des Mittelalters bis in die Neuzeit bewahrt hat und hoffentlich für alle Zeiten bewahren wird“, schrieb Neumann, „ist die Reichsfreiheit.“ Die Urkunde bilde den krönenden Abschluß einer Linie von Beziehungen der Stadt zu den Großen des Reiches von Heinrich dem Löwen über Friedrich I. Barbarossa zu Friedrich II. Nicht erwähnt wurde allerdings der gräflich-schauenburgische Gründer Lübecks von 1143. Das „Geschenk der Freiheit aus dem fernen*

<sup>322</sup> Enns, 93; eine gute Beschreibung des Kulturkreises eines Arbeiterkindes in Lübeck mit seinen Einrichtungen gibt Brandt, Links und frei, 23; lesenswert zur Lage der konservativen Parteien in Schleswig-Holstein Dirk Stegmann, Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein

<sup>323</sup> [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Mitglieder\\_der\\_L%C3%BCbecker\\_B%C3%BCrgerschaft\\_1926](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Mitglieder_der_L%C3%BCbecker_B%C3%BCrgerschaft_1926) (darunter sieben Frauen)

<sup>324</sup> Buss, 56ff.

<sup>325</sup> Vgl. dazu LBV vom 29.5.1926 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/LBV-29.5.26-700-Jahrfeier-warum.pdf>

<sup>326</sup> Vgl. zu dem Streit Leber, LBV 2.9.1921

*Lande Italien" soll „Anerkennung ihrer dem Reiche geleisteten Dienste" gewesen sein. Der „Dienst" aber habe vor allem darin bestanden, „das fremde Joch abzuschütteln" und „Lübeck wieder deutsch" werden zu lassen.*

Nach dieser Chronologie befreite sich Lübeck von Dänemark und erhielt dann zum Lohn die gewünschte urkundliche Bestätigung, während bekannt war, daß die Schlacht von Bornhöved, an der sich Lübeck im Bunde mit den norddeutschen Fürsten zum ersten Mal militärisch gegen den dänischen König stellte, erst 1227, d.h. nach der Erwirkung der Freiheitsgarantie stattfand. Ein Privileg, das für 1226 nach unserem heutigen Verständnis wohl eher die zukünftigen Absichten Lübecks zu belegen in der Lage wäre, begegnet uns in der Darstellung Neumanns als der gerechte Lohn für selbständige Leistung, Durchsetzungskraft und vaterländischen Dienst. Initiator sei das Reich gewesen.

*Diesen Status einer deutschen Reichsstadt sollte es zu verdanken gewesen sein, daß Lübeck sich zum Haupt der Hanse, des Ostseehandels und zum Ausgangspunkt für die Verbreitung „deutscher Kultur und deutschen Lebens in den Randstaaten des Ostmeeres" entwickelte.*

*In Analogie zur Stellung Lübecks im Mittelalter verwies Neumann auf die „unabhängige Stellung als freie Reichsstadt und selbständiger Bundesstaat, der ihm die Möglichkeit gegeben hat, aus eigener Kraft und fußend auf einer alten, großen Tradition sich eine achtungsgebietende Stellung im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes wieder zu erringen". Die Analogie zwischen der Privilegierung von 1226 als Bedingung von Macht und Wohlstand und der Eigenstaatlichkeit in „neuester Zeit" sollte ein aktuelles wirtschaftliches Entwicklungspotential Lübecks suggerieren. Bürgermeister Neumann führt seine Argumentation für die Jubiläumsfeier mit folgenden Worten fort:*

*„Die heutige Wirtschaftspolitik (...) ist ohne eine kräftige Werbung nicht mehr denkbar. (...) Daher ist es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen geradezu ein Gebot der Selbsterhaltung für Lübeck, an dieser einzigartigen Möglichkeit, mit einer vornehmen Werbung durch die Jubiläumsfeier seiner Eigenschaft als freie Reichsstadt an die Öffentlichkeit zu treten, nicht vorüberzugehen."<sup>327</sup>*

Diese Weltsicht und Geschichtsauffassung der Rolle Lübecks im neumann'schen Konzept der 700-Jahrfeier von 1926 deckt sich bei näherer Betrachtung im Wesentlichen mit den 10 Jahre später geäußerten Vorstellungen der Rolle des Stadtstaates in der vom Faschisten Paul Brockhaus, des Schriftleiters der Lübeckischen Blätter und des Wagens und geistigen Mentors der Gemeinnützigen herausgegebenen Wagens von 1936, einer nationalsozialistischen Bekenntnisschrift. Die Gemeinnützige repräsentierte - so Manfred Eickhölter - ca. ein Prozent der entscheidenden Lübecker Elite: „Kaufleute, Industrielle, Ärzte, Rechtsan-



wälte, Lehrer, Verwaltungsbeamte, Ingenieure, und kreative Freiberufler wie Architekten“.<sup>328</sup>

Eine solche radikal-völkische Ideologie teilten die Sozialisten unter Lebers Führung ebenso wenig wie die Kommunisten. Neumann, der wie auch schon sein „Ziehvater“ Possehl in einer geistigen Landschaft alld deutscher Weltmachtvorstellungen auch für seine Stadtrepublik lebte, schlug sich mit dieser Entscheidung öffentlich auf die völkische Seite.

Er hatte die Organisation kurzerhand, um dem Streit in der Bürgerschaft über Flaggenfrage und inhaltliche Auseinandersetzung zu entgehen, auf die Gemeinnützige übertragen, die zur Vorbereitung einen „Hauptausschuss“ unter Leitung des Bürgermeisters bildete.<sup>329</sup> Bei der damaligen völkischen Ausrichtung der Gemeinnützigen konnte er sicher sein, dass sich die Sozialisten am Hauptausschuss nicht beteiligen würden. Die Finanzierung ist dann privat über eine Lotterie mit der sogenannten Jubelkugel sichergestellt worden. Eine geniale Idee des Schwiegersohns Neumanns, des Museumsdirektors Dr.Heise.<sup>330</sup>

Man konnte im nachrevolutionären Lübeck die Repräsentanz der Mehrheitsbevölkerung bei der Vorbereitung der wichtigsten symbolischen Handlung der „Königin der Hanse“, die Erinnerungsfeier an die Aushändigung der Reichsfreiheitsurkunde durch Friedrich II. 1126<sup>331</sup>, offenbar einfach ausblenden. In der 1926 783-jährigen Stadtgeschichte spielte die Lebenswelt der Arbeitnehmer:innen aus Sicht der Stadtelite - ob nachrevolutionär oder nicht - dann offenbar auch keine Rolle.<sup>332</sup>

Die SPD-Mitglieder in Senat und SPD und KPD in der Bürgerschaft ließen die neumann'sche ideologische und organisatorische Ausrichtung der Feier wohl auch deshalb zu, weil sie vom 10. Februar 1924 bis 10. November 1926 weder im Senat noch in der Bürgerschaft die Mehrheit hatten. In den sechs Bürgerschaftswahlen von 1919 bis 1932 wurde die SPD mit Ausnahme von 1926 bis 1929 zwar jeweils stärkste Fraktion in der Bürgerschaft.<sup>333</sup> Allerdings obsiegte in der Bürgerschaftswahl am 10.2.1924 nach der vorangegangenen und verlorenen Volksabstimmung über die Auflösung des Senats, das bürgerliche Lager gegen-

---

<sup>328</sup> Eickhölder, Manfred, Vom Stadtstaat zur ausgestellten Stadt, in Lokers, S. 147-160, S.148 ff.

<sup>329</sup> Krogel, 235

<sup>330</sup> Krogel, 234

<sup>331</sup> Zur überragenden Bedeutung dieser Feier vgl. Krogel, 231 f.

<sup>332</sup> Bei Krogels Beschreibung des Programms unter dem Motto: „Freiheit, Gemeinsinn und deutsche Nation als Faktoren der Standortförderung“ fehlt denn auch jeder Hinweis auf die Arbeits- und Sozialgeschichte der Hanse oder eine Auseinandersetzung mit Fragen ihres Beitrages zur Demokratieentwicklung der staatlichen Institutionen in Vergangenheit und Zukunft, 232

<sup>333</sup> Erst in der Reichstagswahl am 5.3.1933 erhielt die NSDAP in Lübeck 42,8% gegenüber der SPD 38,3%.

über KPD und SPD mit 42 von 80 Sitzen.<sup>334</sup> Von 1921 bis 1929, also acht Jahre lang, hatten die Sozialisten keine Mehrheit.

Die sichtbare Geringschätzung gegenüber der Vertretung der Arbeiterschaft bei gleichzeitig erzwungener Duldung dieses Affronts legt zugleich offen, wie wenig das Narrativ vom *Roten Lübeck* auch im kulturellen Bereich Lübecks in der Weimarer Republik begründet war.<sup>335</sup> Die Hegemonie in kulturellen Angelegenheiten lag nach wie vor gänzlich bei den Vertreter:innen der reaktionären *Konservativen Revolution*.

Der allseits gebildete Oberschichtler und Katharineer Neumann war in gewissem Sinn dafür das Lübecker Sprachrohr.<sup>336</sup> Er hatte - wie dargestellt - von Hugenberg, Possehl und anderen Verächtern der Republik gelernt, wie man regiert, wie man symbolträchtig öffentlich vermittelnd auftritt, um dann die konterrevolutionären Fäden im Hintergrund zu ziehen.

Die erneute Wahrnehmungs-Verschiebung - jetzt in der Nachkriegszeit der BRD nach 1945 - von einer nach Ende des Kaiserreichs in Lübeck herrschenden *Elitenkultur* hin zu einer damals im nachrevolutionären Lübeck der 1920er Jahre angeblich herrschenden *Arbeiterkultur* (*Rotes Lübeck oder Rote Stadt*) sind nach alledem Fake News.<sup>337</sup>

Man wollte sich nach 1945 offenbar nicht vorstellen müssen, dass trotz Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, der Verabschiedung der demokratischen Weimarer Verfassung 1919 und der von 1919 bis 1924 und von November 1926 bis 5. März 1933 bestehenden Majorität von KPD und SPD im Landtag (Bürgerschaft) kulturell alles bei der *Elitenkultur* des vorrevolutionären Lübeck geblieben war: in Kirche, Medien, Staatsverwaltung, Schule<sup>338</sup>, Kindergarten, Reichsuniversitäten<sup>339</sup> - nichts hatte sich grundlegend geändert.<sup>340</sup>

---

334 Anders lagen nach dem Kapp-Putsch die Verhältnisse im Reich. Mit dem Verlust der Mehrheit der Weimarer Koalition in den Wahlen vom 6. Juni 1920 aus SPD (163 auf 113), Zentrum (91 auf 69 - Abspaltung der Bayerischen Volkspartei) und Demokraten (75 auf 45) hatte die deutsche demokratische Republik „ihre tödliche Wunde erhalten“, wie das Arnold Brecht, Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1894-1927, Stuttgart 1966, S. 309 schreibt. Bis zum Ende der Republik fand sich keine demokratische Mehrheit wieder.

335 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, Frankfurt 2008, 293: allgemein.

336 So sieht das wohl auch Ida Boy-Ed, Essays und Autobiographisches, S. 47

337 Anderer Auffassung: Lokers, Freche, 339. Selbstverständlich gab es starke rote Milieus, also die sozialdemokratische Parallelwelt in den Orten der „werk tätigen Bevölkerung.“ Die Rote Stadt Lübeck, also eine im Freistaat herrschende sozialistische Kultur indes, existierte nicht. Bei beiden Autoren fehlt für eine solche These der Nachweis. Die Verbreitung des LVB steht bei der geringen Auflagenhöhe (14.000) und angesichts des Selbstzeugnisses Lebers, etwa zum Verfassungstag 1924, dafür nicht: LVB 9.8.1924, 1; vgl. auch Buss Kritik an Freche, Rezension

338 Lübecker Volksbote vom 8.6.1921: Siegfried Kamerau, „Proletariat und 'höhere Schule'“

339 Schwabe

340 Wollenberg, VHS, 4

Dafür ist auch die zögerliche Haltung des in Lübeck geachteten Thomas Mann ein gutes Beispiel. Er war ein hochsensibler Seismograph der jeweiligen politischen Lage. Nach der Veränderung der Machtverhältnisse im Reich, Anfang der 1920er Jahre, hatte er sich zwar der Republik angenähert. Offenbar scheute er aber noch 1926 vor einer öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Elite seiner Heimatstadt zurück.<sup>341</sup>

Ganz im Gegensatz zur starken frühen publizistischen Festlegung gegen den völkischen Nationalismus seines Bruders Heinrich. Noch nach dem 12. Mai 1926, also sieben Jahre vor der Nazi Herrschaft, als die städtische Gesellschaft in Lübeck durch das Aufliegen des Lübecker Putschversuches hätte aufschrecken müssen, wäre ein starkes Wort von ihm für die Anhänger der Republik hilfreich gewesen.

Stattdessen deckte die pompös inszenierte Reichsfreiheitsfeier<sup>342</sup> die Katastrophe zu. Denn dort war von „Lübeck als geistige Lebensform“ die Rede (Titel des Vortrages von Thomas Mann am 5. Juni 1926 im Stadttheater) und kein Ton vom Präfaschismus in der Stadt, was angesichts der aktuellen geistigen und sozialen Verfassung des Freistaats und aufgrund der Ereignisse am 3. Juni 1926, d.h. des morgendlichen Rücktritts von Bürgermeister Dr. Neumann, nahe gelegen hätte.

Thomas Mann feierte indes im Wesentlichen sich selbst als das Beispiel des mit der Vaterstadt tief verbundenen Künstlers an sich und verlor kein Wort über die sich aufdrängende demokratische Verantwortung des Bürgers für sein Gemeinwesen, das gerade auseinander zu brechen drohte.<sup>343</sup> Stattdessen heißt es in seiner Rede abschließend:

*„Wir feiern ein Heimatfest, ein Fest städtisch-bürgerlichen Gedenkens. Da sind auch die weitgewanderten Künstler zur Stelle. Wie alles ist in der Welt entzweit, bergen sie sich in den Mauern der siebengetürmten Vaterstadt, um unter ihren Mitbürgern gute Zeit zu finden“.*<sup>344</sup>

Was er denn auch persönlich tat. Er feierte in der Wohnung Ida Boy-Eds im Burgtor, zusammen mit dem Dirigenten Hermann Abendroth und anderen, auch von ihm selbst eingeladenen Gästen, am 6. Juni 1926 seinen 51. Geburtstag und schaute sich den Festumzug von oben an.<sup>345</sup>

<sup>341</sup> Diese Einstellung zum Sturz Neumanns wird von Ida Boy-Ed bestätigt: s.o. S. 7

<sup>342</sup> Enns gibt einen guten Überblick über Lübecks 700-Jahr-Feier aus der Sicht des Bürgertums, 93-107, 93

<sup>343</sup> Die ätzende Kritik folgte am 8.6.1926 im Lübecker Volksboten auf Seite 1 der Beilage.

<sup>344</sup> Thomas Mann Lübeck, 55

<sup>345</sup> Thomas Mann, Briefe an Otto Grautoff 1894-1991 und Ida Boy-Ed 1903-1928, Frankfurt 1975, 230 ff.; zur Einschätzung des Lübecker politischen Geschehens vgl. die Schilderung Ida Boy-Eds oben unter Abschnitt A.

Über Neumann und die politischen Ereignisse hat man sich dort sehr wohl unterhalten.<sup>346</sup> Reinen Wein in der Öffentlichkeit einzuschenken, das hochgelobte „Lübecker Weltbürgertum“ zur Gegenwehr aufzurufen, war offenbar weder von den bürgerlichen Organisatoren der Feier noch von den auswärtigen Kennern der Stadt, die eingeladen waren, erwünscht. Ein mutiges Wort von Thomas Mann wäre 1926 indes dringend geboten gewesen.<sup>347</sup> Der Lübecker Volksbote hat die Festrede Manns am 8. Juni 1926 im Ergebnis jedenfalls wie folgt kommentiert:

*„Thomas Mann steht am Ende einer Epoche deutschen Geisteslebens, der bürgerlich-kapitalistischen. Das tut dem Range seiner Person so wenig Abbruch wie dem Range seines Werkes, das in aller Schönheit eben doch ein Werk des Abends, des Abschiednehmens ist.“*

*Von Goethe bis Thomas Mann wird, so meinen wir, in späterer Zeit dieses Kapitel deutscher Geistesgeschichte überschrieben sein; und er mag dann wohl Anspruch haben auf den Ehrentitel des letzten Bürgers, wie Kaiser Maximilian sich den Namen des letzten Ritters erwarb. Auf ihn folgte nur noch der allerletzte: Don Quixote<sup>348</sup>; mehr kann in seiner Art auf Thomas Mann auch nicht mehr folgen.“*

Man will in der elitären Stadtgesellschaft offenbar nicht sehen, welche erschütternden Folgen der tiefsitzende langjährige Hass auf und die Verachtung der „Interessen der werktätigen Bevölkerung“ (dem Untertitel des Lübecker Volksboten) in den im Katharineum herangezogenen Eliten Lübecks hatte. Ein zu verallgemeinerndes abschreckendes Beispiel ist

346 Thomas Mann, 233: Thomas Mann erkundigt sich im Brief am 23.5.1926 in Erwartung des Treffens mit Ida Boy-Ed ausdrücklich nach Neumann. Nach dem Fest am 16.6.1926 fragt er indes besorgt nach den 1.000 Mark Honorar, das bei „der Ausarbeitung der Rede eine „gewisse befürwortende Rolle gespielt hat“ (234).

347 Anders liegen die Dinge in der „Deutschen Ansprache“ vom 17.10.1930 im Berliner Beethoven-Saal mit seinem „Appell an die Vernunft“. Hier legte sich Thomas Mann - unter Protest der anwesenden SA-Leute - ohne wenn und aber auch politisch fest, vgl. dazu Wolf Lepenies, Kultur und Politik, Deutsche Geschichten, Wien 2006, Betrachtungen eines politischen Mannes, 71 ff., 81; Fritz Stern, 386: Thomas Mann habe als einer der ersten in dieser Rede „vor den geistigen und pseudogeistigen Zuflüssen, von denen die Hitlerbewegung gespeist werde“ gewarnt;

andere wiederum liest sich die „Unterwerfungserklärung“ Th. Manns anlässlich der Selbstaufgabe der Preussischen Akademie der Künste, Abteilung Dichtkunst, am 23. März 1933: Mann versichert, er habe „nicht im Geringsten die Absicht, gegen die Regierung zu wirken“ wolle sich aber künftig ausschließlich auf seine literarische Arbeit konzentrieren und gebe deshalb seinen Platz in der Akademie auf; nur Ricarda Huch ist kompromisslos. Obwohl sie nicht im Exil lebt und Deutschland auch später nicht verlässt, hat sie den Mut in aller Klarheit auszusprechen, was sie von der Selbstdemontage der Akademie hält, dass sie nicht bereit ist, ihr Recht auf Meinungsfreiheit aufzugeben, dass sie der Akademie die Kompetenz abspricht, sie zu Loyalitätserklärungen zu nötigen, und dass sie Hitlers Politik in verschiedenerlei Hinsicht auf das Schärfste ablehnt, Uwe Wittstock, Februar 33, München 2021, S.325;

wohl nicht zutreffend die Darstellung Thomas Manns im Leserbrief gegenüber der NYT vom 31. Oktober 1948: „... Zehn Jahre lang habe ich, sehr zu meinem persönlichen Nachteil, den wachsenden deutschen Nationalismus mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln öffentlich bekämpft und im heraufkommenden National – Sozialismus, als Einer von Wenigen, von Anfang an den Zerstörer Deutschlands und Europas gesehen...“, Thomas Mann, Leserbrief;

Volker Weidermann beschreibt in seinem Buch, Ostende, 1933, Sommer der Freundschaft, Köln 2014, S.100, das Gespräch von Kesten, Kisch, Toller, Zweig, Joseph Roth, die sich in Ostende im Exil befanden: Kesten: „... von ihm aus könnten alle Belgier und Franzosen hier Urlaub machen, solange Thomas Mann nicht komme. Und da sind sich alle einig, in ihrer spöttischen Ablehnung. Anfang des Monats hatte Mann auf der Europäischen Amnestiekonferenz in Brüssel eine Rede verlesen lassen. Sie war nicht schlecht, die Rede, das bestätigen eigentlich alle. Sie war klar und eindringlich. Ein Appell an die Machthaber in Deutschland, die Tore der Gefängnisse zu öffnen und alle politischen Gefangenen freizulassen. Allerdings hatte er hinzugefügt, dass die Welt dann erkennen werde, dass in Deutschland nicht Willkür, sondern der Geist regiere.“ »Er ist wirklich verrückt! Welcher Geist denn wohl?« fragt Toller. Sie nehmen es Thomas Mann übel, dass er so lange gezögert hat, bis er sich eindeutig zu den Exilanten bekannte. Dass er so lange versucht hat, es sich mit den Machthabern in Deutschland nicht zu verderben, um den deutschen Markt nicht zu verlieren. Hier haben ihn ja lange schon verloren, als Letzter Stefan Zweig, der sich als Einziger nicht am Sport beteiligt. Es ist Joseph Roth, der von dem Gerücht erzählt, Thomas Mann sei einem Bericht über den Kongress als Jude bezeichnet worden, und habe dies doch tatsächlich öffentlich dementieren lassen. Was für ein feiger Mensch! Und Roth sagt, dass der Dichter des Zauberbergs, der immer nur um Ausgleich und Neutralität bemüht sei, einfach den falschen Namen trage: „Mann“ - was für ein Missverständnis. Ich habe ihn immer nur als »Es« empfunden. «

348 vgl. den Vergleich Th. Manns mit Don Quixote aufgreifend auch Klaus Mann, Der Wendepunkt, S.68; oder die treffende Charakterisierung Th. Manns als Bourgeois durch Erich Mühsam in „Bürgerlichkeit als Lebensform“, Fanal 1926, in: Erich Mühsam - Thomas Mann - Heinrich Mann: Berührungspunkte dreier Lübecker (Schriften der Erich-Mühsam-Gesellschaft – 1. Januar 1996)

die unten geschilderte Einstellung und das Verhalten des Rektors dieser Elitenschmiede, Dr. Georg Rosenthal, zu Tochter und Schwiegersohn.

Julius Leber fasste die aus seiner Sicht - wegen der zögerlichen Haltung u.a. der SPD gegen die Feinde der Verfassung - wenig hoffnungsvolle politische Lage<sup>349</sup> im Volksboten vom Samstag, dem 9.8.1924, als Aufruf für den Nationalfeiertag am Montag, 11.8.1924, unter dem Titel „Fünf Jahre Republik“ - also schon fünf Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung - enttäuscht wie folgt zusammen<sup>350</sup>:

*„...Wir hatten die Macht. Wir hatten hinter uns diese endlos vorbeiziehende Menschenmacht, wir hatten hinter uns die Riesenkraft der Gewerkschaften. Und doch, was ist aus der deutschen Republik geworden? Was ist uns davon noch geblieben? Weshalb ist alles so verflogen und verweht? Weshalb müssen wir uns heute so bemühen, das Letzte noch zu retten? Die Form der Republik und die Farben der Republik?<sup>351</sup> Keine Rede mehr ist vom Geist der Republik!*

*Diese Frage muss gestellt werden. Sollen wir nicht in eigener Gleichgültigkeit immer tiefer von unseren Zielen abgetrieben werden. Und sie muss beantwortet werden, sollen wir nicht achtlos und unbelehrbar vorbeigehen an den drohenden Zeichen der Vergangenheit und der Gegenwart.*

*Morgen und übermorgen werden in den Massendemonstrationen Genossen sprechen, die diese Fragen beantworten können und beantworten müssen. Der Genosse Löwig war beim Aufbau des republikanischen Staatswesens in Lübeck dabei, der Genosse Sellin stand jahrelang an der Spitze der Republik Mecklenburg.*

*Sie mögen dem Volk, der Arbeiterschaft sagen, wo die Fehler für ihre Misserfolge liegen. Rücksichtslos aufdecken sollen Sie, wo das Volk gefehlt hat. Aber auch nicht verschweigen das, was die Führung verfehlt hat.*

*Nur eines kann uns weiterhelfen: dem Geschick kalt ins Gesicht schauen...“<sup>352</sup>*

Die Alldutschen trommelten mit den ihnen angeschlossenen Verbänden nach wie vor unermüdlich für die geistige Erneuerung und die ökonomische und militärische Stärkung des

---

349 LVB 23.10.1923, 2: Julius Leber "Reichszerstörer/Volksverderber- Höchste Not!": „Aber von einem sind wir überzeugt. Würde die Reichsregierung den Mut aufbringen, sich auf die zuverlässigste Stütze der Verfassung und der Republik, die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften zu stützen, so wäre das Reich jede Stunde stark genug, um alle Widerstände gegen den deutschen Einheitswillen zu brechen. Diesen Mut wird die Reichsregierung nicht aufbringen. Vorläufig wenigstens nicht!...Haben wir noch eine Regierung? Haben wir noch einen Senat? Nichts hört man in Berlin und nichts in Lübeck. Wie im Schlafwandel taumelt alles weiter, weiter, weiter...“

350 LVB 9.8.1924,1

351 Gemeint ist der Kampf um die Flaggen-Frage „schwarz-weiß-rot“ oder „schwarz-rot-gold“, dazu LVB, 20.Mai 1926; der Streit in der Flaggenfrage war auch der Grund für den Rückzug der Linken aus der Organisation der Jahrhundertfeier 1925/1926

352 Lübecker Volksbote vom 9.8.1924; als ich diese Worte las, wurde mir klar, welche Verzweiflung sich in diesem furchtlosen Kämpfer für die Republik über die Situation in Lübeck und im Reich Mitte der 20er Jahre wohl regen musste.

Reiches, eben für den „Griff nach der Weltmacht“<sup>353</sup> (im Sinne Fritz Fischers gleichnamigem Buch). Vor Ort, in Lübeck und anderswo, waren dabei alle Andersdenkenden, die Arbeiterparteien und freien Gewerkschaften „Feinde“. Es waren „Feinde“ und nicht „Gegner“.

Wir können uns heute nur schwer vorstellen, wie tief die Spaltung der Gesellschaft vor Ort ging und mit welchem bis in die Familien reichenden Hass auf Andersdenkende die beteiligten Milieus aufeinander reagierten.<sup>354</sup> Der Lübecker Schriftsteller Heinrich Mann hat das enge städtische Lübecker Milieu ganz zutreffend in seinem 1914 verfassten und 1918 erschienenen Roman „Der Untertan“<sup>355</sup> - wie dargelegt - beschrieben. In den beiden Tageszeitungen, *Generalanzeiger* und *Lübecker Volksbote* standen sich die Beschreibungen der politischen Sachlagen und die Ansichten über die handelnden Personen und ihre Motive diametral gegenüber. Einen guten Einblick gibt die Darstellung der Ereignisse um die Volksentscheid vom 6. Januar 1924 im *Generalanzeiger*, den Max Knie referiert und der Berichte des *Lübecker Volksboten* unter Leitung von Julius Leber.<sup>356</sup> Bürgertum und Arbeiterschaft bzw. ihre Vertreter lebten offenbar in anderen Welten. In dieser Redeschlacht begegneten sich die Hauptakteure der Lübecker Politik, Neumann und Leber.<sup>357</sup>

Als der promovierte, im Ersten Weltkrieg verwundete und mehrfach militärisch ausgezeichnete Leutnant und Journalist Julius Leber dann 1927 die Tochter Annedore (1904-1968) des Direktors des Lübecker Katherineums, Dr. Georg Rosenthal, heiratete, geschah das gegen den erklärten Willen der Eltern.<sup>358</sup> Denn die Maßstäbe für den Umgang der höheren Töchter in Lübecker gebildeten Kreisen waren damals eindeutig: Mit Sozialisten hatte man trotz Promotion, Kriegsteilnahme, Tapferkeitsauszeichnung, Offizierspatent nichts zu schaffen; erst recht nicht mit dem „roten Krawallmacher“ Leber.

Erst später wurde man sich bei den Rosenthals einig: im Widerstand gegen Hitler. Katharina Christiansen (1929-2008), die Tochter der Lebers, schildert, dass ihr Großvater, Georg Rosenthal, den Schwiegersohn „von zweifelhafter Herkunft“ niemals wirklich akzeptierte, und dass die Großmutter, Auguste Rosenthal, ihrer Tochter Annedore nie müde wurde zu erklären, „*Das haben wir alles deinem Mann zu verdanken.*“<sup>359</sup>

Georg Rosenthal nahm sich im März 1934 nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst das Leben, etwa zeitgleich mit der Ermordung Erich Mühsams im Juli 1934 im Konzentrations-

---

353 Fischer, m.w. Nachweisen zum Wirken des AV

354 Siehe auch den aufschlussreichen „Aufruf an das Gesamtministerium zum Umgang mit Anhängern der Räterepublik“ v.11.6.219, MNN Nr.226, veröffentlicht in : Das Kabinett Hoffmann II, Teil I, 31. Mai - 1. September 1919, München 2017, 2

355 Heinrich Mann, *Der Untertan* 1918, <https://freeditorial.com/en/books/der-untertan/downloadbookepub/pdf>

356 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/Leber-contra-Knie.pdf>

357 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/Neumann-20.1.1924.pdf>

358 Dertinger, 20

359 Dertinger, 20

lager Oranienburg und gefolgt von dem Suizid Ludwig Frahms, 1935, dem Großvater Willy Brandts. Fritz Solmitz war bereits am 19. September 1933 in Fuhlsbüttel ermordet worden.

Bis in unsere Gegenwart wirken brachiale nationalistische Zeugnisse der Weimarer Kulturschaffenden und werden kritiklos von Bundeswehr, Stadtverwaltung und Teilen der Eliten alljährlich mit Kränzen bedient, wie etwa der krieglerische „Betende Krieger“ - mit dem Stahlhelm vor der Brust - auf dem Burgtor-Friedhof.<sup>360</sup>

Ein Anlass, sich bei diesem Sachverhalt mit der Verarbeitung der „anderen Geschichte“ der Weimarer Republik in Lübeck auseinanderzusetzen, bestand lange Zeit nicht. Wenn man diese erschütternden Details zur Wirkung des Wahrnehmungsfilters in der präfaschistischen Lübecker Zeit lüftet, geht es nicht um die *Vaterlose Gesellschaft*<sup>361</sup> Mitscherlichs in der Nachkriegszeit. Es ist die Zeit der Großväter und Urgroßväter. Es ist die Bereitschaft, sich auf deren Spuren zu begeben. Ganz im Sinne der langen soziopathologischen Zyklen Norbert Elias.<sup>362</sup> Material liefern die literarischen Zeugnisse unserer Stadt in Überfülle.

Es ist aber wie bei allen Herangehensweisen an sperrige Oberflächen, zunächst fallen die äußersten Spitzen ins Auge. Dazu zählt der Umgang der Possehl-Stiftung mit ihrem Gründer.

---

<sup>360</sup> zur Auseinandersetzung um die Einweihung des Denkmals am Sonntag, 3.5.1925 (Enthüllung 27.7.1924): Knie, 28f., 46

<sup>361</sup> Mitscherlich, Alexander, Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft, München 1973

<sup>362</sup> Elias

## VII. Possehl-Stiftung und ihr Umgang mit dem Gründer

Stiftung und Gründer sind zu keiner Zeit in Lübeck getrennt gewürdigt worden. Darin, dass das nie geschah, liegt m.E. ein Teil der ganzen Schieflage. Deshalb war es auch ein entscheidender Fehler, dass der Auftrag an Axel Schildt<sup>363</sup> zur Fertigung einer Festschrift anlässlich des 100. Gründungsjahres auf die Stiftung eingeschränkt wurde, ohne dass zugleich - getrennt davon - eine Arbeit zur Persönlichkeit Emil Possehls vergeben worden ist.

Das mag aus der Sicht zur Zeit der Auftragsvergabe begründet sein. Ist aber im Ergebnis falsch. Denn als Ergebnis führt die so entstandene Festschrift<sup>364</sup> „*Possehl. Geschichte und Charakter einer Stiftung*“, zu einer Vertiefung des angesprochenen Irrtums. Der klassisch autoritäre Charakter der Person Emil Possehl, ganz i.S. der Begriffsstudie Adornos<sup>365</sup>, wird wegen der vermeintlichen Freischreibung durch den gesuchten, unabhängigen und anerkannten Historiker Axel Schildt (1951-2016) heute noch enger mit der Stiftung verbunden. Niemand problematisierte die Auftragsbeschränkung auf die Stiftung und die damit verbundene Ausblendung der Studie zu Possehls Person. Ein Bärenienst.

Das ist bei der historischen Bedeutung Emil Possehls für die Stadtrepublik und der von ihm vertretenen Reichspolitik ein Dilemma. Anders als für Richard Wagner und seine Stiftung hat die Aufklärung über die Person des Stifters m.E. in Lübeck noch nicht begonnen. Dass eine solche Gedächtnisarbeit beim Kaliber dieser Persönlichkeit und der langjährigen Fraglosstellung Emil Possehls und der mit der Stiftung verbundenen Stadtteile, die nie gelernt hat, Stifter von Stiftung zu trennen, schwer fällt, und diese Auseinandersetzung lange Zeit in Anspruch nehmen wird, zeigt andernorts der Versuch einer Aufarbeitung in der Bayreuth-Stiftung (Richard-Wagner-Stiftung Bayreuth).

Das Bayreuther Festspielhaus wird leider immer noch als Pilgerstätte für die rassistisch-völkische „Gesamtkunstwerk“ unter Einschluss der Person Wagners<sup>366</sup> missverstanden. Aber es sind dort doch einige Fakten herausgearbeitet. Im Gegensatz zu Lübeck.

---

<sup>363</sup> <https://bit.ly/32CvHGB>

<sup>364</sup> Schildt, Possehl, 2019

<sup>365</sup> Adorno, Studien zum autoritären Charakter, 12. Auflage, Frankfurt a. Main 1995

<sup>366</sup> <http://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/03/Der-aufhaltsame-Weg-in-den-voelkischen-Faschismus-.pdf>, Fußnote 9



Indes, Wagner ist nicht Possehl. Und Possehl hat auch keine Weltmusik geschrieben, die man sich immer noch (gerne) anhören kann (muss).

Man mag sich angstvoll fragen, was denn aus der Stiftung wird, wenn publik werden sollte, dass der Stifter ein beispielhafter völkischer Nationalist war, der zum Vorbild nicht taugt. Die Antwort ist einfach. Sie schließt sich durchaus an die herrschende Diskussion um Cancel Culture an. Stiftung und Stadt würden über den Diskurs im Ergebnis m.E. endlich befreit. Die Stadt könnte ihrer Weimarer Epoche bewusst und die Stiftung von dem falschen Blick auf Emil Possehl befreit werden.

Heute ist es offenbar immer noch erforderlich, zur Preisverleihung die Preisträger:innen zusammen mit dem Stifter Emil Possehl in der Senatstracht von 1913 abzubilden. Diese kam ja schon damals, als sie (auf Wunsch der Mehrheit des Possehl-Senats nach der Bürgermeister Tracht von 1813 geschneidert) eingeführt worden war, so veraltet daher, dass selbst Antjekatrin Grassmann feststellen musste: „...wie ja eigentlich diese verspätete und nicht mehr zeitgemäße Neuerung ein Schlaglicht auf das Selbstverständnis des Senats vor dem Ersten Weltkrieg wirft.“<sup>367</sup>



Emil Possehl

<sup>367</sup> Grassmann, A., Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Band 61, Lübeck 1981, S. 271 [https://vlga.de/file/zvlga\\_61\\_1981.pdf](https://vlga.de/file/zvlga_61_1981.pdf), mit dem Hinweis auf das Vorbild der antiken Bürgermeistertracht von 1813

Steht nach alledem die Persönlichkeit Emil Possehl mit ihren dargestellten durch und durch völkischen Charaktereigenschaften wirklich noch für die zukunftsgerichtete und großartige Arbeit der Stiftung? Gründer ja. Vorbild nein.

Entzauberung hat bisher nie geschadet. Weder in Kirche, Gesellschaft, Wissenschaft oder Politik. Vielmehr ist ein Neubeginn immer befreiend. Brücken, Straßen, Gebäude, Preise usw. müssen nicht zugedeckt, wie etwa durch das schöne Tuch von Maria Moser über der behn'schen Skulptur in St. Jacobi, oder umbenannt werden. Alles bleibt ansonsten beim Alten, nur die kulturelle Wahrnehmungsbrille<sup>368</sup> würde gewechselt. Und das ist entscheidend. Vielleicht fände Emil Possehl dann seine verdiente Ruhe.

Die Qualität der Entscheidung Emil Possehl, die Stiftung zum Alleinerben zu bestellen,<sup>369</sup> bleibt außergewöhnlich. Alles Gute und Schöne in der Stadtrepublik zu fördern, war und ist ein bewegendes Geschenk an Stadt und Bürger:innen. Es verpflichtet Stadt und Stiftung jetzt und in Zukunft wechselseitig zu Respekt, Vertrauen, Transparenz und Wahrheit.

Zum Guten und Schönen.

---

<sup>368</sup> Wortmaschinen: <http://michaelbouteiller.de/archive/2749>

<sup>369</sup> <https://www.posschl-stiftung.de/files/Das%20Testament%20Emil%20Possehl.pdf>

## C. WahrnehmungsfILTER - Wortmaschinen



Brunnenplastik im Stadtteil Parione in Rom

**E**ine Erklärung für die „krassen“ Wahrnehmungsunterschiede in den erwähnten Erzählungen der Lübecker Intellektuellen über den Jahrhundertskandal 1926 liegt vielleicht in Kopf und Bauch, d.h. im von dem aus Bedürfnissen, Interessen und lebensgeschichtlichen Ereignissen gebildeten gedanklichen Wahrnehmungsfilter der drei Generationen von Lübecker:innen der 20er Jahre. Die unterschiedlichen Sichtweisen hat von den Genannten am klarsten Gustav Radbruch festgehalten. Nämlich in seinem biographischen Versuch, zu erklären, weshalb ein Akademiker seinerzeit nur äußerst schwer Zugang zu einer Parteikarriere bei den Sozialisten (SPD) fand.

Ich habe diesen komplexen inneren Vorgang die Bildung von Wortmaschinen genannt. Denn, zwar ist das Phänomen vielschichtig, am Ende steht indes immer eine Tat, ein Verhalten, eine Rede, eben ein Wort.<sup>370</sup> Worte können zu Mordmaschinen werden. Das war zu allen Zeiten möglich. Überall auf der Welt.

Wie derartige Techniken funktionieren, soll im Folgenden dargestellt werden. Eine Anwendungsform für Wortmaschinen ist die juristische Methodik. Für die Steuerung von Entscheidungen der Gerichte oder der anderen Institutionen konstitutioneller Gewalt (Regierung, Gesetzgebung, Polizei, Militär), werden gerne die allgemeinen Begriffe gebraucht: Volk, Staat, Nation, Sozialstaat, Menschenwürde, usw. Im Prinzip eignet sich jeder Allgemeinbegriff für eine entsprechende Interpretation beziehungsweise Uminterpretation im gewünschten Sinne des Anwenders. Die Sicherheit gleicher Anwendung wird dann über die Entscheidungshierarchie hergestellt. Dabei gilt eine Entscheidung im sozialwissenschaftlichen Sinne dann hier als richtig, wenn die Angehörigen des gleichen Berufs in gleicher Weise entschieden hätten.

---

370 Morgenstern, Katrin, "Einer wird immer bleiben, um die Geschichte zu erzählen" die narrative Verfasstheit von Hannah Arendts politischer Philosophie ... Dissertation Universität Regensburg 2018, <https://docplayer.org/193749883-Einer-wird-immer-bleiben-um-die-geschichte-zu-erzaehlen-die-narrative-verfasstheit-von-hannah-arendts.html>; dazu auch Harold James, Wir müssen intellektuell ausmisten. Neue Zeiten erfordern neue Begriffe, Tagesspiegel 7.1.22, <https://bit.ly/3zPUZk5>

# 1. Was sind Wortmaschinen?

1. Begriffe werden konstruiert und dekonstruiert. Die fertiggestellte Konstruktion des Begriffes ist die Wortmaschine.
2. Wortmaschinen sind in diesem Sinn Bedeutungskonstruktionen von Worten und Begriffen.
3. In den Konstruktionsbüros der Wörter und Begriffe entwickeln die Ingenieur:innen aus Wortmaschinen auch Mordmaschinen.
4. Ihnen wird Leben eingehaucht
5. Sie werden im alltäglichen Wortgebrauch zu handlungsfähigen Entitäten
6. Sie verhalten sich: sie tun, sie lassen, sie unterlassen
7. Der hinter den Begriffen handelnde reale Mensch (die Lebenswelt) wird ggf. aus den Augen verloren, nicht genannt, beurteilt, vergessen
8. Die Arbeit in der Konstruktionshalle der Wortmaschinen hat eine lange in die Jahrhunderte zurück reichende Geschichte
9. Ein Meister in der Kunst der Wortmaschinen war z.B. Martin Heidegger (1889-1976). Ein Beispiel ist sein Darmstädter Vortrag *Bauen, Wohnen, Denken* 1951 <http://michaelbou-teiller.de/wp-content/uploads/2021/03/heidegger-bauen.pdf>
10. Ein Spezialfall der modernen politischen Täuschung ist der Brexit. Das Lügengebäude bleibt wirkungsvoll, obgleich die Konstrukteure im Wesentlichen in der Versenkung verschwunden sind. Zu dieser Gruppe nachhaltiger Täuschung gehört auch Trumps Wahlfälschungs-Lüge. Die dazu erforderliche Technik ist [hier](#) beschrieben.
11. Die Konstruktion solcher Begrifflichkeiten liegt meist auf der Metaebene der Wiedergabe des Gesprächs oder Verhaltens von Menschen.

## Schema



- 1.=Lebenswelt-Ebene ist die der Lebenswelt der Menschen<sup>371</sup>, ihr Verhalten
- 2.=Begriffs-Ebene ist die der Verallgemeinerung eines Bedürfnisses oder Interesses eines Menschen, geäußert auf der 1. Ebene.
- 3.=Bedeutungs-Ebene ist das Sprechen über das Sprechen, z.B. die Beurteilung des Gebrauchs des auf der 2. Ebene gebildeten Begriffes

## Beispiel

- 1. Ebene (Lebenswelt): A sagt zu B: „Ich weiß nicht, wo ich hingehöre“.
- 2. Ebene (Begriffsbildung):
  - a) Verallgemeinerung dieser lebensweltlichen Aussage der ersten Ebene zu: „alle Menschen haben das Bedürfnis nach einer Zugehörigkeit“ und
  - b) Vorschlag zur Befriedigung dieses Bedürfnisses nach Zugehörigkeit im Muster eines bestimmten geisteswissenschaftlichen Vorverständnisses der Begriffsbildung: „Die Nation“.
- 3. Ebene (Bedeutungsebene: Konstruktion des Begriffes als Faktum ): „Die Nation zu leugnen, ist eine Dummheit.“ (Thierse Dialog).

371 vgl. Blumenberg, Hans, Theorie der Lebenswelt, Frankfurt 2010; Klein, Stefanie, Lebenswelt, Februar 2016, <http://www.bibelwissenschaft.de/stichwort/100199>

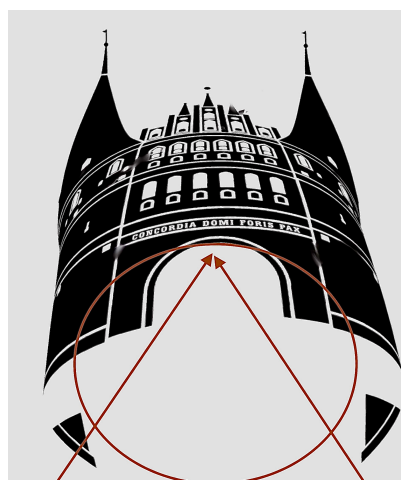


## 2. Geschichten über die grundlegende Wirkung von Wortmaschinen



Die weltberühmte und anregende Geschichte über die grundlegende Wirkung von Wortmaschinen, wie ich sie verstehe, beschreibt der 1605 und 1615 erschienene Roman des Don Quijote de la Mancha von Miguel Cervantes, der mit seinem Knappen Sancho Panza auszog und darauf brannte, die Erzählungen seiner von ihm verschlungenen Rittererromane zu verwirklichen.

Die Wirkung der von ihm bewunderten romantischen Rittererzählungen geht so weit, dass Don Quijote am Ende, wie durch eine Wahrnehmungsverschiebung, in den Windmühlensflügeln die ritterlich zu bekämpfenden Übeltäter sieht, gegen die er auf seiner Rosinante, gerüstet und mit der Lanze anstürmt. Der weltbekannte heldenhafte *Kampf gegen Windmühlensflügel*.



Auf ebenso anregende Weise entführt uns das Bild vom "Das Holstentor im Geiste etwas anzuheben. Zur Natur des Bürgertums", das der Lübecker Jonas Geist mit seinem gleichnamigen Büchlein 1976 erfunden hat. Darin beschreibt er den auf der einen Seite faszinierenden Anschein und auf der anderen Seite die ernüchternde Wirklichkeit der Lübecker Stadtgeschichten.



Zu derartigen Vorstellungswelten gehört auch die phantastische Kopfreise des Architekten Hitlers, Albert Speer, die er 1954 im Spandauer Gefängnisgarten begann. Er hat dessen Fläche zunächst vermessen. Der tägliche Gefängnisgang führte ihn dann über das 600 km entfernte Heidelberg, die Türkei, über Sibirien, Kasachs-

tan, in die Mongolei. Er setzte nach Nordamerika über und ging dann nach Süden. Er legte 32.000 km zurück. Tatsächlich fast einmal rund um die Erde (ca. 40.000 km). Kurz vor Ende der 20-jährigen Haftzeit (1946-1966) telegraphierte er einem Freund: „Bitte 35 km südlich Guadalajara in Mexiko abholen.“

### 3. Beispiele für häufig benutzte Wortmaschinen

- **Der Rechtsstaat** greift durch
- Wir verteidigen **den Rechtsstaat**
- **Der freiheitliche Staat** kann seine eigenen Voraussetzungen nicht gewährleisten<sup>372</sup>
- **Die Kunst** darf nicht eingeschränkt werden
- **Die Kunst** ist gegenwartsbefreit<sup>373</sup>

<sup>372</sup> Böckenförde-Diktum, [http://michaelboutetiller.de/?page\\_id=1695](http://michaelboutetiller.de/?page_id=1695)

<sup>373</sup> [http://michaelboutetiller.de/?page\\_id=2351](http://michaelboutetiller.de/?page_id=2351)



- **Das Ensemble der Kultur** schafft sich einen Raum<sup>374</sup>
- **Die Freiheit**, die ich meine
- **Der Staat** handelt
- **Das Volk** ist der Souverän
- **Das Volk** braucht Raum
- Der geistige Auftrag **des Volkes**<sup>375</sup>
- **Die Demokratie** setzt die Homogenität der Gesellschaft/des Volkes voraus<sup>376</sup>
- **Das deutsche Volk** ist unschuldig/schuldig
- **Die deutsche Nation**
- **Die Justiz** ist unabhängig/abhängig
- **Der Krieg** ist unvermeidbar/vermeidbar
- **Das amerikanische Volk** wehrte sich 1945 mit zwei Atombomben **gegen Japan**
- **Die Menschenwürde** ist unantastbar

---

<sup>374</sup> Der Zeitenumbruch von Weimar zu Hitler wird gut beschrieben bei Karl Löwith, *Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933* (1961), Frankfurt a.M. 1989

<sup>375</sup> Heidegger, Rektoratsrede. <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/03/Heidegger-Rektoratsrede.pdf>, zit. nach Karl Löwith, FN.3, 34: Auftraggeber sei letzten Endes das Schicksal, das man wollen soll.

<sup>376</sup> Carl Schmitt, FN 10, [http://michaelbouteiller.de/?page\\_id=1695](http://michaelbouteiller.de/?page_id=1695); Böckenförde-Diktum, <https://de.wikipedia.org/wiki/Böckenförde-Diktum>, 24.12.2021; Lamberty, Pia, Es ist eine Illusion, dass alle zusammenhalten, FR 31.12.2021, Seite 9

## 4. Wie gehen die Konstrukteure vor?



Werkhalle einer Automobilfabrik

Wir wissen wenig darüber, wie der Werkzeugkasten der Begriffskonstrukteure aussieht. Beispiele für solche Werkzeugkästen gibt es aus jedem Jahrhundert. Besonders fruchtbar waren - mit den Nachwirkungen bis in unsere Gegenwart - die Konstrukteure solcher Wortmaschinen in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts. Etwa in den Rechtswissenschaften Rudolf Smend (Integration), Carl Schmitt

(Homogenität),<sup>377</sup> Hermann Heller (Entscheidungs- und Wirkungseinheit). Ein Musterbeispiel für die Anpassungsfähigkeit des Philosophierens und damit der philosophischen Konstruktion bleibt die Rektoratsrede von Martin Heidegger 1933.<sup>378</sup> Es fehlen indes wirkkräftige Bilder der Konstruktionshallen derartiger Wortkonstruktion, also der Denkhallen für politische oder philosophische Begrifflichkeiten, die genauso einprägsam wären, wie diejenigen der Werkhalle einer heutigen Automobilfabrik.

In der Nazizeit sind z.B. analoge Instrumente zum Test der barbarischen Wortmaschine *Rasse* erfunden worden: Rassenhygiene-Koffer und Instrumente zum medizinischen Vermessen des Fremd rassigen, Verbrennungsöfen. Die Begriffskonstruktionen wurden ja zunächst in den Köpfen und dann im Weiteren wie die Automobile in Konstruktionshallen analog erstellt. Begriffskonstruktionen ziehen in der Folge ihrer Erfindung analoge Werkhallen zur Ausführung nach sich. Das ist der zweite Schritt.

Ein Beispiel ist 1941 etwa die Erfindung des Wortes *Endlösung* für die Judenvernichtung. Auf den ersten Blick ist die räumliche Weite einer analogen Werkhalle für diese Worterfindung schwer vorstellbar. Aber die Erfindung einer begrifflichen Konstruktion von der Einschlagskraft wie *Endlösung* braucht wahrscheinlich nicht nur große geistige Kapazität. Die Operationalisierung erfolgt dann in mehreren Schritten.

<sup>377</sup> Zu „Homogenität“ vgl. Lamberty, Pia, FR, 31. Dezember 2021, 10, Es ist eine Illusion, dass alle zusammenhalten

<sup>378</sup> <http://michaelbouteiller.de/heidegger-rektoratsrede>

Also die Ansammlung vieler Köpfe, d.h. von Köpfen, die sich über das Ergebnis der Begriffskonstruktion orientieren lassen. Dazu bedarf es in der Phase der Operationalisierung dann ausgeklügelte Testverfahren usw.

Zur Zeit der Wortkonstruktion von *Endlösung* 1941 gab es noch keine digitalen Netzwerke im heutigen Sinn. Diese wurden erst in den 1990er Jahren mit dem Internet usw. erfunden. Sie entwickeln eine im Vergleich mit den analogen Apparaturen unvorstellbare Wirkkraft.

Beispiele zeigen die Filme von Haroun Farocki (1944-2014), „Ernste Spiele“, in denen aus der Ferne computergesteuerte Kampfdrohnen - etwa in Rammstein - ihre Ziele in Syrien finden.<sup>379</sup>



Unterricht im Institut für Rassen- und Kulturbio-  
logie der Philosophischen Fakultät  
der Hansischen Universität Hamburg

Die Testverfahren sind auch Versuchsansprachen, Reden, Skripte an ausgewählte Personen. Heute in den öffentlichen und sozialen Medien. Ein Beispiel ist der Beitrag Wolfgang Thierses zur Frage der Identität in der FAZ vom 22.2.2021.

Die Konstruktionshallen (=Gedankengebäude) der nationalsozialistischen Philosophie beschreibt Karl Löwith vorzüglich<sup>380</sup>. Dort finden sich Definitionen für *nordisches* und *vorderasiatisches Schicksal* und man wird orientiert über die *abendländische Geistesgeschichte* in ihrem Kampf mit dem vorderasiatischen (jüdisch-christlichen) Gift. Pierre Bourdieu beschreibt solche Vorgänge der Begriffsbildung in seinen soziologischen Studien über den Staat ausführlich.

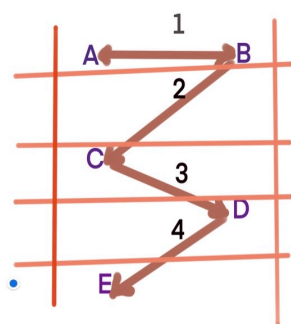
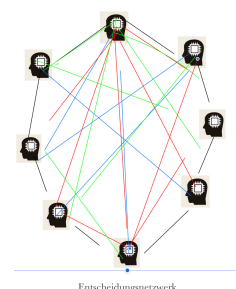
<sup>379</sup> <https://www.smb.museum/museen-einrichtungen/hamburger-bahnhof/ausstellungen/detail/harun-farocki-ernste-spiele/> (2014)

<sup>380</sup> Löwith, 51,52

## 5. Das Entscheidungsnetzwerk

Die Verbindungsstellen im Netz sind die Verknüpfungen der Wortkonstruktionen. Dort werden die Bedeutungen festgelegt und vermittelt. Dabei sind die schwarzen Stränge die normalen oder gesetzten (legalen) Verbindungen, die grünen und blauen die informellen, privaten oder konspirativen.

In der Staats- und Gesellschaftstheorie der 1920er Jahre war es Hermann Heller, der mittels der damals verbreiteten Gestalttheorie, diesen - wie er sagte - Entscheidungs- und Wirkungszusammenhang auf die Phänomene gesellschaftlicher Einheiten anwendete. D.h., die Entscheidungssteuerung erfolgt über Kontaktstellen mit Informationsaustausch. Analog oder digital, d.h. verbal im direkten Gespräch, schriftlich oder digital über öffentliche und soziale Netzwerke. Weder Clausewitz noch Machiavelli saßen in ihrer Zeit während ihren Erfindungen über Kriegsführung und Machtstrategien abgesondert in ihrem Kämmerchen. Sie standen im Dialog mit den führenden Denkern ihrer Zeit.



Anders als bei Entscheidungen im naturwissenschaftlichen Bereich, gilt in den Sozialwissenschaften als Rechtfertigung: die zu treffende Entscheidung dann als richtig, wenn die Zukunft der im gleichen Beruf Tätigen sie ebenso getroffen hätte oder qua Anordnung oder Entscheidung eines Befugten. Die Unterteilung von Wortebenen ermöglicht auch die Abbildung von Gesprächsverläufen. Die Gesprächspartner erörtern z.B. das Thema 1 und landen im Gesprächsverlauf bei Thema 4.

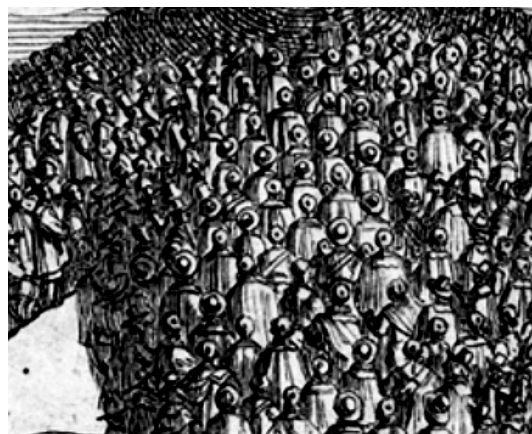
## 6. Was folgt daraus?



Leviathan Cover von 1651

Die Vorstellung einer derartigen Wortmaschine ermöglicht die genauere Untersuchung der Wirkungen der Steuerung von menschlichen oder von sonstigen Entscheidungen und Entscheidungsabläufen. In diesem Zusammenhang hatte für mich das Bild des hobbes'schen Leviathan auf dem Cover von 1651 immer schon faszinierende Kraft. Es beschreibt wunderbar knapp die damaligen Machtwerkzeuge von Staat einerseits und Kirche andererseits.

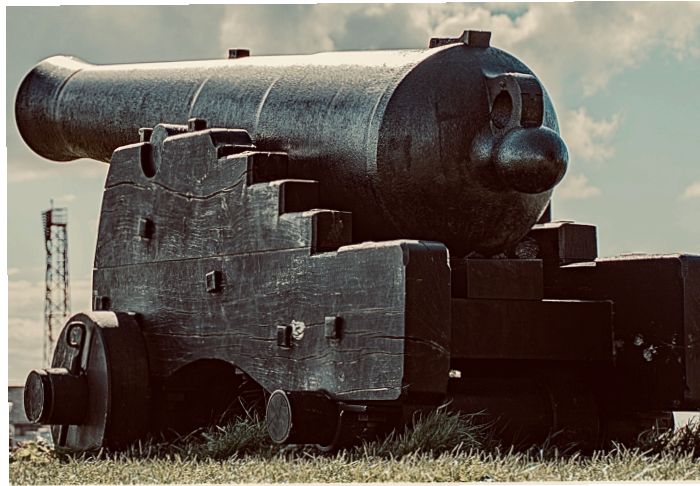
Näher betrachtet, löste das Kettenhemd mein Interesse aus. Es schien mir aus schematischen kleinen Menschen - oder Menschenteilen, Figuren, Köpfen usw. zusammengesetzt.



Kettenhemd

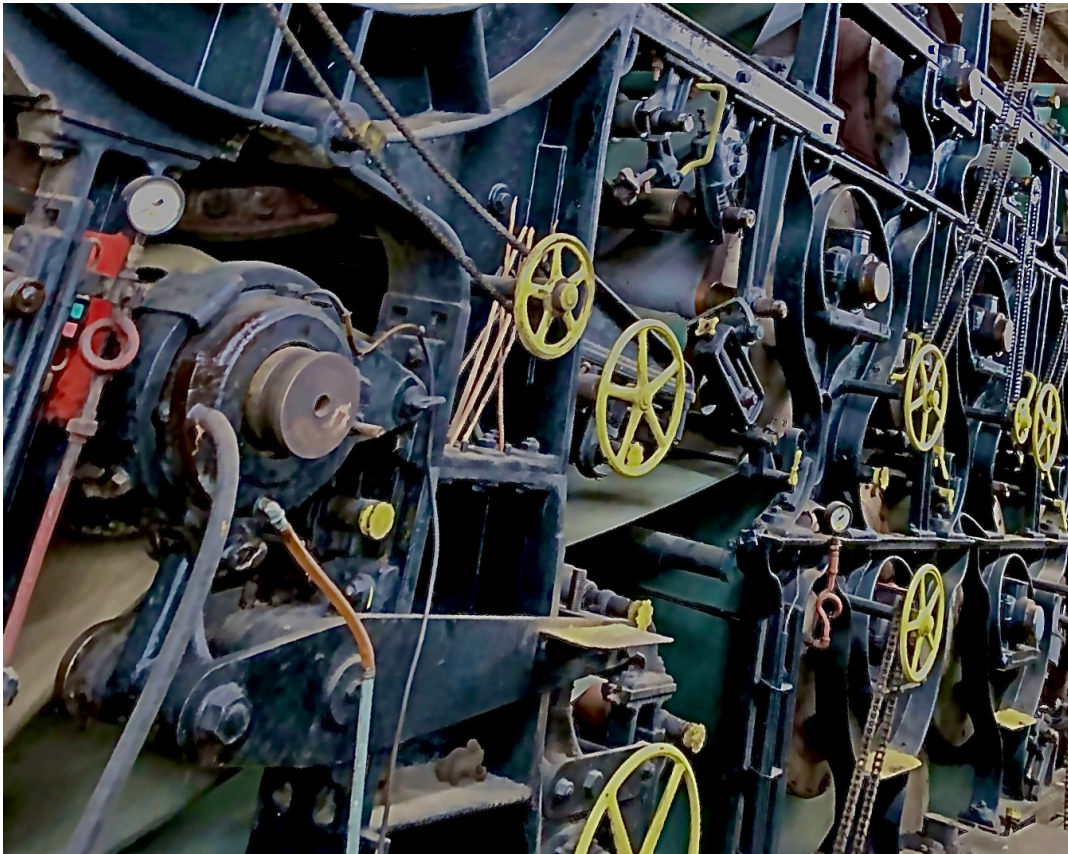


**B**ei scharfen und unerbittlichen Wortgefechten dachte ich an große Kanonen, die von den Kontrahenten in Stellung gebracht werden.



Kanone wohl 17. Jahrhundert

**H**inter einer riesigen Papiermaschine, etwa derjenigen der Feldmühle in Bielefeld, die ich aus wasserrechtlichen Gesichtspunkten zu genehmigen hatte, versteckt sich ein ähnlich komplexes Sprachgebilde.



Papiermaschine

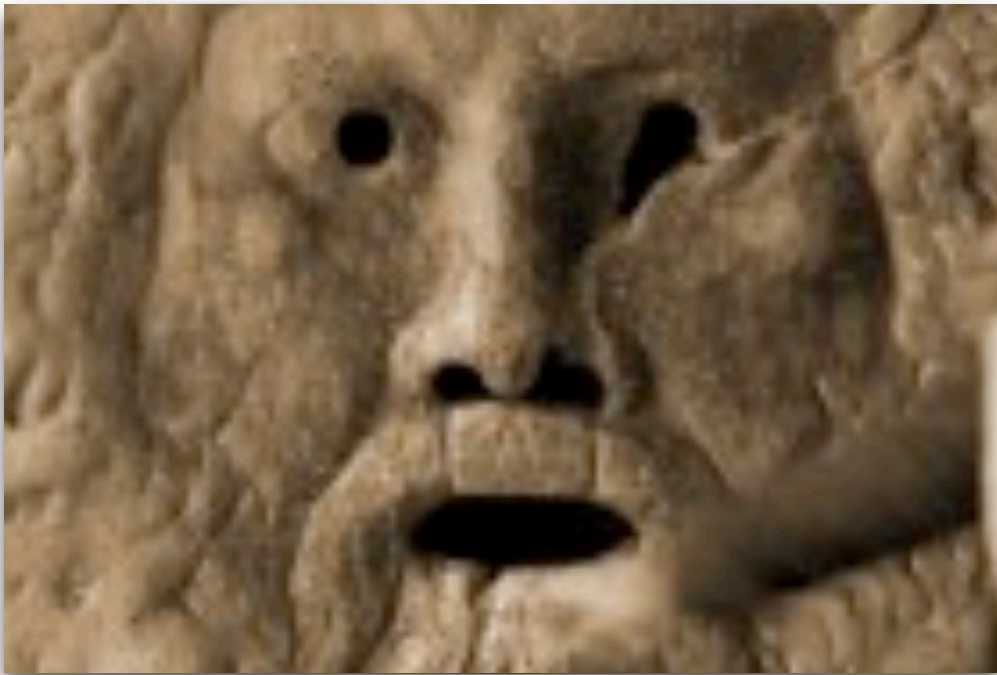
Um schließlich auf Wortmaschinen oder die Transformation von Worten in Begriffe und ihre Auflösung in Bildern zurück zu kommen, grub sich mir beim Wort Staat das furchterregende Werk von Anish Kapoor „Der sterbende Leviathan“ (Berlin, Martin Gropius Bau 2013) ins Gedächtnis .



Anish Kapoor, Der sterbende Leviathan, Berlin, Gropiusbau 2013



**Wer am Ende „die Wahrheit“**



**sucht, findet sie vielleicht hier**

# D. Die Moral der drei Geschichten

Was können wir daraus lernen? Gründe für die unterschiedlichen Erzählweisen sind oben in dem Versuch über WahrnehmungsfILTER genannt. Selbstverständlich lassen sich vergleichbare Beobachtungen, wie diejenigen aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts, in dem heutigen gesellschaftlichen und politischen Alltag wiederfinden. Etwa in den so unterschiedlichen Ereignissen des Jahres 2010 in *Smolensk* und *Washington*. Oder - näher dran bei uns in Deutschland - auch in der *Deutschen Revolution* vom 9.11.1989.<sup>381</sup>

1. Selbstverständlich lassen sich vergleichbare Beobachtungen, wie diejenigen aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts, in dem heutigen gesellschaftlichen und politischen Alltag wiederfinden. Etwa bei uns in der *Deutschen Revolution* vom 9.11.1989.<sup>382</sup>

Oder in so unterschiedlichen Ereignissen des Jahres 2010 in *Smolensk* und *Washington*. Diese beispielhaft erwähnten lebensweltlichen Umstände, für die ebenfalls Bilder erhalten, werden in Begriffe gefasst und erhalten Bedeutungen. Sie steuern in den Händen von Entscheider:innen in Gesellschaft und Staat Verhalten.



Berlin, 9. November 1989

- Deutschland: Die Deutsche Revolution vom 9.11.1989 wird begraben unter dem Märchen vom Mauerfall. Wenn nur eine Mauer zwischen zwei Zimmern fällt, entsteht ein größerer Raum. Sonst nichts. Die Adresse bleibt. Die DDR als Staat ist verschwunden.

<sup>381</sup> Weltpolitik - Zeitenwende <https://michaelbouteiller.de/archive/3288>

<sup>382</sup> Weltpolitik - Zeitenwende <https://michaelbouteiller.de/archive/3288>

- Die BRD bleibt. Die DDR als Gesellschaft wird [von der BRD zum 3.10.1992 kolonisiert](#). So entsteht das neue Deutschland. Die Beitrittsklausel des Art 23 GG wird gestrichen. Es bleibt beim Grundgesetz und kommt nicht zur gesamtdeutschen Verfassung.
- USA: Der [Supreme Court entscheidet am 21. Januar 2010](#), dass die Milliardäre der USA unbegrenzt Geldmittel für die Ihnen angenehmen Kandidaten auswerfen dürfen. Das sei „Meinungsfreiheit“ der juristischen Person und von Gewerkschaften. Damit ändert sich die Qualität einer liberalen Volksverfassung hin zu einer Meritokratie,



Supreme Court, 21. Januar 2010

d.h. eine Herrschaft des Geldes. Das Empire ist jetzt keine Volksdemokratie mehr. Das Märchen vom Land der Gleichen, oder vom Jedermann als Tellerwäscher, der Präsident werden kann, ist ausgeträumt.

- Polen/Russland: Am [10.4.2010 stürzt in Smolensk](#) die polnische Regierungsmaschine ab. Sämtliche Insassen sind tot. Der Traum einer Verständigung der beiden Regierungen über die NKWD-



Smolensk, 10. April 2010

Morde von Katyn ist damit ausgeträumt. Er wird zum Trauma. Der Westen wendet sich von Russland ab. Russland wendet sich vom Westen ab. Präsident Putin kreiert seine neue krude Staatsphilosophie.<sup>383</sup> Europa positioniert sich eigen-

383 Timothy Snyder, Der Weg in die Unfreiheit

ständig rund um polnische Interessen. Das Märchen vom Attentat des Russischen Präsidenten auf die polnische Regierung ist geboren.

Die Fakten bleiben: Die DDR existiert nicht mehr. Super PACs sind in den USA erlaubt. Das Regierungsflugzeug ist abgestürzt. Aber die Legenden blühen. Sie parzellieren die Wahrnehmung.

2. Den dazu erforderlichen und missbräuchlichen Fake-News-Prozess öffentlicher Meinungsbildung in 10 Schritten hat Robert Reich<sup>384</sup> beschrieben. Die Lügen-Bildungs-Kette ist dabei von der Person (Trump) unabhängig.

**Wie in 10 Schritten aus  
Lüge Wahrheit wird**

www.robertreich.org, 2017

1. Trump lügt.
2. Experten widersprechen ihm. Sie sagen, das Ziel sei falsch und die Handlungsgrundlage gäbe es nicht. Die Medien berichten das.
3. Trump putzt die Experten herunter und erklärt, die Medien seien unehrlich
4. Trump wiederholt die Lüge und erklärt in Tweets usw. Viele seien mit ihm einer Meinung
5. Die führenden Medien beginnen die Lüge als eine diskutierte Tatsache darzustellen
6. Trump wiederholt die Lüge in Tweets, Reden und Interviews
7. Die Mainstreet Medien berichten über die Lüge als einer "Kontroverse"
8. Meinungsumfragen zeigen, dass eine wachsende Zahl von Befragten, darunter viele Republikaner, der Lüge glauben
9. Die Medien beginnen Trumps Lüge als Forderung eines Teils der Parteien darzustellen, der viele Menschen zustimmen
10. Die Öffentlichkeit ist verwirrt und desorientiert darüber, was denn nun die Wahrheit ist. Trump gewinnt.

Entscheidend ist nicht die offensichtliche Lüge, sondern das damit verfolgte Interesse, eine Meritokratie zu errichten. Die *Milliardärsherrschaft*.<sup>385</sup> Deren Verbindung mit faschistischen Methoden und der *Autoritären Persönlichkeit* wird dort beschrieben. Ebenso die Gegenwehr.

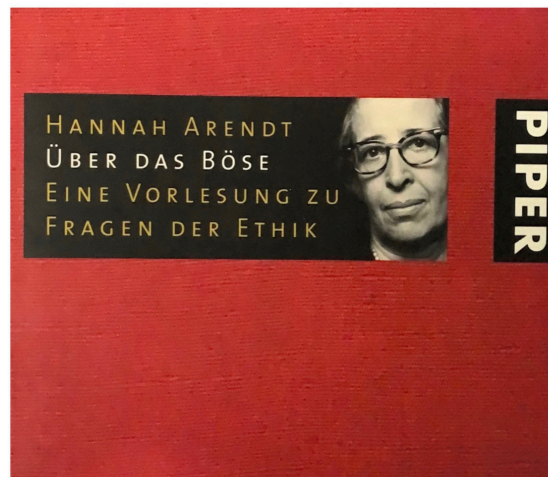
3. Am Ende hilft nur die Erziehung zur *Demokratischen Person*. Deren Moral fasst Hannah Arendt in ihrem Skript der Vorlesung, die sie 1965 an der New School

<sup>384</sup> robertreich.org, 2017

<sup>385</sup> [https://michaelbouteiller.de/?page\\_id=4050](https://michaelbouteiller.de/?page_id=4050)



for Social Research in New York City gehalten hat, zusammen.



## Die Herkunft einer moralischen Entscheidung

- 1) Vor das Verbrechen gestellt zu sein und zu sagen: „Das kann ich nicht“ und nicht zu sagen: „Das darf ich nicht“.
- 2) Zu wissen, unsere Entscheidung über Recht und Unrecht hängt von der Wahl unserer Gesellschaft, von der Wahl derjenigen ab, mit denen wir unser Leben zu verbringen wünschen.

4. Gibt es universelle moralische Entscheidungen, d.h. moralische Tatsachen oder universelle Werte, dann liegt in dieser geistigen Erkenntnis die Geburtsstunde für den Weltfrieden, oder anders ausgedrückt, die Hoffnung auf eine Zukunft der Menschheit.<sup>386</sup>

---

<sup>386</sup> Markus Gabriel, Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten, Universale Werte für das 21. Jahrhundert, Berlin 2020

# Abkürzungen

AV	Allgemeiner Deutscher Verband
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
DVP	Deutsche Volkspartei
FR	Frankfurter Rundschau
Fußnoten	Seitenzahlen ohne S
lemo	Lebendiges Museum Online
LV	Landesverfassung
LVB	Lübecker Volksbote
VGG	Verwaltungsgerichtsgesetz
vlga	Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde
Seitenzahlen bei Fußnoten ohne vorangestelltes S	

## Literaturverzeichnis

1. Adorno, Theodor W., Studien zum autoritären Charakter, 12. Auflage, Frankfurt a.M. 1995
2. Adressbuch der Freien und Hansestadt Lübeck, Lübeck 1918, <https://digital-stadtbibliothek.luebeck.de/viewer/fullscreen/L130311918/13/>
3. Akte Neues Senatsarchiv Nr. 1306 mit dem Titel: „*Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* (darin: Erwiderung des Polizeisenators Fritz Mehrlein auf den Antrag der NSDAP-Ortsgruppe Lübeck auf Aufhebung des Redeverbots für Adolf Hitler vom 27. März 1926)“ (dort: „Herbst 1925“)
4. Akten des Bundesarchives, bzw. der preußischen Staatskanzlei unter [http://www.bundesarchiv.-de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0a1/ma3/ma31p/kap1\\_2/kap2\\_13/para3\\_1.html](http://www.bundesarchiv.-de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0a1/ma3/ma31p/kap1_2/kap2_13/para3_1.html)
5. Alldeutsche Blätter 1901, S.60,
6. Alldeutscher Verband, [https://de.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher\\_Verband](https://de.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher_Verband), 4.4.2021
7. Anschütz, Gerhard, Thoma, Richard, Handbuch des deutschen Staatsrechts, Tübingen 1930,

8. Arendt, Birte, Niederdeutschdiskurse. Spracheinstellungen im Kontext von Laien, Printmedien und Politik, Niederdeutschdiskurse (eBook) PDF, Berlin 2010
9. Arendt, Hannah, Über das Böse. Eine Vorlesung zu Fragen der Ethik, München 2007; <https://michaelbouteiller.de/archive/3045>
10. Aufruf an das Gesamtministerium zum Umgang mit Anhängern der Räterepublik v. 11.6.219, MNN Nr. 226, veröffentlicht in: Das Kabinett Hoffmann II, Teil I, 31. Mai - 1. September 1919, München 2017, S. 2
11. Beck, Dorothea, Julius Leber, Goldmann Verlag 1994
12. Blöcker, Karsten, „Verfassungstag“, Lübeckische Blätter 2020, S. 138
13. Böckenförde, Ernst-Wolfgang, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Recht, Staat, Freiheit. 2006, S. 112 f.
14. Böckenförde, Ernst-Wolfgang in der FAZ vom 13.5.2015, Begriffsklärung, Rechtsstaat oder Unrechtsstaat?
15. Bourdieu, Pierre, Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M. 1987
16. Bourdieu, Pierre, Über den Staat, Berlin 2014
17. Boy-Ed, Ida, Essays und Autobiographisches, Berlin 2016
18. Brandt, Willy, Erinnerungen, Berlin 1999
19. Brandt, Willy, Links und frei, Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982
20. Brecht, Arnold, Aus nächster Nähe, Lebenserinnerungen 1894-1927, Stuttgart 1966
21. Brecht, Arnold, Mit der Kraft des Geistes, Lebenserinnerungen, Zweite Hälfte 1927-1967, S. 181 ff., Stuttgart 1967
22. Brockhaus, Paul, [https://de.wikipedia.org/wiki/Paul\\_Brockhaus](https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Brockhaus), 4.4.2021
23. Bruno, Ido, Richard Wagner Aus der Sicht eines Dirigenten, der die von ihm bewunderte Musik von der rassistischen Ideologie sauber trennt, FR vom 27.9.2019, S. 32
24. Bürgerschaftswahlen von 1898 bis 1913, <https://www.wahlen-in-deutschland.de/klPreussen.htm>
25. Buss, Hansjörg, „Entjudete“ Kirche: Die Lübecker Landeskirche zwischen christlichem Antijudaismus und völkischem Antisemitismus (1918-1950), Paderborn 2011;
26. Buss, Hansjörg, Rezension zu Julian Freche, Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919-1933) (Kieler Schriften zur Regionalgeschichte 4), Kiel/Hamburg: Wachholtz 2019, 415 S., ISBN 978-3-529-03604-0, Zeitschrift für Lübeckische Geschichte, Band 100 (2020/21), S. 744
27. Claß, Heinrich (Frymann, Daniel), Das Kaiserbuch. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Wenn ich Kaiser wär, Leipzig 1925
28. Claß, Heinrich, Deutsche Geschichte von Einhart, Leipzig 1909
29. Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, (1832) Nachdruck, Bonn 1991 [https://www.clausewitz.com/readings/VomKriege1832/\\_VKwholetext.htm](https://www.clausewitz.com/readings/VomKriege1832/_VKwholetext.htm)
30. Curtius, Paul, Erinnerungen an Senator Emil Possehl, Mitteilungen des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Heft 14, 1926, S. 183-213
31. Dahrendorf, Ralf, Erinnerungen an einen großen Deutschen. Ein Mann geht seinen Weg. Julius Leber, der Nationalsozialismus und der deutsche Widerstand
32. de Lagarde, Paul, Deutsche Schriften, Gesamtausgabe letzter Band, 5. Auflage Göttingen 1920; dazu Alteri saeculo Paul Anton de Lagardes ‚Lebensarbeit‘ an der Septuaginta, Aus dem Buch Die Göttinger Septuaginta, Bernhard Neuschäfer, <https://doi.org/10.1515/9783110285222.235>
33. de Lagarde, Paul, Ausgewählte Schriften, München 1924
34. Darmaun, Jaques, Thomas Mann, Deutschland und die Juden, Tübingen 2003, S. 14ff.; Dennig, Hellmut, Emil Possehl als Persönlichkeit, Der Wagen, Lübeck 1958, S. 133-136
35. Dertinger, Antje, Heldentöchter, Bonn 1997
36. Detering, Heinrich, in: ZdK - Zentralkomitee der deutschen Katholiken | Veröffentlichungen | Reden und Beiträge | Detailseite | Impulsvortrag zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten – "Wer ist wir?" (Prof. Dr. Heinrich Detering) mit weiteren Beispielen; aus Deterings hier angegebenen Text sind auch die zitierten Redebestandteile entnommen.
37. Deutschlands Sozialdemokraten auf dem Parteitag in Lübeck 1901, nach Berichten von Hjalmar Branting, Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 1996, S. 181-223, [https://vlga.de/file/zvlga\\_76\\_1996.pdf](https://vlga.de/file/zvlga_76_1996.pdf)
38. Duesberg, Gerd, Die Lübeckische Landesverfassung. Ihre Entwicklung, ihr Wesen und ihre Grundgedanken, Lübeck 1926
39. Eickhölder, Manfred, Höllenfahrt und Zwangsbekehrung, Lübeckische Blätter 2014, S. 247

40. Eickhölter, Manfred, Vom Stadtstaat zur ausgestellten Stadt, in Lokers, Jan, Hundt, Michael Hrsg., Das Ende des eigenständigen Lübecker Staates im Jahre 1937. Vorgeschichte, Ablauf und Folgen einer stadtgeschichtlichen Zäsur (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, Reihe B, Bd. 52) . Lübeck 2014, S. 147-160, S.148 ff.
41. Elias, Norbert, Studien über die Deutschen, Frankfurt 1992
42. Elias, Norbert, Zivilisation und Gewalt: über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechungen. In J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980. Frankfurt am Main 1981, S. 98-122 in: J.-Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980, S.98-122, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135461>)
43. Elias, Norbert, Humana conditio, Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40.Jahrestag des Kriegsendes, Frankfurt a.Main 1985
44. Enns, Abram, Kunst und Bürgertum, Die kontroversen zwanziger Jahre in Lübeck, Hamburg 1978
45. Fast, Jan-Jasper, vom Handwerker zum Unternehmer. Die Lübecker Familie Possehl, Lübeck 2000
46. Fesser, Gerd, Die Mutterlauge der Nazis, Zeit online vom 8.Juli 1994, <https://www.zeit.de/1994/28/die-mutterlauge-der-nazis>; die Bezeichnung des AV als Mutterlauge geht nach Fesser, (ebda.) auf Michael Freund zurück,
47. Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Droste, Düsseldorf 2013 (1961)
48. Foroutan, Naika, Das Phantom Rasse, Wien 2018
49. Foroutan, Naika, Interview. [https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com](https://m.tagesspiegel.de/politik/migrationsforscherin-naika-foroutan-ich-sehe-da-eine-emotionale-distanz/22830476-2.html?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com)
50. Freche, Julian, Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919–1933), Kiel/Hamburg 2019
51. Friedländer, Saul, Das Dritte Reich und die Juden, 2. Auflage, München 2008
52. Gedenkort Leber, Redaktionsräume des Lübecker Volksboten befanden sich im zerstörten alten Gewerkschaftshaus, Lübeck, Johannisstraße 46-48, heute Ordnungsamt, <https://gedenkort-leber.de/2018/06/spurensuche-in-luebeck/>
53. Gabriel, Markus, Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten. Universale Werte für das 21. Jahrhundert, Berlin 2020
54. Geist Jonas, Versuch, das Holstentor im Geiste etwas anzuheben, Zur Natur des Bürgertums, Berlin 1976
55. Goette, Jürgen-Wolfgang, Emil Possehl, Nationalist und Mäzen, Unser Lübeck, 8.7.2016, <https://www.unser-luebeck.de/magazin/stadt/5845-emil-possehl-nationalist-und-maezen>
56. Görtemaker, Manfred Thomas Mann und die Politik, Frankfurt 2005
57. Gosewinkel, Dieter, „Beim Staat geht es nicht allein um Macht, sondern um die staatliche Ordnung als Freiheitsordnung“, Biographisches Interview mit Ernst-Wolfgang Böckenförde, in Wissenschaft Politik Verfassungsgericht,
58. Grassmann, A., Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Band 61, Lübeck 1981, S.271
59. Greiner, Bernd, Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben, München 2021
60. Grassmann, Antjekathrin, hrsg., Lübecker Geschichte, Lübeck 1988
61. Greiffenhagen, Martin, Die Deutschen: N.Elias und die Politische Kulturforschung, [www.unibielefeld.de>ZIF](http://www.unibielefeld.de/ZIF),S.8
62. Gross, Raphael, Carl Schmitt und die Juden.Eine deutsche Rechtslehre, Frankfurt a.M. 2000
63. Gross Raphael, Hans Kelsen: Rückkehr unerwünscht, in: Ich staune, dass Sie in dieser Luft atmen können. Jüdische Intellektuelle in Deutschland nach 1945, herausgegeben von Monika Boll und Raphael Gross, Frankfurt am Main 2013 S.269
64. Gut, Philipp, Thomas Manns Idee einer deutschen Kultur, Frankfurt a.M. 2014
65. Hardt, Michael, Negri, Paolo, Empire, Die neue Weltordnung, Frankfurt 2003
66. Hark, Sabine, Gemeinschaft der Ungewählten, Berlin 2021
67. Hauschild, Wolf-Dieter, Kirchengeschichte Lübecks, Christentum und Bürgertum in neun Jahrhunderten, Lübeck 1981, Lübeck 1981
68. Heidegger, Martin Heidegger 1933 ( <http://michaelbouteiller.de/heidegger-rektoratsrede>).
69. Heise, Carl Georg (s. Hildegard Heise, k,16.10.2019)



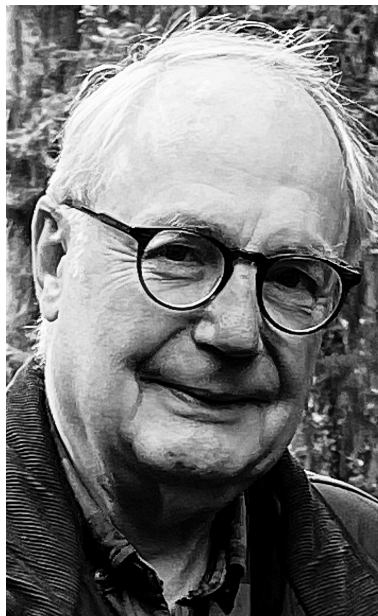
70. Heraus zum Kampf! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Lübeck 1866-1949, bearbeitet von Ingrid Bounin, herausgegeben von der Verwaltungsstelle Lübeck der Industriewerkschaft Metall, 1987
71. Heytmeier, Wilhelm, Gewalt, 2.Auflage, Weinheim 1996
72. Hong, Mathias im Verfassungsblog, <https://verfassungsblog.de/boeckenfoerde-der-ausnahmezustand-und-carl-schmitt-was-boeckenfoerde-von-schmitt-gelernt-hat-und-was-schmittianer-von-boeckenfoerde-lernen-sollten/>, 9.Mai 2019
73. Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band IV, Struktur und Krisen des Kaiserreiches, Stuttgart 1969
74. Huber, Ernst Rudolf, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Band 3, Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918-1933, Mainz 1966
75. James, Harold, Wir müssen intellektuell ausmisten. Neue Zeiten erfordern neue Begriffe, Tagespiegel, 7.1.22, <https://bit.ly/3zPUZk5>
76. Jasper, Gotthart, Justiz und Politik in der Weimarer Republik, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1982, S.167
77. Jessen, Jens, Im Reißwolf der Moral, Zeit online, zeit .de, 30.10.2019
78. Jungcurt, Uta, Alldeutscher Extremismus in der Weimarer Republik, Oldenbourg Schulbuch Verlag, mit einem Überblick über die gegenwärtige Forschungslage, Berlin 2016, S.7 f.
79. Immerwahr, Daniel, Das heimliche Imperium, Frankfurt a.Main 2019
80. Kapp-Pusch, <https://de.wikipedia.org/wiki/Kapp-Putsch>, 16.10.2019
81. Kastner, Jens, Herrschaft und Kultur - Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei Gramsci und Bourdieu, 2015, <https://www.kubi-online.de/artikel/herrschaft-kultur-gemeinsamkeiten-unterschiede-gramsci-bourdieu>
82. Kelsen, Hans, Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatze, Tübingen 1911, 2. photo-mechanisch gedruckte, um eine Vorrede vermehrte Auflage 1923
83. Klinsmann, Luise, Die Industrialisierung Lübecks, Lübeck 1984
84. Knie, Max, 15 Jahre Lübecker Zeitgeschichte. Von der Revolte bis zur Nationalen Erhebung, Lübeck 1933
85. Kohlwege, Karl Ludwig, Vortrag in Breklum, 3. Februar 2015, Die theologische Kritik der Bekennenden Kirche an den Deutschen Christen und dem Nationalsozialismus und die Bedeutung der Bekennenden Kirche für die Neuorientierung nach 1945
86. Kreisleitung Lübeck der NSDAP hrsg., Der NSDAP Kreis Lübeck, Werden und Wachsen (Die Kampffahre), Wullenwever Druck-Verlag Lübeck o.J.
87. Kreutzfeld, Bernd, Der Lübecker Industrie-Verein, Eine Selbsthilfeeinrichtung Lübeckischer Bürger 1889-1914, Lübeck 1969
88. Krippendorff, Ekkehard, Staat und Krieg: Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt 1985
89. Krogel, Wolfgang G., Die Stadt als bürgerliche Heimat. Eine Untersuchung zum Geschichtsbild der mittelalterlichen Stadt in der 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit Lübecks, Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Band 74/1994, Lübeck 1994, S.225
90. Kruck, Alfred, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954
91. Lamberty, Pia, Es ist eine Illusion, dass alle zusammenhalten, FR, 31.12.2021, S.9
92. Ferdinand Lassalle, Über Verfassungswesen, 1862, <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/lassalle/1862/xx/verfassungswesen.htm>
93. Latronico. Vincenzo, (K) ein Mann der Zukunft, Lettres, Sommer 2021, Bd.133, 78
94. Leber, Julius, Ein Mann geht seinen Weg, Frankfurt a.M. 1952
95. Leber, Julius, [https://de.wikipedia.org/wiki/Julius\\_Leber](https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_Leber), 16.10.2019
96. Leicht, Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012
97. Lehmann, Sebastian: „...Schleswig-Holstein stammverwandt, lebwohl Friedrich Hildebrandt...“ „Die NSDAP in Lübeck“, [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_18/Demokratische\\_-\\_Geschichte\\_Band\\_18\\_Essay\\_5.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_18/Demokratische_-_Geschichte_Band_18_Essay_5.pdf), 20.6.2007
98. Lepenies, Wolf, Kultur und Politik, Deutsche Geschichten, Betrachtungen eines politischen Mannes, S.71 ff., S.81, Wien 2006
99. Lemo, Lebendiges Museum Online, <https://www.dhm.de/lemo/biografie/heinrich-class>
100. Lemo, Lebendiges Museum Online, Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, Leicht, Werner, 15.Juni 2015, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/antisemitismus/trutzbund>
101. Löwith, Karl, Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933 (1961), Frankfurt a-M.1989

102. Löwith, Karl, Von Hegel zu Nietzsche, Hamburg 1995
103. Lokers, Jan: Lübeck 1933–1945 . Was wissen wir, was nicht? Stand und Perspektiven der Forschung . In: , Jan / Hundt, Michael (Hg .): Das Ende des eigenständigen Lübecker Staates im Jahre 1937 . Vorgeschichte, Ablauf und Folgen einer stadtgeschichtlichen Zäsur (Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck, Reihe B, Bd . 52) . Lübeck 2014, S . 97–127
104. Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke Band 6, 1893-1906, Berlin 2014
105. Lübecker Volksbote (LVB), [http://library.fes.de/cgi-bin/populo/zeitung.pl?f\\_MMM=lvb192103&yea=1921&t\\_monlvb&mon=M%E4rz](http://library.fes.de/cgi-bin/populo/zeitung.pl?f_MMM=lvb192103&yea=1921&t_monlvb&mon=M%E4rz)
106. Malinowski, Stephan, Die Hohenzollern und die Nazis: Geschichte einer Kollaboration, Berlin 2021
107. Lübeckische Geschichte, hrsg. von Grassmann, Antjekathrin, Lübeck 1988, 692 - 694
108. Mandelartz, Herbert, „... nötigenfalls Vernichtung.“ Eine Fußnote zu Carl Schmitt, in: vorgänge Nr. 216 (4/2016), S. 77-84.
109. Mann, Heinrich, Der Untertan 1918, <https://freeditorial.com/en/books/der-untertan/download-bookepub/pdf>
110. Mann, Heinrich, Professor Unrat oder Das Ende eines Tyrannen, München 1905; e-book, Google Play Bücher
111. Mann, Klaus, Der Wendepunkt - Autobiographie, EClassica 2020
112. Mann, Thomas, Betrachtungen eines Unpolitischen, in der Textfassung der Großen kommentierten Frankfurter Ausgabe (GKFA) Thomas Mann, E-Books, 691
113. Mann, Thomas, Briefe an Otto Grautoff 1894-1991 und Ida Boy-Ed 1903-1928, Frankfurt 1975, 230 ff.
114. Mann, Thomas, Deutschland und die Deutschen, Berlin 1947 (Rede gehalten an 5.6.1945 in der Library of Congress, nWashington)
115. Mann, Thomas, Leserbrief zu seiner Opposition gegen den Nationalsozialismus vor 1933, Fischer e-books
116. Mann, Thomas, Lübeck als geistige Lebensform, Lübeck 1993
117. Mehring, Reinhard, Carl Schmitt, Aufstieg und Fall, München 200
118. Mitscherlich, Alexander, Die vaterlose Gesellschaft, München 1973
119. Modehn, Thomas, Religions Philosophischer Salon, gepostet am 17.3.2019, [https:// religionsphilosophischer-salon.de](https://religionsphilosophischer-salon.de)> zum Komplex „Neue Rechte“
120. Morgenstern, Katrin, "Einer wird immer bleiben, um die Geschichte zu erzählen" die narrative Verfasstheit von Hannah Arendts politischer Philosophie, Dissertation Universität Regensburg 2018. <https://docplayer.org/193749883-Einer-wird-immer-bleiben-um-die-geschichte-zu-erzaehlen-die-narrative-verfasstheit-von-hannah-arendts.html>
121. Morstein Marx, Fritz, Hansestädtisches Verfassungsrecht in Gegenwart und Zukunft, Hamburg 1926
122. Möllers, Christoph, Staat als Argument, 2. unveränderte Auflage, Tübingen 2011
123. Muth, Wolfgang Dr. Julius Leber - Leben und Werk, Vortrag Julius Leber Schule am 19.8.2011
124. Neumann, Bürgermeister, Nachruf von Julius Leber, Lübecker Volksbote, 28. April 1928, S.1
125. Neumann, Johann Andreas Martin, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann\\_Martin\\_Andreas\\_Neumann](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Johann_Martin_Andreas_Neumann), 4.4.202
126. Norddeutsche Zeitung: Organ des KPD-Bezirk Wasserkante, zu dem auch Lübeck gehörte
127. Oddey, Marcus, Ein Stück sozialdemokratische Lebenskultur, Der „Lübecker Volksbote“ zwischen Weimarer Republik und „Drittem Reich“, 2004, [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_16/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_16\\_Essay\\_7.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_16/Demokratische_Geschichte_Band_16_Essay_7.pdf)
128. Organisation Consul, auch „Schwarze Reichswehr“ genannt, entstand 1920 nach dem gescheiterten Kapp-Putsch als Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt. Sie stellte eine militärisch geführte Organisation mit rd. 5.000 Mitgliedern dar, Brigade Erhardt, 1919/1920 in: historischeslexikon-bayerns.de 1866-1972, Lübeck 1973, S.18,20
129. Pelc, Ortwin, Theodor Schwarz (1841-1922), Demokratische Geschichte Band 3, Kiel 1988, S.196 - 201
130. Perels, Kurt, in Anschütz, Gerhard, Thoma, Richard, Handbuch des deutschen Staatsrechts, Tübingen 1930, S.679
131. Piper, Ernst, Alfred Rosenberg Hitlers Chefideologe, München 2015
132. Pomiluek, Klaus-Dieter Walter, Heinrich Wilhelm Beukenberg, Ein Montanindustrieller seiner Zeit, Inaugural-Dissertation, 13.2.2002, <https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-3646/1646.pdf>

133. Possehl, Emil, [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil\\_Possehl](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Emil_Possehl), 4.4.2021
134. Preußenschlag, [wikipedia.org](https://de.wikipedia.org), , abgefragt 15.12.2019
135. Puchmüller, Ernst, Mit beiden Augen, Rostock 1964
136. Rassistische Bewegung und ihre Vernetzung in den USA, Zeitschrift Stern Nr.35, 22.8.2019, S.50ff.
137. Rassistische Motive der Massenmörder Anders Breivik (Norwegen) und Brentan Tarrant (Australien), [https://religionsphilosophischer-salon.de/11540\\_11540\\_perspektiven-und-probleme](https://religionsphilosophischer-salon.de/11540_11540_perspektiven-und-probleme)
138. Rattle, Simon, Gespräch über die Walküre, BR-Klassik, „Wagner fasziniert - wie die Schlange den Hasen“, Gespräch mit Bernhard Neuhoff, 5. 2. 2019, <https://www.br-klassik.de>
139. Rauch, Jonathan, Zerstörung der Wahrheit, Spiegel 2021, 40, S.42, <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/10/Zerstoerung-der-Wahrheit.pdf>
140. Reichstagswahl 1912 <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=reichstagswahl+1912>, 17.10.2019
141. Reichstagswahlen 1871- 1912: Wahlen im Kaiserreich, [https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen\\_in\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen_in_Deutschland)
142. Ritter-Schule, [wikipedia.org](https://de.wikipedia.org), 12.12.2019
143. Röhl, John C.G., Zeitläufte: Das Beste wäre Gas!:in Zeit online, 25.11.1994, [zeit.de](https://www.zeit.de)
144. Rosenberg, Alfred, Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Das Programm der Bewegung herausgegeben und erläutert von Alfred Rosenberg, 200.Tausend, München 1933 (1.Auflage 1922); [https://ia600503.us.archive.org/cors\\_get.php?path=/0/items/Rosenberg-Alfred-Wesen-Grundsaeetze-und-Ziel-der-NSDAP/RosenbergAlfred-WesenGrundsaeetzeUndZieleDerNsdap-DasProgrammDerBewegung193352S.ScanFraktur.pdf](https://ia600503.us.archive.org/cors_get.php?path=/0/items/Rosenberg-Alfred-Wesen-Grundsaeetze-und-Ziel-der-NSDAP/RosenbergAlfred-WesenGrundsaeetzeUndZieleDerNsdap-DasProgrammDerBewegung193352S.ScanFraktur.pdf)
145. Roth, Karl Heinz, Das Großbürgertum der freien Hansestädte und der Faschismus, in: Arno Klönne/Karl A.Otto/Karl Heinz Roth (Hg.),Fluchtpunkte.Das soziale Gewissen der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003
146. Rüthers, Bernd Die unbegrenzte Auslegung, Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus, 7.Auflage,Tübingen 2012 (1. Auflage 1968);
147. Schaefer, Magdalene, Die staatsrechtlichen Eigentümlichkeiten des Freistaats Lübeck, Inaugural-Dissertation, Sondershausen 1925
148. Schildt, Axel, Gut & Schön, Die Possehl Stiftung, Lübeck, S.12
149. Schildt, Axel, Possehl, Geschichte und Charakter einer Stiftung, Lübeck 2019, Schleswig-Holsteinische Zeitungen und der Nationalsozialismus, Überblick und Kartografie, <http://akens.org/akens/texte/diverses/Presse.pdf>
150. Schmitt, Carl, Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923 – 1939, 52ff aufgenommen. In: Staat, Bewegung, Volk, 3. unveränderte Aufl.1934, 42ff
151. Schölgen, Gregor, Willy Brandt.Die Biographie, Berlin-München 2001
152. Schwabe, Klaus, Ursprung und Verbreitung des Alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1966, S.105 ff. [https://books.google.de/books/about/Possehl.html?id=vgmQDwAAQBAJ&printsec=frontcover&source=kp\\_read\\_button&redir\\_esc=y](https://books.google.de/books/about/Possehl.html?id=vgmQDwAAQBAJ&printsec=frontcover&source=kp_read_button&redir_esc=y)
153. Sinner, Karl-Ernst, Tradition und Fortschritt Senat und Bürgermeister der Hansestadt Lübeck 1918 - 2007, Lübeck 2008
154. Snyder, Timothy, Der Weg in die Unfreiheit, Russland, Europa, Amerika, München 2018
155. Snyder, Timothy, Über Tyrannei: Zwanzig Lektionen für den Widerstand, München 2017
156. Snyder, Timothy, <https://www.perlentaucher.de/9punkt/2021-01-11.html>
157. Sommermann, Karl-Peter, Schaffarzik, Gerd, Hrsg., Handbuch der Geschichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Europa, Berlin 2018, E-book, 705-719
158. Spiegel Nr.37,7.9.2019, 13/65
159. Stegmann, Dirk, „Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts - Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlands-Partei 1912-1918“, [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_24/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_24\\_Essay\\_2\\_Stegmann.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_24/Demokratische_Geschichte_Band_24_Essay_2_Stegmann.pdf)
160. Stegmann, Dirk, Die „Deutsche Zeitung“, 1917-1918, Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreichs, in: Kasseler Personalschriften Band 7, hrsg. von Dagmar Bussiek, Simona Göbel, Kultur, Politik und Öffentlichkeit, Festschrift für Jens Flemming, Kassel 2009, S.266-288, (978-3-89958 -688-6.volltext.frei, PDF Dokument),
161. Stegmann, Dirk, Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein, [https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band\\_20/Demokratische\\_Geschichte\\_Band\\_20\\_Essay\\_3.pdf](https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_20/Demokratische_Geschichte_Band_20_Essay_3.pdf)

162. Stegmann, Dirk, Vom Neokonservatismus zum Protofaschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893-1920, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199-230.
163. Stegmann, Dirk, Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XII (1972), S. 351-432;
164. Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr(1963), 2.Auflage, Stuttgart 2018
165. Thielemann, Christian, Mein Leben mit Wagner, München 2013
166. Thoemmes, Martin, Als die „Grünen Blätter“ braun wurden,
167. van Oyen, Robert Ch., Integration, Die antidemokratische Staatstheorie von Rudolf Smend im politischen System der Bundesrepublik, Wiesbaden 2014
168. Wagner, Richard, Judenthum in der Musik, Leipzig 1869 (1850 erstmals veröffentlicht)
169. Wagner, Richard, „Was ist deutsch?“, Bayreuther Blätter 1.2: 29-52
170. Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, Frankfurt 2008, S.293.
171. Weiß, Gerhard, Wie eine Republik gerettet wurde und ihren Rettern dankte, Köln 2021
172. Weiß, Volker, Die autoritäre Revolte, Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, 2018
173. Winkler, Heinrich August, Die Einheitsfront von rechts, Zeit online, 25.2.1972.
174. Winkler, Heinrich August, Weimar 1918-1933, München 2018 (1993)
175. Winter, Rolf, Hitler kam aus der Dankwertsgrube (und kommt vielleicht mal wieder). Eine Kindheit in Deutschland
176. Wittstock, Uwe, Februar 33. Der Winter der Literatur, München 2021
177. Wollenberg, Jörg, Das Blut der Menschheit trank der Vampir Stadt...Es lebe die neue, die Generalidee des 20.Jahrhunderts: ‚Land‘! (1919) Völkische Landnahme von rechts und links - eine unterschätzte Gefahr, Ein anderer Blick auf den „Volkshochschulrummel“ (Picht) und den Sündenfall des antiurbanen und völkischen „Grünen Manifestes“ von 1919, Bremen Vampyr Stadt neu pdf\_VHS, S.1f.
178. Wollenberg, Jörg, Von den „Ideen von 1914“ zum Geist von Potsdam 1933“ - Ludwig Roselius und Richard von Hoff „gegen Kriegsschuldlüge und Versklavung“ und für die Volkshochschulen als „heilige Pflanzstätten der Wiedergeburt Alldeutschlands aus germanischem Geist“
179. Wollenberg, Jörg, 100 Jahre Volkshochschule, Republik ist schon viel, Sozialismus unser Ziel“(Gustav Radbruch) – Ein Blick zurück nach vorn, <https://wordpress.com/sites/michaelbou-teiller.de>.

# Über den Autor



Studium Rechtswissenschaften Heidelberg und Freiburg,  
Wiss.Assistent Universität Bielefeld, Richter am VG Minden,  
Gründungsmitglied Friedenshaus Bielefeld (IBZ) 1981, Gründung und Aufbau des Wasserschutzamtes, Leiter Wasserschutzamt Bielefeld,  
Bürgermeister Lübeck, Rechtsanwalt